

11.05/12.06



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Thematische Strategie für Meeresschutz veröffentlicht**  
**Klimawandel bedroht wandernde Tierarten**  
**Biomasse-Aktionsplan vorgelegt**  
**Rollback in der Verkehrspolitik?**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

## EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
Jahrgang 14 (2005), Heft 12  
Jahrgang 15 (2006), Heft 01  
ISSN 1861-0064

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Redaktion

**DNR Geschäftsstelle Berlin/  
EU-Koordination und Internationales**  
Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,  
10405 Berlin

Juliane Grüning (jg), Nika Greger (ng),  
Bjela Vossen (bv), Marion Busch (mbu),  
Deborah Bernsdorf (db), Matthias Bauer  
(mb), Tinka Lutz (tl), Isabelle Faragallah  
(if)

Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80  
eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte  
Abos bitte in der Redaktion erfragen

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion muss sich  
Kürzung und redaktionelle Bearbeitung  
von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen  
gezeichnete Beiträge geben nicht unbeding-  
t die Meinung der Redaktion bzw. des  
Herausgebers wieder. Redaktionsschluss  
ist jeweils der 15. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber.  
Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Kommission legt schlechte Nachhaltigkeitsstrategie vor

### Liebe Leserinnen und Leser,

nach mehrfacher Terminverschiebung hat die Europäische Kommission nun endlich ihre neue EU-Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Doch sie entspricht in keiner Weise den Notwendigkeiten der Umwelt- und Naturschutzpolitik! Kommissionspräsident José Manuel Barroso zeigt damit wieder einmal, dass ihm außer der Industrie- und Wettbewerbspolitik nichts wichtig ist und er die soziale Entwicklung in der EU genauso wenig ernst nimmt wie die Umweltsituation.

Die neue Strategie ist ein absoluter Rückschritt gegenüber der alten von 2001. Sie berücksichtigt außerdem noch nicht einmal die Forderungen des Europäischen Rats vom vergangenen Juni. Es fehlt an Visionen, ambitionierten Ziel- und Zeitvorgaben, an konkreten Aktions- und Umsetzungsvorschlägen. Alles in allem eine Bestätigung der bisherigen Arbeit der EU-Kommission, die wo immer möglich bestehende Standards schwächen und rückgängig machen will und sich stark von Positionen der Wirtschaft, vor allem der großen Unternehmen, beeinflussen lässt.

Auf der positiven Seite bleibt immerhin, dass nun endlich ein Dokument vorliegt, anhand dessen eine Diskussion über die Vorstellungen, Ideen und Umsetzungsmöglichkeiten für ein sozial gerechtes Europa beginnen kann - für eine Europäische Union, die nicht nur weltweit eine nachhaltige Entwicklung vorantreibt, sondern auch bei sich selbst für ausgewogene gesellschaftliche Verhältnisse und eine saubere Umwelt für heutige und künftige Generationen eintritt.

Nun liegen alle Hoffnungen auf Österreich, das ab dem 1. Januar 2006 für ein halbes Jahr die EU-Präsidentschaft übernimmt und sich eine starke Strategie mit Ziel- und Zeitvorgaben für die nachhaltige Entwicklung auf die Fahnen geschrieben hat.

NGOs sollten sich jetzt vor allem dafür einsetzen, dass die Initiative für eine ökologische Finanzreform auf EU-Ebene neuen Schwung erhält, damit endlich die Kosten auf Arbeit verringert und gleichzeitig die Kosten auf Natur- und Ressourcenverbrauch erhöht werden. Außerdem muss damit Schluss gemacht werden, dass noch immer Milliarden Euro in um-

weltschädliche Subventionen fließen. Diese Gelder sollten umgewidmet und zukünftig für nachhaltige Projekte ausgegeben werden, die gemeinsam mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln sind.

Um dem immer weiter voranschreitenden Artenverlust Einhalt zu gebieten und vor allem das Johannesburg 2010-Ziel einzuhalten, muss die EU-Kommission darüber hinaus klarere Vorgaben für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen machen.

Auf der Ebene der Mitgliedstaaten mangelt es noch immer an einer fristgerechten und ordnungsgemäßen Umsetzung der existierenden europäischen Gesetzgebung. Viele Mitgliedstaaten erwarten in diesem Bereich einen klaren Rahmen und die Unterstützung durch die EU-Kommission.

Auch 2006 bleibt also viel zu tun, denn neben den genannten dringend notwendigen Verbesserungen an der EU-Nachhaltigkeitsstrategie muss beispielsweise auch bei der Überarbeitung des 6. Umweltaktionsprogramms und den damit verbundenen thematischen Strategien noch viel getan werden, um die EU in eine sozial und ökologisch verträgliche Richtung umzulenken. Kommissionspräsident Barroso steuert mit hoher Geschwindigkeit in eine Sackgasse. Hier muss die Umweltbewegung dringend die Notbremse ziehen.

Viel Vergnügen beim Lesen dieses EU-Rundschreibens und Ihnen allen eine kraftvollen Wechsel ins Jahr 2006!

Nika Greger, DNR Berlin,  
Leiterin EU-Koordination

### Ausführlicher Serviceteil

Wechsel der Ratspräsidentschaft an Österreich: Alle Adressen der zuständigen Ministerien in Österreich, Seite 45

Sitzungstermine 2006 von Rat, Parlament und Umweltausschusses im Europäischen Parlament Seite 47

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Schlechte EU-Nachhaltigkeitsstrategie

## 5 EU-Politik, Recht

- Umweltministerrat 2.12.: Klima, LIFE+, Luftqualität
- Umweltsituation in der EU beurteilt
- EEA will starke Umweltgesetze
- Dimas legt Erfolgsliste vor
- Bürgererklärung: „Stadt der Zukunft“
- Neuer Anlauf für Dienstleistungsrichtlinie
- Wachstum und Beschäftigung: Reformprogramme vorgelegt
- Stärkung von Umweltdemokratie
- Sanktionen bei Umweltverstößen
- EuGH verwarnt Deutschland

## 11 Abfall, Produktpolitik

- Abfallverbringung: Neue Verordnung
- Impel: Hälfte aller Müllexporte illegal
- EEB-Kritik zur Alt-Auto-Richtlinie
- WWF-Studie: Kaum Altpapier-Nutzung
- Euro-Blume für Druckerzeugnisse
- Freiwillige Gesetze für legales Holz
- Umweltschutz im Beschaffungswesen
- Umweltverträglichkeitsprüfungen untersucht
- Umweltmanagement = Bessere Umweltleistung
- Neue Ressourcenstrategie

## 16 Agrarpolitik, Gentechnik

- Zuckermarktreform beschlossen
- Vorschlag: Agrarpolitik vereinfachen
- Oxfam für gemeinsame Agrarpolitik
- Genmais-Zulassung in Futtermitteln
- Deutsches Gentechnik-Haftungsrecht umstritten
- Gentechnik-Konferenz im April

## 20 Chemikalien, Emissionen

- REACH: Starke Chemie-Lobby
- Giftige Chemie für Mann und Frau
- Chemikalien in Aalen entdeckt
- IPPC-Richtlinie: Umsetzung langsam
- Verbot für fünf POPs
- Krankheit durch Luftverschmutzung

## 23 Energie, Klima

- Aktionsplan Biomasse vorgelegt
- Intern. Erneuerbaren-Konferenz
- UN-Klimakonferenz
- Starke Lobby für fluoridierte Gase
- Flexible Mechanismen im Emissionshandel
- WWF prüft Emissionshandel
- Siebtes Forschungsrahmenprogramm kritisiert
- Neue Atompläne in Europa

## 29 Naturschutz, Biodiversität

- Vogelgrippe: Importstopp von Vögeln
- EuGH ahndet Verstöße

- Mehr Schutz für Feuchtgebiete
- Biodiv-Konferenz
- Internet-Konsultation Biodiversität
- Studie zu globalem Waldbestand
- Klimawandel bedroht wandernde Tierarten

## 35 Verkehr, Tourismus

- Rollback in der Verkehrspolitik?
- Euro-5-Grenzwerte umstritten
- Civitas-Programm geht weiter
- Expert/innen für Euro-Vignette
- Verkehrsausschuss für Lkw-Maut

## 38 Wasser, Meere

- Thematische Strategie veröffentlicht
- „Pilotprojekt“ Ostsee
- Neue Verkehrsregeln in der Ostsee
- Grünbuch in Vorbereitung
- 10. Wattenmeerforum
- Kritische Bilanz zu WCD-Bericht
- Wegweiser Meere und Küsten

## 43 Service

- Publikationen, Informationsquellen
- EU-Umwelt-Termine
- Wegweiser: IUCN, EEB, EU

## Sonderheft

EUR-Sonderheft: Abschalten, umschalten, einsparen - oder Wohin steuert die Energiepolitik? (separate Heftung)

## Umweltministerrat am 2.12.: Klima, LIFE+, Luftqualität

### Zügige Aufnahme des Luftverkehrs in den Emissionshandel gefordert

Die EU-Umweltminister/innen haben der Mitteilung der EU-Kommission über eine mögliche Aufnahme des Luftverkehrs in den europäischen Emissionshandel zugestimmt und die Kommission aufgefordert, bis Ende 2006 einen konkreten Vorschlag hierüber vorzulegen. Die EU-Kommission hatte die Mitteilung im September vorgelegt.

Etwa die Hälfte sämtlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen des internationalen Luftverkehrs stammt aus Europa. Die EU steht nach Überzeugung des Umweltministerrats daher in der Verantwortung, Maßnahmen zur Verringerung der klimaschädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs zu ergreifen.

### Ausführliche Folgenabschätzung, Erfassung aller Flugbewegungen

Um sicherzustellen, dass er sowohl ökologisch sinnvoll als auch wirtschaftlich effizient ist, soll der Vorschlag von einer ausführlichen Folgenabschätzung zu ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen begleitet werden. Unter anderem sollen Daten zum relativen Marktanteil europäischer Fluggesellschaften mit Konkurrenten aus Drittländern verglichen werden. Die Umweltminister/innen treten dabei eher dafür ein, dass die Emissionsziele für die Fluggesellschaften und nicht wie von der Kommission vorgeschlagen - für Flughäfen und Flugzeughersteller gelten sollen. Die Minister/innen wollen sämtliche Flugzeuge erfassen, die von EU-Flughäfen starten. Dabei sollen nicht nur die CO<sub>2</sub>-bezogenen, sondern auch andere Auswirkungen des Luftverkehrs berücksichtigt werden.

Eine von der Kommission berufene Arbeitsgruppe wird sich nun mit den praktischen und technischen Einzelheiten des bevorstehenden Gesetzentwurfs befassen. Ihr Bericht wird in der ersten Hälfte 2006 erwartet. Die Aufnahme des Sektors in den Emissionshandel könnte frühestens ab 2008 erfolgen. Ein Hin- und Rückflug könnte dann um etwa zehn Euro teurer werden.

### Umweltverbände: Energiesteuer nach wie vor erforderlich

Das Europäische Umweltbüro (EEB) und Transport & Environment (T&E) - die um-

welt- und verkehrspolitischen NGO-Dachorganisationen in Brüssel - begrüßten den Vorschlag der Kommission ebenfalls. Um das System erfolgreich zu gestalten, sei es jedoch notwendig eine verbindliche Obergrenze festzulegen und alle Flüge in die EU und aus der EU heraus zu berücksichtigen. Die Umweltverbände betonen, dass darüber hinaus eine spezielle Energiesteuer notwendig sei, um die Anreizwirkung zu verbessern.

### LIFE+: Umweltminister/innen legen kein Budget, aber Inhalte fest

Die Umweltminister/innen einigten sich auf einige Inhalte des EU-Umweltförderprogramms LIFE+ sowie auf einen Verteilerschlüssel, mit dem die Gelder zwischen den Mitgliedstaaten aufgeteilt werden sollen. Über die Höhe des Budgets soll aber erst nach der Einigung der EU-Staats- und Regierungschefs über die finanzielle Vorausschau für die Periode 2007 bis 2013 entschieden werden. Die Kommission hatte zwei Milliarden, das Europäische Parlament hingegen neun Milliarden Euro für die sieben Jahre vorgeschlagen.

Der Verteilungsschlüssel soll sich sowohl nach der Bevölkerungszahl als auch nach der Größe der als Schutzgebiete ausgetrennten Fläche im Verhältnis zur Gesamtfläche richten. Ein noch zu bestimmender Anteil des Fonds soll für Natur- und Biodiversitäts-Projekte verwendet werden. Dies hatte auch das Parlament gefordert (EUR 08/09.05, S. 38). Die Kommission will die LIFE+-Gelder hingegen nur für Umweltpolitik, Information und Kommunikation verwenden. Die Umweltverbände stehen im Wesentlichen hinter den Empfehlungen des Parlaments.

### EU-Programm zur Luftqualität ist den Mitgliedstaaten zu ehrgeizig

Der Kommissionsvorschlag für ein neues EU-Programm für Luftqualität fand im Umwelttrat nur geteilten Zuspruch. Mehrere Umweltminister/innen halten die von der Kommission angestrebten Standards für zu hoch. Andere wollen das Programm flexibler gestalten, um bestehende EU-Grenzwerte erfüllen zu können. Insbesondere die britische Umweltministerin Beckett forderte mehr Flexibilität für die Mitglieder. Die Pläne der Kommission für neue, verbindliche Grenzwerte für ultrafeine Feinstäube (PM<sub>2,5</sub>) werden von den meisten Mitgliedstaaten abgelehnt.

Die meisten Mitgliedstaaten nannten die schwache Konjunktur als Grund für die nur zögerliche Zustimmung. Viele wollen in erster Linie sektorspezifische Emissionskontrollen - zum Beispiel die EURO-5-Norm für Fahrzeuge. Nur eine kleine Gruppe, darunter Irland, Finnland und Schweden, unterstützt den Vorschlag uneingeschränkt.

Der Plan der Kommission sieht vor, die bestehende Richtlinie 1999/30/EG<sup>1</sup> zu revidieren und die bestehende Rahmenrichtlinie zur Luftqualität und die entsprechenden Tochterrichtlinien zusammenzuführen. Die bestehenden Fristen sollen in einigen Punkten abgeschwächt und ein neuer - wenn auch relativ niedriger - Grenzwert für sehr feine Partikel (PM<sub>2,5</sub>) eingeführt werden.

### Scharfe Kritik vom EEB: Untätigkeit soll nachträglich legalisiert werden

Das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte den Umweltrat scharf. Die Mitgliedsländer hätten in der Vergangenheit zu wenig getan, um die Luftverschmutzung zu verringern. Jetzt wollten sie auch noch die bestehende Regelung abschwächen und neue Maßnahmen gegen Feinstaub verhindern. Das sei unverantwortlich.

Das EEB begrüßte die Strategie der Kommission grundsätzlich und lobte besonders die Idee eines integrativen Ansatzes. Es bedauerte aber die deutliche Verschlechterung des Vorschlags gegenüber Plänen der Generaldirektion Umwelt. Daher könne mit der Strategie das Ziel, die Luftbelastung unter eine kritische Grenze zu senken, nicht erreicht werden. So müsse man auch weiterhin von jährlich rund 230.000 Todesfällen durch Feinstäube und Ozon ausgehen. Allein die Feinstäube reduzierten die durchschnittliche Lebenserwartung in der EU um mehr als vier Monate.

Außerdem kritisierte das EEB die geplante Revision der Richtlinie 1999/30/EG, die zu einer Absenkung bestehender Standards führen könne. Ebenso lehnte es das Umweltbüro ab, die Fristen zur Umsetzung bestehender und künftiger Grenzwerte zu verlängern und die, für eine spätere Phase vorgesehenen, strengeren

<sup>1</sup> Richtlinie 1999/30/EG des Rates vom 22. April 1999 über Grenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid und Stickstoffoxide, Partikel und Blei in der Luft

Grenzwerte für Partikel (PM<sub>10</sub>) fallen zu lassen. Dagegen begrüßte das EEB die Pläne, neue Grenzwerte für ultrafeine Feinstäube (PM<sub>2,5</sub>) einzuführen.

### Gentechnisch modifizierte Organismen

Am Schluss diskutierte der Ministerrat noch über genetisch modifizierte Organismen. Hier ging es in erster Linie darum, die Diskussion für nächstes Jahr vorzubereiten. Dann will die Kommission einen Bericht über eine Rahmenrichtlinie zu neuen genetisch veränderten Organismen vorlegen. Bei der Frage nach der Zulassung von hybridem gentechnisch verändertem Mais konnte wie erwartet keine Einigung erzielt werden. Damit liegt die Entscheidung über die Zulassung in der Hand der EU-Kommission. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Europäischer Rat, Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 285-6111, Fax -7381  
Ratsprotokoll (PDF-Download, engl.):  
[http://ue.eu.int/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/envir/87368.pdf](http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/envir/87368.pdf)

Europäisches Umweltbüro (European Environmental Bureau, EEB), Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: [eeb@eeb.org](mailto:eeb@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

## Umweltsituation in den EU-Mitgliedstaaten beurteilt

### Europäische Umweltagentur: Klimawandel ist Hauptproblem

Klimawandel ist die dringlichste Herausforderung, der sich die EU im Umweltbereich stellen muss. Dies stellt die Europäische Umweltagentur (EEA) in ihrer neuesten Fünf-Jahres-Bewertung der Umweltsituation in der EU fest. Weitere Herausforderungen, die dringend einer Lösung bedürften, seien die Luftverschmutzung, die Regulierung von Chemikalien, die Verschmutzung von Binnengewässern, die Meeresumwelt, die Bodendegradation sowie die Verstädterung.

### Erstmals Ländervergleich - Irland wehrt sich gegen schlechte Bewertung

Im Bericht wird der Fortschritt in der neuen EU-25 sowie den Ländern Bulgarien, Rumänien, Türkei, Norwegen, Island und Lichtenstein bewertet. Zum ersten Mal enthält der Bericht außerdem eine ländervergleichende Analyse mit Erfüllungsindikatoren und internationalen Vergleichen. Irland, Griechenland und Spanien schneiden bei der allgemeinen Bewertung ihrer nationalen Umweltpolitik am schlechtesten ab, was den irischen Umweltminister Dick Roche veranlasste, in einem offenen Brief zu kritisieren, die EEA habe wichtige Verbesserungen in Irland nicht in ihrem Bericht berücksichtigt.

### Deutschland, Dänemark, Luxemburg, Zypern „Spitze“ bei Müllproduktion

Die drei baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland sind laut dem EEA-Vergleich am weitesten von der Erreichung ihrer nationalen Kyoto-Ziele entfernt. Deutschland führt zusammen mit Luxemburg, Zypern und Dänemark die Negativliste derer an, die den meisten städtischen Abfall pro Kopf produzieren.

### Bessere Wasser- und Luftqualität, mehr Recycling

Positiv stellt die EEA fest, dass sich durch die EU-Gesetzgebung die Rate beim Abfallrecycling verdoppelt hat und Wasser und Luft sauberer geworden sind. Ohne Verbesserungen durch Katalysatoren wären etwa Emissionen von Autos heute zehnmal höher als gegenwärtig der Fall.

### Nicht nachhaltig: Verkehr, Energie, Landwirtschaft

Für die nahe Zukunft stelle sich als größte Herausforderung die nicht-nachhaltige

Entwicklung in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft. Der EEA-Bericht macht deutlich, dass seit dem Jahr 2000 im Industriesektor zwar die Energieeffizienz gestiegen bzw. der Energiebedarf gesunken ist, diese Verbesserung aber von einem wachsenden Energiebedarf im privaten und im Dienstleistungssektor wieder aufgeessen wurde.

### Lösungsvorschlag: Ökologische Finanzreform

Als eine Lösung der wachsenden Umwelt- und Ressourcenprobleme der EU und weltweit schlägt die EEA die Einführung einer ökologischen Finanzreform vor, mit der die Steuerbelastung vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umweltverschmutzung verschoben würde. Umweltverbände kritisierten in diesem Zusammenhang die Aussage von Vizekommissarin Margot Wallström, die eine solche Reform als nicht realistisch bezeichnet hatte, da die meisten Mitgliedstaaten gegen eine ökologischen Finanzreform seien. Die EEA müsse in ihrer Forderung von der EU-Kommission unterstützt werden, forderte beispielsweise das Europäische Umweltbüro (EEB).

### Strengere Umsetzung nötig

Die Leiterin der EEA, Jacqueline McGlade, rief die EU-Kommission dazu auf dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten europäisches Umweltrecht besser umsetzen. Zweifellos entfalte das EU-Umweltrecht seine Wirkung, allerdings bestehe gerade bei der Umsetzung auf der nationalen Ebene einiger Verbesserungsbedarf. (ng) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Umweltagentur (EEA), Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen  
Tel. 0045 33 / 367100  
[www.eea.eu.int](http://www.eea.eu.int)

Fünf-Jahres-Bewertung der EU-Umweltsituation:

[http://reports.eea.eu.int/state\\_of\\_environment\\_report\\_2005\\_1/en/SOER2005\\_Part\\_A.pdf](http://reports.eea.eu.int/state_of_environment_report_2005_1/en/SOER2005_Part_A.pdf)

Länderanalysen:

[http://reports.eea.eu.int/state\\_of\\_environment\\_report\\_2005\\_1/en/SOER2005\\_Part\\_C.pdf](http://reports.eea.eu.int/state_of_environment_report_2005_1/en/SOER2005_Part_C.pdf)

Quelle: Environment Daily, 29.11.05

## Europäische Umweltagenturen für starke Umweltgesetze

### Positionspapier: Umweltpolitik ist Chance für Wettbewerbsfähigkeit

Gute Umweltpolitik fördert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Daran erinnern die 29 in einem Netzwerk zusammengeschlossenen Umwelt- und Naturschutzagenturen Europas. In einem von der Europäischen Umweltagentur (EEA) veröffentlichten Positionspapier, das einen Beitrag zur gegenwärtigen Debatte über die Bedeutung einer starken Umweltpolitik leisten soll, fordern die Leiter/innen der Agenturen, Umweltpolitik nicht länger als Hindernis für wirtschaftliches Wachstum zu marginalisieren, sondern vielmehr im Gegenteil als eine Chance zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu greifen.

### Neue Märkte für nachhaltige Produkte

Eine gute umweltpolitische Gesetzgebung könne neue Märkte für nachhaltige Produkte eröffnen, zu neuen Arbeitsplätzen führen, diene der Gesundheit der Arbeitnehmer und helfe gleichzeitig, die natürliche Umwelt für künftige Generationen zu erhalten, so die 29 Agenturen. Für Deutschland sind das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN) an der Initiative beteiligt. (ng) ■

#### • Weitere Informationen

Europäische Umweltagentur (EEA),  
Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen,  
Tel. 0045 33 / 367100,  
[www.eea.eu.int](http://www.eea.eu.int)  
Positionspapier im Internet:  
[http://org.eea.eu.int/documents/prague\\_statement/prague\\_statement-en.pdf](http://org.eea.eu.int/documents/prague_statement/prague_statement-en.pdf)

Quelle: Environment Daily, 21.11.05

## Dimas sieht Fortschritte bei der EU-Umweltpolitik

### EU-Umweltkommissar legt Liste seiner Erfolge vor

Ein bisschen Eigenlob kann nie schaden, dachte sich wohl der für Umwelt zuständige EU-Kommissar Stavros Dimas und veröffentlichte nach einem Jahr Amtszeit der Barroso-Kommission eine Liste mit den zehn Schlüsselerfolgen. Darunter befinden sich die neuen Initiativen zu Quecksilber und zum Flugverkehr sowie die bereits vorliegenden vier thematischen Strategien aus dem Sechsten Umweltaktionsprogramm. Dimas betonte außerdem die „harte Arbeit im Hintergrund“, um die EU-Chemikalienreform unter Dach und Fach zu bekommen. ■

Autorin: Nika Greger, DNR Berlin, Leiterin EU-Koordination

#### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111

Quelle: Environment Daily, 22.11.05  
Vollständige Liste der „Schlüsselerfolge“ (Word-Datei, engl.):  
[www.environmentdaily.com/docs/51122a.doc](http://www.environmentdaily.com/docs/51122a.doc)

## Bürgererklärung zur „Stadt der Zukunft“

### EU-Forschungsprojekt zu Partizipation

Am 5. Dezember ist im Europäischen Parlament eine Bürgererklärung zur „Stadt der Zukunft“ vorgestellt worden. Die Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs sowie des öffentlichen Nahverkehrs, ein besserer Erhalt des kulturellen Erbes, eine umweltverträgliche Flächennutzung und eine verantwortungsvollere politische Führung - diese Themen beschäftigen europäische Bürger/innen, wenn sie zur Zukunft der Städte befragt werden.

### „Bürgerkonferenz“ bekennt sich zur Nachhaltigkeit

Die Erklärung wurde von 26 Personen aus der gesamten EU abgefasst. Das Gremium war gebeten worden, die Ergebnisse mehrerer Forschungsprojekte zu erörtern, die sich mit der nachhaltigen städtischen Entwicklung befassen. Diese Bürgerkonferenz wird durch das EU-Forschungsprojekt RAISE finanziert und bietet Bürger/innen die Möglichkeit, sich mit ihren Anliegen direkt an die politischen Entscheidungsträger zu wenden.

### Hauptprobleme bei Verkehr und Flächennutzung

In der Erklärung heißt es: „Wir gehören zu den 10 % der reichsten Bürger der Welt, doch befolgen wir bislang am wenigsten den Grundsatz der Nachhaltigkeit. Jetzt ist die Zeit gekommen, zu handeln. Wir müssen unbedingt unsere Fortbewegungsgewohnheiten im Alltag ändern, wir müssen die Verwendung von Privatfahrzeugen einschränken und die umweltverträgliche Flächennutzung zum Hauptziel der Städteplanung machen.“

Den Anstoß zu der Bürgererklärung gab das EU-Forschungsprojekt RAISE. An diesem Projekt, das im Rahmen des Umweltforschungsprogramms gefördert wird, nehmen Partner aus Italien, Österreich, Belgien, Rumänien und Polen teil. Ziel ist es, die Ergebnisse anderer EU-Forschungsprojekte zur Nachhaltigkeit in Städten besser zu nutzen und stärker ins Bewusstsein zu rücken. (ng) ■

#### • Weitere Informationen

Quelle: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid)  
(IP/05/1530), 05.12.2005  
Bürgererklärung: [www.raise-eu.org/docs/first-announcement.pdf](http://www.raise-eu.org/docs/first-announcement.pdf)

## Neuer Anlauf für umstrittene Dienstleistungsrichtlinie

### Binnenmarktsausschuss fordert weitere Liberalisierung

Der Binnenmarktsausschuss des EU-Parlaments hat sich erneut mit der umstrittenen Dienstleistungsrichtlinie („Bolkestein-Richtlinie“) auseinandergesetzt und eine weitere Liberalisierung des EU-Binnenmarkts für Dienstleistungen gefordert. Zwar hatte sich die sozialdemokratische Berichterstatterin Evelyne Gebhardt in ihrer Vorlage für eine massive Änderung der Kommissionsvorlage eingesetzt, um Einschnitte in Sozial-, Arbeits- und Umweltstandards zu verhindern. Insgesamt setzten sich aber die Konservativen und Liberalen durch, die eine Verwässerung des Herkunftsland-Prinzips ablehnen. Danach sollen Anbieter von Dienstleistungen in Zukunft den Gesetzen ihres Ursprungslandes unterliegen - nicht den Gesetzen des Landes, in dem sie tätig sind.

### Scharfe Kritik der Zivilgesellschaft

Umwelt- und Sozialgruppen kritisieren die Dienstleistungsrichtlinie, da eine Überprüfung durch die jeweiligen Regierungen kaum noch möglich ist. Auch Verbraucher/innen können die Gesetzeslage in anderen Ländern nicht kontrollieren, wenn sie eine Dienstleistung in Anspruch nehmen. Die Ausrichtung der Richtlinie legt den Verdacht nahe, lediglich für die Absenkung von Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards in der EU auf das niedrigste Niveau zu dienen.

### Berichterstatterin blieb Abstimmung fern, Konservative zufrieden

Immerhin sprach sich der Ausschuss für eine verbindliche Berufshaftpflichtversicherung für die Anbieter aus, deren Dienstleistungen ein Umweltrisiko darstellen. Das machte allerdings die schlechte Kommissionsvorlage kaum besser. Die Berichterstatterin Evelyne Gebhardt blieb denn auch der Abstimmung fern, während der Sprecher der Konservativen, Malcolm Harbour, das Ergebnis begrüßte. Die Abstimmung ebnet nun den Weg für die erste Lesung im Parlament Anfang 2006. ■

Autorin: Nika Greger, DNR Berlin, EU-Koordination

- **Weitere Informationen**

Quelle: Environment Daily, 24.11.05

## Wachstum und Beschäftigung

### 23 Mitgliedstaaten haben nationale Reformprogramme vorgelegt

Die EU-Kommission hat dem Wettbewerbsministerrat mitgeteilt, dass die Nationalen Reformprogramme (NRP) für Wachstum und Beschäftigung aus allen EU-Mitgliedstaaten eingegangen sind, außer aus Polen und Deutschland, wo vor kurzem neue Regierungen ihr Amt antraten. Die Kommission hat bereits mit der Bewertung der Programme begonnen und will im Januar 2006 einen Bericht vorlegen, der dann im März beim Gipfeltreffen des Europäischen Rates erörtert werden soll. Die meisten Nationalen Reformprogramme sind im Internet veröffentlicht. ●

Alle 23 Programme geben einen Überblick über die geplanten Maßnahmen in den makro- und mikroökonomischen Politikbereichen und im Beschäftigungssektor. Die Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten die wichtigsten Herausforderungen sehen, sind: Forschung, Entwicklung und Innovation, Unternehmensumfeld und unternehmerische Initiative, Beschäftigung, langfristig solide öffentliche Finanzen sowie Bildung, Qualifizierung und lebenslanges Lernen.

### Hintergrund

Am 22. und 23. März 2005 billigten die Staats- und Regierungschefs der EU die von der Kommission vorgeschlagene Überarbeitung der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung. Nachdem die Hälfte der Frist bis zum Zieljahr 2010 verstrichen ist, soll die Korrektur zur Verbesserung der bislang wenig zufrieden stellenden Ergebnisse beitragen. Im Mittelpunkt der Strategie steht nunmehr der Aufbau einer Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten und eine vereinfachte Governance-Vereinbarung mit einem einzigen Bündel integrierter Leitlinien, die sich mit makroökonomischen, mikroökonomischen und beschäftigungspolitischen Fragen befassen.

Die Kommission hat am 20. Juli ihr EU-Lissabon-Programm veröffentlicht, in dem die auf europäischer Ebene einzuführenden Maßnahmen skizziert werden. In ihren NRP haben die Mitgliedstaaten der Kommission nun ihre Maßnahmenpläne für 2005-2008 auf nationaler Ebene vorgelegt.

Die Kommission will bei der Analyse der NRP Umfang und Art der Konsultationen berücksichtigen, die bei der Programmvorbereitung auf nationaler Ebene mit den betroffenen Akteuren und der Öffentlichkeit geführt wurden.

Wenn die Prüfung der NRP abgeschlossen ist und von den Kommissaren gebilligt wurde, will die Kommission ihre NRP-Analyse im Januar in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht zum Lissabon-Programm veröffentlichen. Im März 2006 soll der Bericht zusammen mit einer Stellungnahme des Europäischen Parlaments auf dem Ratgipfel der Staats- und Regierungschefs vorgelegt werden. Auf der Grundlage des Fortschrittsberichts kann die Kommission erforderlichenfalls Änderungen der integrierten Leitlinien vorschlagen. (ng) ■

- **Weitere Informationen**

Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111  
Quelle: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Reference IP/05/1491)

Nationale Reformprogramme:  
[www.europa.eu.int/growthandjobs/key/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/growthandjobs/key/index_de.htm)

## Umweltausschuss will besseren Zugang zu Gerichten

### Weitere Themen Forschungsförderung, Nachhaltigkeitsstrategie, Umweltrecht

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (EP) hat am 2. Dezember dafür gestimmt, den Zugang von Naturschutz- und Umweltverbänden zu Gerichten zu stärken, wenn diese EU-Institutionen wegen umweltpolitischer Entscheidungen verklagen wollen. Der Ausschuss bereitete die zweite Lesung des EP-Plenums zur UN-Ärhus-Konvention über Umweltinformationen und Umweltgerichtsbarkeit in Bezug auf EU-Institutionen vor.

### Rechte von Umweltverbänden sollen gestärkt werden

Im Mittelpunkt der Abstimmung stand die Formulierung eines detaillierten Textabschnittes, wie EU-Institutionen auf eine Anfrage von Verbänden reagieren müssen, wenn diese eine interne Überprüfung von administrativen Verfahren fordern oder die Institution wegen Nichthandelns kritisieren. Strittig war die Frage, ob die EU-Institutionen mit einer formellen schriftlichen „Entscheidung“ antworten müssen oder lediglich mit einer schriftlichen Begründung. Der Ausschuss sprach sich für eine schriftliche Entscheidung aus, da dadurch die Möglichkeiten der Verbände gestärkt würden, Klage einzureichen. Dies wäre bei der Gesetzgebung möglich, nachdem die Bitte um interne Überprüfung eingereicht worden ist.

Vor allem die Industrie mit der Chemievereinigung CEFIC an der Spitze hatte vor der Abstimmung die Mitglieder des Ausschusses aufgefordert, sich gegen eine Stärkung der Rechte von Umweltverbänden einzusetzen, da dadurch eine „permanente Verletzung der EU-Verträge“ entstehen würde. Umweltgruppen hingegen begrüßten nach der Abstimmung die „Stärkung von Umweltdemokratie in der EU“.

### Mehr Mittel für Öko-Innovationen gefordert

Die Mitglieder des Ausschusses sprachen sich außerdem für eine Erhöhung der Mittel für Öko-Innovationen unter dem EU-Wettbewerbs- und Innovationsrahmenprogramm von mindestens 520 Millionen Euro bzw. bis zu 900 Millionen Euro aus. Die Kommission hatte einen Betrag von 520 Millionen Euro vorgeschlagen. Die Entscheidung geht nun an den Industrieaus-

schuss des Parlaments, der dafür die letzte Verantwortung trägt.

### Nachhaltigkeit soll übergreifendes Ziel werden

Weiterhin stand die EU-Nachhaltigkeitsstrategie auf dem Programm des Umweltausschusses. Die Kommission will im Februar 2006 eine Überprüfung der Strategie vornehmen. Mitglieder des Umweltausschusses forderten, dass Nachhaltigkeit das übergreifende Ziel der EU sein solle und dass die Lissabon-Strategie für wirtschaftliches Wachstum damit kompatibel sein müsse.

### Kritik an Kommission: Wann wird geklagt?

Während einer Debatte über die Umsetzung von EU-Umweltrecht äußerte sich ein Vertreter der EU-Kommission vor dem Umweltausschuss und kündigte an, dass die Kommission in Zukunft strenger auf die Einhaltung der Gesetze in den Mitgliedstaaten achten werde, vor allem was die zweite Phase des europäischen Emissionshandelssystems angehe. Die Parlamentarier/innen kritisierten die Kommission wegen mangelnder Transparenz bei Entscheidungen über Einhaltung oder Nichteinhaltung von Recht in den Mitgliedstaaten und über entsprechende Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof. (ng) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 284-2111, Fax -9014  
www.europarl.eu.int/comparl/envi

Quelle: Environment Daily, 23.11.05

## Mehr Kontrollen bei Sanktionen im Umweltbereich

### Kompetenzfragen beim Umweltstrafrecht

Die EU-Kommission hat in einer Mitteilung gefordert, dass der EU-Regelungsrahmen für strafrechtliche Sanktionen bei Verschmutzungen durch Schiffe erneut genehmigt werden muss. Die Kommission bezieht sich auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), nach dem die Umweltschutzkompetenzen der EU auch die Befugnis einschließen, den Mitgliedstaaten aufzutragen, schwere Umweltverstöße mit strafrechtlichen Sanktionen zu ahnden (EUR 10.05, S. 13). Dem Urteil zufolge muss bei der Verschmutzung durch Schiffe die Gemeinschaftsmethode anstelle des zwischenstaatlichen Verfahrens angewendet werden. Falls Ministerrat und Parlament dem zustimmen, könnte es Veränderungen im Rechtsrahmen geben.

### Rechtsgrundlage ist entscheidend

Es besteht ein grundlegender Unterschied, ob der EU-Vertrag („Dritte Säule“) oder der EG-Vertrag als Rechtsgrundlage herangezogen wird. Die Wahl der Rechtsgrundlage hat zwei wesentliche Konsequenzen:

- Erstens für das Rechtsetzungsverfahren: Nach dem EU-Vertrag beschließt der Ministerrat einstimmig auf Vorschlag eines Mitgliedstaats oder der Kommission. Das Europäische Parlament spielt hier nur eine untergeordnete Rolle. Nach dem EG-Vertrag steht das Initiativrecht allein der Kommission zu und das Parlament verfügt als Mitgesetzgeber über seine vollen Rechte. Der Rat entscheidet hier mit qualifizierter Mehrheit.

- Zweitens gibt es bei auf der Grundlage des EU-Vertrags erlassenen Rechtsakten kein Vertragsverletzungsverfahren, sodass die Kommission keine Handhabe hat, um Mitgliedstaaten zur ordnungsgemäßen Umsetzung des Rechtsakts zu zwingen. Dies ist jedoch für eine einheitliche Rechtsanwendung unabdingbar. (ng) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111, Fax -3040  
www.europa.eu.int/comm  
Quelle: Environment Daily, 28.11.05

## Erneute EuGH-Warnung an Deutschland

### Mangelhafte Umsetzung der Habitat-Richtlinie kritisiert

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Deutschland erneut wegen inkorrektener Umsetzung der Habitat-Richtlinie von 1992 in nationales Recht verwarnt. Damit gab er einer Beschwerde der EU-Kommission Recht, nach deren Auffassung Deutschland bisher nicht die vorgeschriebene Folgenabschätzung von möglichen Auswirkungen von Entwicklungsprojekten auf geschützte Gebiete in nationales Recht übertragen habe. Vor allem gebe es bisher keine Überprüfung von Luftverschmutzung durch nahe gelegene Industrieanlagen auf die ausgewiesenen Habitate (siehe auch Beitrag S. 30). (ng) ■

### • Weitere Informationen

Europäischer Gerichtshof (EuGH), Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg  
Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500  
Suchformular:  
<http://curia.eu.int/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>  
(Aktenzeichen: „C-98/03“)

Quelle: Environment Daily, 25.11.05

## Newsticker

### Weitere Verzögerung bei thematischen Strategien

Die thematischen Strategien zu Abfall, nachhaltiger Ressourcennutzung und Bodenschutz, die am 30. November von der EU-Kommission vorgelegt werden sollten, werden voraussichtlich erst kurz vor dem Jahresende 2005 veröffentlicht, die Bodenschutzstrategie sogar erst 2006. Die Kommission machte allerdings geltend, dass es sich bei der Verzögerung weniger um interne politische Diskrepanzen handele, sondern ein Streik der Übersetzer/innen zu der Verschiebung geführt habe. (ng)

Quelle: Environment Daily, 25.11.05

### Rechnungsprüfer kritisieren EU-Umweltfonds

Die europäische Rechnungsprüfungsbehörde hat in einem neuen Bericht über das EU-Budget 2004 Mängel bei europäischen Umweltfinanzierungsprogrammen kritisiert. Die Prüfer fordern vor allem Nachbesserungen beim Umwelt- und Naturschutzfonds LIFE, wo sie Fehler im Management und bei den Kontrollsystemen entdeckt haben, außerdem bei der Finanzierung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik im Bereich der Umweltausgaben. (ng)

Quelle: Environment Daily, 18.11.05

Bericht der Rechnungsprüfer:  
[www.eca.eu.int](http://www.eca.eu.int)

### 185 Millionen Euro für die Bekämpfung von Tierseuchen

Die EU-Kommission hat ein Finanzpaket für die Förderung von Programmen bewilligt, mit denen im Jahr 2006 Tierseuchen getilgt, bekämpft und überwacht werden sollen. Die 129 Programme, deren Förderung durch die EU genehmigt wurde, beziehen sich auf Tierseuchen, die sowohl die Gesundheit des Menschen als auch die Tiergesundheit betreffen. Insgesamt sollen dafür 185 Millionen Euro aufgewendet werden. (ng)

Quelle: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid)  
(IP/05/1505), 30.11.2005

■

## Neue Verordnung zur Abfallverbringung

### Bericht in zweiter Lesung von EU-Parlament angenommen

Die Menge der Abfälle in der EU wächst und die Transporte machen selbst vor außereuropäischen Grenzen nicht mehr Halt. Im Gegenteil ist die Zahl illegaler Transporte vornehmlich in Entwicklungsländer gestiegen. Für einen besseren Umweltschutz und klarere Regelungen bei der Abfallverbringung hat das Europäische Parlament Ende Oktober einen Bericht zur Abfallverbringung innerhalb der EU in zweiter Lesung angenommen (EUR 11.05, S. 16). Die neue Verordnung tritt voraussichtlich Anfang 2007 in Kraft und löst die alte von 1993 ab. In den überarbeiteten Entwurf fließen auch die neuen Standards der OECD<sup>1</sup> und des Basler Übereinkommens<sup>2</sup> ein.

Verbesserungen soll es beispielsweise beim Im- und Export von Abfällen geben. So können die Behörden des Empfängerlandes die Einfuhr unterbinden, wenn es sich um gemischte Siedlungsabfälle aus privaten Haushalten handelt. Hausabfälle sollen stattdessen im eigenen Land verwertet werden. Des Weiteren können sich die Mitgliedstaaten weigern, Abfälle anzunehmen, die aus gefährlichen Substanzen bestehen. Ein weiteres Problem stellt die Abwrackung von Schiffen dar. Der EU-Rat plant, die Kapazitäten in diesem Bereich zu erhöhen, um eine Abwrackung in Ländern vorzubeugen, in denen weniger strenge Umweltvorschriften bestehen. (db) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Rue Wiertz, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2842111, Fax 0032 2 / 2306933  
[www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int)

## Abfall-Skandal: Hälfte aller Müllexporte illegal

### 258 Schiffsladungen in neun EU-Ländern untersucht

Das europäische Netzwerk von Umweltspektor/innen „Impel“ hat bei Überprüfungen im Oktober herausgefunden, dass praktisch die Hälfte der in Europa stattfindenden Müllexporte illegal ist. Es wurden 258 Schiffsladungen in 17 Häfen von neun EU-Staaten sowie Inspektionsunterlagen kontrolliert. Von 140 Abfallverbringungen per Schiff entsprachen 48 Prozent nicht den gesetzlichen Vorgaben. Viele Schiffe verfrachteten gefährliche Abfälle in so genannte Entwicklungsländer – eine Praxis, die auf Grund der Baseler Konvention zum Handel mit gefährlichem Abfall verboten ist.

Die Ladungen enthielten schwedische Kabelabfälle für China, ausrangierte Kühlschrankschrankkompressoren mit Fluorchlorkohlenwasserstoffen für Pakistan, lettische Kupferabfälle mit Verschiffungsziel Panama und 14 britische Hausmüllcontainer für Indien. In Frankreich wurden 30 Behälter mit gemischten Abfällen gefunden, die nach Asien und Afrika gebracht werden sollten.

### Große Umsetzungsdiskrepanzen zwischen den einzelnen EU-Staaten

Impel hatte schon im März ähnlich skandalöse Verstöße gegen EU- und internationales Recht ans Licht gebracht. Im letzten Jahr gab es weniger Verstöße (20 Prozent). Die Untersuchungen zeigten, dass es große Diskrepanzen in der Umsetzung von Umweltrecht zwischen den einzelnen EU-Staaten gebe. Es müsse dringend etwas für eine bessere Umsetzung und Harmonisierung innerhalb der EU geben, forderte Impel. (jg) ■

### • Weitere Informationen

European Network for the Implementation and Enforcement of Environmental Law (IMPEL), Europäische Kommission, Generaldirektion Umwelt, BU-5 6/127, B-1049 Brüssel  
[www.europa.eu.int/comm/environment/impel/](http://www.europa.eu.int/comm/environment/impel/)  
Quelle: Environment Daily, 08.11.05

## Altauto-Richtlinie mit zu viel Ehrgeiz im Umweltschutz?

### Europäisches Umweltbüro distanziert sich vom Ergebnis der Konsultation

Die Altauto-Richtlinie (2000/53/EG) ist manchen Interessengruppen zu umweltfreundlich. Nach einer Interessengruppenbefragung warnt die EU-Kommission in einem Bericht, dass die Recycling-Ziele für Autos, die im Jahr 2015 in Kraft treten sollen<sup>3</sup>, „nicht erreichbar“ seien und deshalb entschärft werden sollen. Die Richtlinie sei, so der Bericht, zudem durch einen Grundsatzfehler leicht zu unterwandern, da z.B. keine zertifizierten Behandlungsmöglichkeiten festgelegt sind. Die Hälfte des Schrotts gehe durch „unautorisierte Kanäle“ oder werde illegal entsorgt.

Solange das so bleibe, könnten auch die für 2006 anvisierten Ziele nicht verwirklicht werden. Die 2015-Ziele seien zurzeit „unüberwindliche Barrieren“ ohne Markt-möglichkeiten und mit vielen „negativen Kosten“. Besonders die nicht-metallischen Bestandteile seien nicht profitabel. Unter „heute realistischen Marktbedingungen“ seien die Ziele nicht erreichbar und sollten deshalb abgeschafft oder auf 2020 verschoben werden. Schon im April hatte sich der damalige deutsche Wirtschaftsminister Wolfgang Clement für eine Entschärfung der Recycling-Vorschriften eingesetzt. Das Europäische Umweltbüro (EEB) war als einzige Umwelt-NGO an der Konsultation beteiligt und kritisierte sowohl Ergebnis als auch Verfahren.

### Schlussfolgerungen blieben Auto-Industrie-lastig

Ein EEB-Kommentar vom Dezember schätzt das Ergebnis eher kritisch ein: Die meisten der aus Umweltsicht vorgebrachten Argumente seien gar nicht erst in das Ergebnis eingeflossen. Vielmehr repräsentierten besonders die allgemeinen Schlussfolgerungen eine „fundamental einseitige Perspektive, aus unserer Sicht dominiert von der Auto-Industrie“. So wurde bei der „Beweisführung“, dass die Zielerreichung nicht möglich sei, z.B. nicht erwähnt, dass das niederländische System bereits eine Quote von 83 % erreicht.

1 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

2 Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung

3 Bis 2006 sollen mindestens 85 Prozent des durchschnittlichen Gewichts eines Altfahrzeugs zu verwerten und mindestens 80 Prozent wiederverwenden oder zu recyceln sein. Bis 2015 sind diese Verwertungsziele auf 95 Prozent (Verwertung) bzw. 85 Prozent (Recycling) zu steigern.

Dass der Markt sich bis 2015 weiterentwickelt, wurde ebenfalls mit keiner Schätzung oder Prognose bewertet. Damit, so das EEB, zeige die politische Schlussfolgerung einen fatalen Teufelskreis auf: Aus der Tatsache, dass die Recycling-Ziele heute noch nicht überall erreicht werden, wird geschlossen, dass dies auch in Zukunft so ist - also fordere man lediglich den Beibehalt des Status quo. Weder sei das ein richtiger und nützlicher Ansatz noch habe man bei der Berechnung der Kosten die aktuellen Preise für Öl und Plastik beachtet. Darüber hinaus sei die Datenlage nicht ausreichend gewesen, da die nationalen Behörden die 2006-Ziele noch nicht umgesetzt und deshalb auch keine Berichte geliefert haben.

### Kein schlüssiger und gut durchdachter Prozess

Das Europäische Umweltbüro kritisierte, dass der Konsultationsprozess weder aus Umwelt- noch aus technologischer oder ökonomischer Sicht schlüssig und gut durchdacht gewesen sei. Es sei aber immerhin klar geworden, dass potenzielle Barrieren noch überwunden werden müssen. Als Beispiele nannte EEB-Abfallexpertin Melissa Shinn die nicht ausreichende Abdeckung von Altautos, die verwertet werden sollen, das Fehlen einer eindeutigen Definition von „Recycling“ und klare Vorstellungen über die Machbarkeit einer harmonisierten Umsetzung in der EU. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro/European Environmental Bureau (EEB), Melissa Shinn, Referentin für Abfall-, Produkt- und Ressourcenpolitik, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289-1300, Fax -1099  
eMail: melissa.shinn@eeb.org  
www.eeb.org

Quelle: Environment Daily, 18.11.05

## 25 Millionen Bäume werden jedes Jahr zu Hygienepapier

### WWF-Studie: Kaum Nutzung von Altpapier

Der WWF hat im November eine neue Studie vorgelegt, in der der Altpapiergehalt in den Produkten der fünf größten Hygienepapierhersteller (Marktanteil 70 Prozent) untersucht wird. Demnach enthält die große Mehrheit der Artikel von Procter und Gamble, SCA, Kimberly Clark, Metsa Tissue und Georgia Pacific besonders wenig recyceltes Papier. Stattdessen bestünden die Wegwerfprodukte aus hochwertigen Zellstofffasern, die aus frisch geernteten Bäumen gewonnen werden. „Ganze Wälder werden abgeholzt, um nach kurzem Gebrauch im Abfall oder in der Toilette zu landen“, kritisierte der WWF. Während in Büros, Schulen, Behörden und Hotels längst hauptsächlich Toilettenpapier und Tücher aus Altpapier verwendet würden, müssten die Verbraucher im Supermarkt oft lange nach Recyclingprodukten suchen.

13 Kilogramm Hygienepapier im Jahr verbraucht durchschnittlich jede EU-Bürger/in - viermal so viel wie weltweit im Durchschnitt verbraucht wird. Insgesamt kommen die Europäer/innen so auf 5,5 Millionen Tonnen jährlich. Der europäische Markt für Hygienepapiere umfasst mit 8,5 Milliarden Euro über ein Viertel des Weltmarkts. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Nina Griesshammer, Forstpolitik/Tropenwaldschutz, Rebstocker Straße 55, 60326 Frankfurt/M.  
Tel. 069 / 79144-194  
eMail: griesshammer@wwf.de  
www.wwf.de

## Wie umweltfreundlich sind Druckerzeugnisse aus Papier?

### Kriterien zur Vergabe der Euro-Blume entwickelt

Die EU-Kommission hat Ende Oktober einen Vorschlag für Kriterien zur Vergabe des Umwelt-Zeichens „Euro-Blume“ auf Druckerzeugnisse veröffentlicht. Die betreffende Produktgruppe schließt Schreibwaren, Magazine, Bücher und Prospekte ein. Bei der Vergabe müssen bestimmte Punktzahlen in sieben Parametern aus den Bereichen Energie und der Behandlung mit Chemikalien erreicht werden. Bis zu 30 Punkte werden für Emissionsreduktion flüchtiger organischer Verbindungen vergeben. Punkte gibt es auch für die Wiederverwertung von Toluolen, Einschränkung der Wasserverschmutzung durch Kupfer- und Chrom-Emissionen sowie den Gebrauch Erneuerbarer Energien. Die Abstimmung im zuständigen Ausschuss sollte ursprünglich im Dezember stattfinden, ist aber auf nächstes Frühjahr verschoben worden.

Kriterien für andere Produktgruppen wie Möbel, Seifen und Shampoos werden zurzeit noch entwickelt. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro/European Environmental Bureau (EEB), Melissa Shinn, Referentin für Abfall-, Produkt- und Ressourcenpolitik, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289-1300, Fax -1099  
eMail: melissa.shinn@eeb.org  
www.eeb.org

Quelle: Environment Daily, 28.10.05

Kriterien für Druckerzeugnisse aus Papier:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/ecolabel/pdf/printed\\_paper\\_matter/printedpaper71005.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/ecolabel/pdf/printed_paper_matter/printedpaper71005.pdf)

## Neuregelung zum Import von illegal geschlagenem Holz

### Agrarministerrat einstimmig für Gesetze auf freiwilliger Basis

Ende Oktober hat der Agrarministerrat zwei legislative Vorschläge angenommen, um den Import von illegal gefälltem Holz einzudämmen. Mit den Gesetzen verbunden ist die Einbeziehung Holz exportierender Staaten durch Partnerschaften, die die EU-Kommission anregen soll. Die Bestimmungen für den Holzhandel (Forest Law Enforcement Governance and Trade - FLEGT) geben den Rahmen für freiwillige Vereinbarungen auf partnerschaftlicher Basis vor. Holz exportierende Länder oder Regionen sollen zukünftig nur FLEGT-Lizenzen erhalten, wenn der Holzeinschlag legal erfolgte oder nachweisbar legal importiert wurde, bevor der Export erfolgen darf. EU-Zollbehörden sollen die Echtheit der Zertifikate überprüfen, bevor sie eine importierte Lieferung zulassen. EU-Regierungen wollen „effektive, verhältnismäßige und abmahnende“ Strafen auferlegen, wenn die Regeln verletzt werden.

### Produktweiterung wurde abgelehnt

Gemäß dem Vorschlag der EU-Kommission wird die Lizenz nur für unbearbeitetes Holz, Eisenbahnschwellen, Sägeholz, Furniere, Sperrholz und laminiertes Holz gelten. Einige EU-Regierungen wollten weitere Anwendungen, z.B. Pressspan, Holzfasertafeln und Zellstoffpappe. Der Gesetzesakt ist aber grundsätzlich erweiterbar.

### Statt Waldschutzprogramm Vorfahrt für Handel

Ein Streitpunkt während der Verhandlungen war, wie am besten „Schlupflöcher“ für illegal geschlagenes Holz gestopft werden können. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, dass auch Drittländer die erforderlichen Zertifikate benötigen, die aus nicht-FLEGT-Ländern importieren. Dies wiederum wurde von einigen Mitgliedstaaten abgelehnt, deren Regierungen fanden, das sei nicht praktikabel und behindere außerdem den Handel. Also wurde diese Klausel gestrichen.

### WWF: FLEGT ist zu schwach

Finnland, Schweden und Großbritannien sind für zwei Fünftel des EU-Imports von illegalem Holz verantwortlich, berechnete der WWF Mitte November. Die Umweltschutzorganisation untersuchte Exporthandelsdaten der sechs größten Umschlagplätze

von illegal geschlagenem Holz, nämlich Regionen in Russland, dem Baltikum, Indonesien, das Amazonasbecken und Afrika. Der WWF schätzt, dass die EU-Staaten von dort etwa 20 Millionen Kubikmeter illegal gefällten Baumbestandes importieren. Der WWF hält das FLEGT-Regime für viel zu schwach, um illegalen Holzeinschlag und -handel zu reduzieren.

### Europäischer Holzhandelsverband empfiehlt FSC

Der Europäische Holzhandelsverband (Febo) ist nach eigenen Angaben bemüht, die Verwendung von illegal eingeschlagenem Holz zu unterdrücken. Febo empfiehlt deshalb nach dem Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziertes Holz. FSC-Produkte müssen zwar nicht vollständig aus FSC-zertifiziertem Holz bestehen (solche heißen dann „FSC - Mixed Sources“), aber das nicht-zertifizierte Holz „darf nicht aus umstrittenen Quellen stammen“. Vermieden werden soll Holz aus:

- Gebieten, in denen Gewohnheits- oder Bürgerrechte missachtet werden;
- besonders schützenswerten Wäldern;
- Beständen, die aus gentechnisch veränderten Bäumen bestehen;
- illegalen Einschlägen;
- Umwandlungen in andere Nutzungsformen.

Eine Studie der nordischen Privatforstbesitzer/innen hat inzwischen belegt, dass beide in Europa üblichen Zertifizierungssysteme (FSC und PEFC) Verbesserungen für das Umweltmanagement bedeuten. Wirtschaftliche Fortschritte werden für die Zukunft ebenfalls vorausgesagt.

### Monitor entdeckt Abholaktion im Naturschutzgebiet

Auch in der ARD-Monitor-Sendung am 3. November war die „heiße Ware Tropenholz“ Thema. Ein Bericht untersuchte Import und Export von illegal gefälltem Holz. Demnach importiert die EU jährlich für 2,6 Milliarden Euro illegales Holz aus Asien. Mitunter landet dieses dann auch als Fenster in bundesdeutschen Behördenbauten. Die Reporterinnen machten sich auf die Suche nach der Firma, die für die Lieferung zuständig war, und fanden auf der Insel Sumatra mitten im Naturschutzgebiet Abholaktionen vor. Die Behörden wussten nichts von den gefälschten Papieren für das aus Naturschutzgebieten stammende Holz. Teilweise wurde sogar derselbe Frachtbrief mehrere Male genutzt. Aufgrund der Recherchen wollen amtliche Stellen in Indonesien und

Deutschland nun Untersuchungen einleiten. Monitor kommentierte den Fall: „Strafbar macht sich bisher in Deutschland niemand, wenn er illegal geschlagenes Holz kauft oder verkauft. Das könnte ein Urwaldschutzgesetz endlich ändern.“

### Chinesische Fällaktionen in Birma

Greenpeace wirft China „Holzwäsche“ (statt Geldwäsche) vor, weil auch illegal geschlagenes Holz aus den Nachbarländern Indonesien, Laos, Kambodscha und Birma aufgekauft und dann in China verarbeitet wird. Chinas Holzimporte haben sich seit 1995 vervierfacht. Die Londoner Organisation „Global Witness“ schätzt die Zahl der chinesischen Holzfäller in Myanmars Urwäldern auf 20.000. Es gebe keine Wiederaufforstung und die Fällaktionen fänden in einem der wichtigsten Naturschutzgebiete Asiens statt. Die Sprecherin von Global Witness, Susanne Kempel, untersuchte den Holzhandel der chinesisch-birmanischen Grenzregion und fand heraus, dass 95 Prozent der Holzimporte aus Birma illegal sind.

### Ministerkonferenz „ENA-FLEG“ zur Forstpolitik in St. Petersburg

Um den Problemen Korruption, illegaler Holzeinschlag und -handel zu begegnen, trafen sich vom 22. bis 25. November Vertreter aus Europa und Nordasien (ENA-Region) sowie der EU-Kommission. Abschließend wurde ein Dokument beschlossen („St. Petersburg Declaration“), in dem sich die Staaten verpflichten national und international Schritte einzuleiten. In einer ebenfalls verabschiedeten Liste für weitere Aktionen wird u. a. geplant, dass es für diese Maßnahmen Zeitpläne und internationale Zusammenarbeit auch mit UN-Institutionen geben soll. (jg) ■

### • Weitere Informationen

ENA-FLEG, St. Petersburg Declaration:  
[www.illegal-logging.info](http://www.illegal-logging.info)  
[www.taigaescape.org](http://www.taigaescape.org)

Quellen: Environment Daily, 25.10.05, 03.11.05, 22.11.05,  
 EU-Kommission: [www.europa.eu.int](http://www.europa.eu.int)  
 (Reference: IP/05/1341)  
 Greenpeace International (Pressemitteilungen 19./24.10.05)  
 WWF-News 51100  
[www.fsc-deutschland.de](http://www.fsc-deutschland.de)  
[www.wdr.de/tv/monitor/beitrag.phtml?bid=747&sid=137](http://www.wdr.de/tv/monitor/beitrag.phtml?bid=747&sid=137)

## EU-Studie zum „grünen“ Beschaffungswesen

### Kommission veröffentlicht bisherige Umsetzungserfolge

Die EU-Kommission hat Anfang November auf einer Konferenz der britischen Ratspräsidentschaft in London eine Studie über Möglichkeiten des so genannten umweltfreundlichen Beschaffungswesens veröffentlicht. Laut Studie gibt es sieben Staaten, die inzwischen beim „grünere Einkauf“ einige Fortschritte zu verzeichnen haben: Österreich, Dänemark, Finnland, Deutschland, die Niederlande, Schweden und Großbritannien. Hier werden zwischen 40 und 70 Prozent der Ausschreibungen mit ökologischen Kriterien getätigt. Bis 2006 sollen die EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Integrierten Produktpolitik (IPP-Richtlinie) nationale Pläne vorlegen, wie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Dienstleistungen sowie der Einkauf von Gütern nach ökologischen Kriterien erfolgen kann.

### Zwölf ergiebige Produktgruppen

Zwölf Produktgruppen scheinen besonders ergiebig für das umweltfreundliche Beschaffungswesen zu sein, darunter Abwasserdienste, Sanitäranlagen, Recycling, Papier, Druckservice, Bürogeräte, Lebensmittel und Bewirtungsservice, Bauwesen und Verkehrsmittel.

### Folgende Maßnahmen werden in der Studie empfohlen:

- nicht-bindende, aber konkrete Ziele (bei 30 Prozent der Ausschreibungen umweltbezogene Bedingungen im ersten Jahr, nach drei Jahren bei 70 Prozent)
- Aus- und Weiterbildungsprogramme in den nächsten zwei Jahren

Als stärkende Faktoren gelten politische Unterstützung, Informationsprogramme und Schulungen sowie auf die Durchführung von Dienstleistungen und die Leistung von Gütern bezogene Voraussetzungen anstelle von Normen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Informationsseite der EU-Kommission zu umweltfreundlichem öffentlichem Beschaffungswesen:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/gpp/index.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/gpp/index.htm)  
Quelle: Environment Daily, 04.11.05

## Umweltverträglichkeits-Prüfungen untersucht

### Künftig Verschmelzung von UVP und Umweltfolgenabschätzung?

Die EU-Kommission hat einen von ihr in Auftrag gegebenen Expertenbericht vorgelegt, in dem die Umsetzung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) auf Ebene der Mitgliedstaaten untersucht wird. Konkret ging es um Überschneidungen zwischen der UVP-Richtlinie einerseits und der Richtlinie über strategische Umweltfolgenabschätzung andererseits. Die Expert/innen kamen zu dem Ergebnis, dass langfristig eine Verschmelzung der beiden Richtlinien am sinnvollsten erscheint.

UVPs sind für große Projekte wie beispielsweise neue Elektrizitätswerke seit den 1980er Jahren verpflichtend, wohingegen verbindliche strategische Umweltprüfungen für einzelne Politikbereiche und -programme neueren Ursprungs sind.

### Vorschlag: Konkreter Ablaufplan, wann was angewandt werden soll

Überschneidungen oder Lücken vor allem auf Ebene der Mitgliedstaaten können zu Verwirrungen führen, so ein Ergebnis der Expertise. Vorgeschlagen wird aus diesem Grund ein konkreter Ablaufplan für die Behörden, um zu entscheiden, wann welche Richtlinie Anwendung finden soll. Dadurch könne sichergestellt werden, dass die Behörden auf jeden Fall den rechtlichen Bestimmungen aus beiden Richtlinien nachkommen. (ng) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299 -1111, Fax -3040  
[www.europa.eu.int/comm/environment/eia/home.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/eia/home.htm)

Bericht:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/eia/final\\_report\\_0508.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/eia/final_report_0508.pdf)

Quelle: Environment Daily, 18.11.05

## Umweltmanagementsysteme verbessern Umweltleistung

### Erstes Internationales Gutachten

Unternehmen mit gut funktionierendem Umweltmanagementsystemen (UMS) bringen tendenziell bessere Umweltleistungen. Dies ergab ein internationales Gutachten. Obwohl die Beliebtheit von Umweltmanagementnormen wie ISO 14001 zunimmt, ist dies die erste Studie, die diese Verbindung tatsächlich nachprüft. Die britische Forschergruppe Eiris hat die Qualität von UMS in 23 Ländern bei über 800 Firmen mit „hohem Umwelteinfluss“ bewertet und ihre Umweltleistungen über drei Jahre hinweg erforscht.

### Je besser das Managementsystem, desto mehr Umweltleistung

Fast drei Viertel der ausgewählten Firmen hatten ein UMS mittlerer oder besserer Qualität, zwei Drittel waren nach ISO oder EMAS (EU-Öko-Audit) zertifiziert. Die Hälfte hat ihre Umweltleistung in den drei Jahren verbessert. Je besser das UMS, desto wahrscheinlicher die Verbesserung der Umweltleistung; ohne UMS wurde keine größere Verbesserung erzielt. Allerdings haben rund 70 Prozent der untersuchten Firmen mit gutem oder außergewöhnlichem UMS keine größere Verbesserung ihrer Umweltleistung (mehr) erzielt.

### Gute Umweltberichterstattung fördert besseren Umweltschutz

Die Forschergruppe fand aber eine positive Korrelation zwischen der Qualität der Umweltberichterstattung und der Verbesserung der Umweltleistung: 45 Prozent der Firmen mit guten Berichten machten größere Fortschritte, verglichen mit knapp über 10 Prozent, die keine Verbesserung vorzuweisen hatten. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 27.10.05  
[www.eiris.org/Files/Otherpublications/EMSPerformanceOctober2005.pdf](http://www.eiris.org/Files/Otherpublications/EMSPerformanceOctober2005.pdf)

## Ressourcenstrategie kein Ersatz für Umweltpolitik

### Sachverständigenrat veröffentlicht Stellungnahme

Am 21. Dezember will die EU-Kommission ihre thematische Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen veröffentlichen. Der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat hierzu Ende November eine Stellungnahme abgegeben. Eine Ressourcenstrategie könne „die Umwelt entlasten und wirtschaftliche Vorteile bringen“, dürfe aber die bisherige Umweltpolitik nicht ersetzen.

### Grundlage ist fundiertes Wissen über Lebensweg der Stoffe

Wichtig zur Beurteilung und chancenreich für den Erfolg sei fundiertes Wissen über Quellen, Transportwege, Lager und Senken wichtiger Stoffe. Insbesondere Umwelteintragspfade und Aufnahmefähigkeit von Stoffsenken sollten untersucht werden. Im Zusammenspiel mit Umweltqualitätszielen könnten auf dieser Wissensbasis Umweltprobleme frühzeitig erkannt und Prioritäten für besonders umweltrelevante Stoffströme gesetzt werden. Wo Maßnahmen am besten ansetzen sollten („Schlüsselstellen“), könne dadurch ebenfalls herausgefunden werden.

Der SRU unterstützt den Ansatz der geplanten EU-Ressourcenstrategie, der auf die Umweltwirkungen des Ressourceneinsatzes über den gesamten Lebenszyklus zielt. Die Sachverständigen warnen allerdings „vor überzogenen Erwartungen“. Eine Ressourcenstrategie könne bewährte Umweltpolitikmaßnahmen nicht ersetzen, sondern nur ergänzen und qualifizieren. „Prioritär sollte die Vermeidung von Schadstoffen, wie sie z. B. in der Quecksilberstrategie der EU verfolgt wird, sowie die Lenkung vorhandener Schadstoffe in geeignete Senken in Angriff genommen werden“, betonte der SRU. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Sachverständigenrat für Umweltfragen,  
Reichpietschufer 60, 10785 Berlin  
Tel. 030 / 263696-111, Fax -109

Vollständige Stellungnahme:  
[http://umweltrat.de/03stellung/download03/stellung/Stellung\\_Ressourcen\\_Nov2005.pdf](http://umweltrat.de/03stellung/download03/stellung/Stellung_Ressourcen_Nov2005.pdf)

## Newsticker

### In Arbeit: Thematische Strategie Abfallvermeidung und -recycling

Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat sich im Oktober und November besorgt über die Ausrichtung der noch ausstehenden thematischen Strategie zu Abfallvermeidung und -recycling geäußert. Man befürchte einen Ansatz, der weniger klare Regelungen und starke Umweltziele als vielmehr ein schwammiges und unverbindliches „Lebenszyklus-Denken“ und freiwillige Standards enthalte. Zudem sollen offenbar nationale und regionale Regelungen statt EU-weit harmonisierter, ehrgeiziger Umwelt- und Recyclingziele bevorzugt werden. Das sei auf keinen Fall zu kontrollieren und diene auch nicht der „besseren Rechtsetzung“, so das EEB, das in dem Papier eine Tendenz zu mehr Müllverbrennung statt zu vorsorgender Abfallvermeidung sieht. Die Veröffentlichung der thematischen Strategie ist mehrfach verschoben worden. Sie wird aber noch vor Ende des Jahres erwartet. (jg)

Quelle: [www.eeb.org](http://www.eeb.org)

### Debatte über Export von Sekundärrohstoffen gefordert

Der Vorsitzende des Umweltausschusses im Europäischen Parlament Karl-Heinz Florenz (CDU) hat anlässlich einer internationalen Tagung zum Recycling von Autos, Elektronikabfällen und Batterien in Shanghai eine EU-Debatte um den Export von Recyclingmaterialien gefordert. Auch aus Sorge um den europäischen Standort sei es nötig, stärker die umweltpolitische Komponente der Abfallbehandlung zu betonen. Es müsse bei den Wirtschaftsgesprächen mit China auch auf die Einführung vergleichbarer Standards bei der Entsorgung gedrängt werden. Denn China brauche zwar z. B. Edelmetalle aus dem Computerrecycling für das enorme Wirtschaftswachstum, der Rest komme aber „in den Holzofen“, da die Standards so niedrig seien. Europäische Hersteller seien ebenfalls auf Recyclingmaterial angewiesen - ein möglicher Rückkauf schaffe Abhängigkeiten, die vermieden werden müssten, außerdem seien die europäischen Recyclinganlagen nicht ausgelastet. Die EU-Kommission, aber auch die Mitgliedstaaten müssten vor allem die illegale Ausfuhr von Abfällen nach China endlich schärfer kontrollieren und das Umweldumping als ernstes Problem anerkennen. Begleitend müsse auf europäischer Ebene

die Recyclingdebatte verstärkt die Marktbedingungen für Sekundärrohstoffe in Europa betrachten, so Florenz abschließend. (jg)

Quelle: [www.karl-heinz-florenz.de](http://www.karl-heinz-florenz.de)  
(09.11.05)

### Unkontrollierter Brand in tschechischer Müllverbrennungsanlage

Im tschechischen Chropyne brannte im November eine Müllverbrennungsanlage für gefährlichen Müll. „Halten Sie Fenster und Türen geschlossen“, lautete die Botschaft der lokalen Behörden an die Anwohner/innen. Es sei nicht das erste Mal, dass im PVC-Processor-Komplex „Technoplast“ Feuer ausbrachen, so der tschechische EEB-Umweltexperte Mirek Suta. Außerdem habe Greenpeace schon vor vier Jahren die Anlage blockiert, weil der Ausstoß an Dioxin 150-mal höher war als in der EU erlaubt. (jg)

Quelle: Mirek Suta, EEB Tschechien  
Tel. 00420 608 / 775754

### Irland vergibt erste Lizenzen für Müllverbrennungsanlagen

Irland hat die ersten kommerziellen Abfallverbrennungsanlagen in Betrieb genommen, nachdem die Umweltschutzbehörde im November die Lizenzen für zwei Anlagen erteilt hat. Anwohner/innen und Umweltschutzgruppen bezeichneten die Entscheidung als „historische Sackgasse“. Die irische Wirtschaft begrüßte den Schritt, kritisierte aber, dass die Verspätung bei der Bereitstellung von Infrastruktur bedeute, dass „Irlands Abfallmanagementkrise weiter gehe“. Die Anlagen haben eine Aufnahmekapazität für acht Prozent des städtischen Abfalls in Irland. (jg)

Quelle: Environment Daily, 25.11.05

### Anti-Preis für „hypermobilen Müll“

Die Schweizer Alpeninitiative hat den für Müllimport und -export zuständigen Behörden den „Roten Teufelsstein“ - eine Art Anti-Preis - überreicht. Von Graubünden werden jährlich 10.000 Tonnen Abfälle aus „wirtschaftlichen Gründen“ aus Deutschland importiert: jeden Tag etwa zwei bis drei Lastwagen voll. Umgekehrt schickt Graubünden wiederum 20.000 Tonnen in andere Kantone. Weitere Mengen touren als „hypermobiler Müll“ durch die Gegend, verursachen zusätzlich zur Umweltgefährdung durch Müllverbrennungsanlagen Lärm und Abgase. (jg)

Quelle: Kurznachrichten LSVA für Europa,  
Nov. 05

## EU-Zuckermarktreform beschlossen

### Garantiepreis sinkt um ein Drittel

Die EU-Agrarminister haben im November die Reform des europäischen Zuckermarktes beschlossen. Diese sieht vor, den EU-Garantiepreis für Zucker innerhalb von vier Jahren um 36 Prozent auf 400 Euro pro Tonne zu senken. Zur Zeit liegt der Preis nach Angaben des Ministerrats bei fast 632 Euro und ist damit zweieinhalb Mal so hoch wie auf dem Weltmarkt. Die Einkommensverluste der Bauern in Europa sollen zu fast zwei Dritteln ausgeglichen werden.

### Entwicklungsländer gehen leer aus, kritisieren deren Fürsprecher

Entwicklungs- und Umweltorganisationen stimmten zwar der Reform grundsätzlich zu, monierten aber, dass für die zuckerabhängigen Entwicklungsländer keine Ausgleichsmaßnahmen beschlossen wurden. Die eigentlichen Verlierer der Zuckermarktreform seien die Länder, die bisher Lieferrechte an die EU hatten, und diejenigen, die künftig Zucker nach Europa liefern könnten, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme von Oxfam, WWF und Evangelischem Entwicklungsdienst (EED). Das Abkommen werde in Entwicklungsländern ganze Industriezweige und die Erwerbsgrundlage vieler Menschen zerstören, kritisierten sie. Die betroffenen Länder bräuchten Ausgleichszahlungen, um ihre Verluste abzuschwächen. Die Organisationen forderten einen nachhaltigen Welthandel mit Zucker. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Oxfam Deutschland, Christin Schipmann, Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 45306935  
eMail: [cschipmann@oxfam.de](mailto:cschipmann@oxfam.de)  
[www.oxfam.de](http://www.oxfam.de)  
Das Positionspapier:  
[www.oxfam.de/download/Zuckerforderungen\\_dt.pdf](http://www.oxfam.de/download/Zuckerforderungen_dt.pdf)

## Vereinfachung der EU-Agrarpolitik vorgeschlagen

### Zur Umsetzung soll es 2006 einen Aktionsplan geben

Die Europäische Kommission hat im Oktober eine umfassende Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Aussicht gestellt. Dabei soll es vor allem um die Abschaffung unnötiger Bürokratie gehen. Das bedeutet laut Kommission, dass es für die Landwirte Regelungen geben soll, die transparenter, einfacher und leichter nachvollziehbar sind. Die Kommission kündigte für 2006 die Ausarbeitung eines Aktionsplans mit konkreten Maßnahmen an.

### Straffere Rechtsstruktur als Hauptziel

Bereits die Reformen von 2003 und 2004 hätten Vereinfachungen der GAP gebracht, sagte die Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Mariann Fischer Boel. Sie verwies auf die einheitliche Betriebsprämienregelung, in der zahlreiche verschiedene Direktzahlungen zusammengefasst worden seien. Darauf aufbauend solle nun eine einfachere und straffere Rechtsstruktur für die Agrarpolitik der EU geschaffen werden. Seit Mitte der 90er Jahre hat die Kommission verschiedene Vereinfachungsaktionen durchgeführt. Die Mitteilung vom Oktober ist Teil des Beitrags der GAP zur besseren Rechtsetzung und zur Verwirklichung der Ziele der „Lissabon-Strategie“<sup>1</sup>.

Da sowohl viele Landwirte als auch die Kommission den Bürokratieaufwand für zu hoch halten, soll eine „technische Vereinfachung“ die Agrarreformen ergänzen - z. B. durch Überarbeitung des Rechtsrahmens, der Verwaltungsverfahren und der Managementmechanismen, Straffung der Vorschriften und mehr Kosteneffizienz, ohne die Politik selbst zu verändern.

<sup>1</sup> Im März 2000 hat der Europäische Rat beim Gipfeltreffen in Lissabon die Einleitung eines Maßnahmenkatalogs beschlossen, der die EU bis 2010 zum "weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum" entwickeln soll. Diese "Lissabon-Strategie" soll durch eine Förderung der Wirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen voranbringen und soziale und ökologische Maßnahmen anregen, die wiederum eine nachhaltige Entwicklung und sozialen Zusammenhalt gewährleisten sollen. Jedes Jahr im Frühjahr debattiert der Europäische Rat über die Fortschritte dieses Prozesses. Die Fünf-Jahres-Bilanz im Frühjahr 2005 fiel jedoch sehr negativ aus.

### Die Vorschläge der EU-Kommission

- Identifizierung und Aufhebung unnötiger oder überholter Vorschriften anhand eines „Rechtsaudits“, das die Struktur und Präsentation des geltenden Agrarrechts verbessern soll.
- Einbeziehung der bestehenden gemeinsamen Marktorganisationen in eine einzige mit dem Ziel, die Regelungen für die klassischen Bereiche der Marktpolitik zu harmonisieren: Intervention, private Lagerhaltung, Einfuhrzollkontingente, Ausfuhrerstattungen, Schutzmaßnahmen, Absatzförderung für Agrarerzeugnisse, staatliche Beihilfen, Mitteilungen und Berichterstattung. Dabei bleiben die geltenden Instrumente und Mechanismen unverändert.
- Unterstützung der nationalen Verwaltungen bei der Berechnung und bei der Verringerung der Verwaltungslasten für die Landwirte
- Aufstellung eines Aktionsplans mit konkreten Maßnahmen im Jahr 2006.
- Berücksichtigung geeigneter Vorschläge der Mitgliedstaaten und der Wirtschaft
- Konferenz über die Vereinfachung im Jahr 2006 (mbu) ■

### • Weitere Informationen

EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung; Rue de la Loi 130, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 295-3240, Fax -7540  
eMail: [agri-library@cec.eu.int](mailto:agri-library@cec.eu.int)  
[www.europa.eu.int/comm/agriculture/simplification/index\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/agriculture/simplification/index_en.htm)

## **EU-Agrarsubventionen fließen vor allem in Großbetriebe**

### **Oxfam-Studie: Gelder für die Landwirtschaft ungerecht verteilt**

Die Hilfsorganisation Oxfam International hat Anfang November die EU aufgefordert, eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) anzugehen. Zuvor wurde eine Studie von Oxfam Frankreich veröffentlicht, die zeigt, dass die größten französischen Agrarbetriebe den Hauptteil der nach Frankreich fließenden EU-Agrarsubventionen erhalten.

Frankreich widersetzt sich seit Jahren einer Kürzung der Subventionen. Von den 44 Milliarden Euro des europäischen Agrarhaushalts bekommt nach Oxfam-Recherchen Frankreich 9,4 Milliarden. Dort teilen sich dann 15 Prozent der Betriebe 60 Prozent der Subventionen. Das strafe das französische Argument Lügen, Frankreich würde die EU-Subventionen nutzen, um seine kleinen Landwirte zu unterstützen, heißt es in der Studie. Die Gemeinsame Agrarpolitik sei ein „Schlaraffenland für Europas größte und reichste Landwirte“.

### **Eine verbesserte GAP nutzt auch Bauern in Entwicklungsländern**

Oxfam setzt sich - wie auch die Grünen im Europaparlament - nicht für eine Abschaffung der GAP ein, sondern für eine Änderung der politischen Richtung. Statt der Großbetriebe sollten die Subventionen den Menschen auf dem Lande zu Gute kommen, z. B. in Form von Arbeitsplätzen, Landschaftspflege und Umweltschutz. Von einer veränderten GAP würden aus Sicht von Oxfam nicht nur bäuerliche Kleinbetriebe in Europa profitieren, sondern auch Millionen armer Bauern in Entwicklungsländern, für die ein Ende des Exportdumpings lebenswichtig sei.

### **Ungleicher Profit in weiteren Ländern**

Laut Oxfam erhalten in Spanien über 300 Großbetriebe fast 400 Millionen Euro pro Jahr. Davon gingen 14,5 Millionen Euro an die sieben Spitzenverdiener - genauso viel wie an die 12.700 kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe zusammen.

Die Untersuchungen zeigten ferner, dass in Großbritannien die königliche Familie ein großer Empfänger von Subventionen ist, ebenso der Zuckergigant Tate & Lyle. In Dänemark erhalten vier Minister der Regierung, mehrere Parlamentsabgeord-

nete und sogar die dänische EU-Kommissarin Zahlungen im Rahmen der GAP, die in die Millionen gehen.

In den Niederlanden erhielt der Landwirtschaftsminister 150.000 Euro an Subventionen. Frühere Berichte zeigten, dass die größten Empfänger von Direktzahlungen und Exportsubventionen von 1999-2003 der niederländische Zweig von Mars, der Bierkonzern Heineken und der US-Tabakmulti Philip Morris waren.

In der Slowakei wurde kürzlich bekannt, dass der dortige Landwirtschaftsminister Besitzer einer Firma ist, die 2003 und 2004 rund 1,3 Millionen Euro an Subventionen erhielt. In Belgien waren unter den Hauptbegünstigten die Bank Crédit Agricole und die Konzerne Nestlé, Campina und BASF. (mbu) ■

### • **Weitere Informationen**

Oxfam Deutschland, Jörn Kalinski, Greifswalder Str. 33a, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 428506-23, Fax -22  
eMail: jkalinski@oxfam.de  
www.oxfam.de

## **Gen-Mais 1507 in Futtermitteln zugelassen**

### **EU-Kommission erlaubt nicht Anbau und Verwendung in Lebensmitteln**

Die Europäische Kommission hat die Einfuhr der gentechnisch veränderten Mais-sorte 1507 und deren Verarbeitung in Futtermitteln genehmigt. Zuvor haben die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die zuständige niederländische Behörde Futtermittel aus 1507-Mais als sicher und gesundheitlich unbedenklich eingestuft. Der Antrag wurde 2000 von den Unternehmen Pioneer und Mycogen Seeds in den Niederlanden gestellt. 1507-Mais verfügt über gentechnisch erzeugte Resistenzen gegen Schadinsekten und den Herbizidwirkstoff Glufosinat. Der Anbau wurde nicht genehmigt, die Verwendung als Lebensmittel wird derzeit noch geprüft.

### **Umweltverbände kritisieren fehlende wissenschaftliche Kompetenz der EFSA**

Umweltorganisationen werfen der EFSA vor, sie habe es bisher nicht geschafft, wissenschaftlich nachvollziehbare Standards bei der Prüfung von Gen-Produkten zu entwickeln und anzuwenden, wie dies laut EU-Gesetzen erforderlich ist. So hieß es bei Greenpeace, einige Mitglieder von EFSA-Arbeitsgruppen könnten nicht zwischen ihrer Aufgabe und den Interessen der Industrie unterscheiden. Die EFSA sei außerstande, für einen ausreichenden Schutz von Umwelt und Verbrauchern zu sorgen.

Dem widersprachen die Zulassungsbehörden. Der Mais müsse, sobald er in Verkehr gebracht werde, klar als gentechnisch verändertes Produkt gekennzeichnet sein. Durch die Kennzeichnungsvorschriften könnten, Landwirte und Verbraucher selbst entscheiden, ob sie solche Erzeugnisse kaufen wollen. (mbu) ■

### • **Weitere Informationen**

Greenpeace, Gentechnik-Experte Christoph Then, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-395, Fax -100  
christoph.then@greenpeace.de  
www.greenpeace.de

EU-Kommission zum Thema:  
www.europa.eu.int/comm/agriculture/index\_de.htm

## **Deutsches Gentechnik-Haftungsrecht umstritten**

### **Juristen: Geplante Lockerung verstößt gegen EU-Recht und Verfassung**

Das Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht in Tübingen hat die von der Großen Koalition vereinbarte Lockerung des gentechnikrechtlichen Haftungsrechts in Frage gestellt. Die vorgesehene Fondslösung sei ordnungspolitisch und verfassungsrechtlich problematisch, sagte der auf Naturschutzrecht spezialisierte Jurist Christoph Palme. Die durch das Grundgesetz, das EU-Recht und die WTO vorgegebene Wirtschaftsverfassung gehe von einer Wirtschaftstätigkeit aus, die möglichst frei von staatlichen Einflüssen sein soll, hieß es in der Begründung. Unternehmer sollten ihre Chancen nutzen können, aber auch die Risiken dafür tragen müssen. Sie sollten auch keine Gewinne auf Kosten der Steuerzahler machen dürfen.

### **Verursacherprinzip hat Verfassungsrang**

Für den Umweltschutz hat dieser Grundsatz gemäß EU-Vertrag in Form des Verursacherprinzips sogar Verfassungsrang. Die Entlastung bestimmter Branchen wie der Agro-Gentechnik von den selbst verursachten Kosten durch Abwälzung auf einen Fonds sei mit diesen ordnungspolitischen Vorstellungen nicht vereinbar, sagte Palme. Ein staatlicher Fonds ist nach seinen Worten ein „Fremdkörper im zivilrechtlichen Nachbarrecht“. Es sei nur schwer begründbar, durch Gentechnik verursachte Immissionen anders zu behandeln als andere. Das wäre eine außergewöhnliche Privilegierung der Gentechnik gegenüber anderen Branchen und ein Systembruch im zivilen Nachbarrecht.

Außerdem stelle sich die Frage, ob dadurch der Staat noch seinen Schutzverpflichtungen nachkomme, die sich aus dem Grundgesetz ergeben. Sollte sich der Schutzstandard für gentechnikfrei produzierende Landwirte durch das neue Haftungsrecht verschlechtern, läge darin ebenso ein Verstoß gegen deutsches Verfassungsrecht wie gegen europäisches Recht. (mbu) ■

### • **Weitere Informationen**

Institut für Naturschutz und Naturschutzrecht Tübingen, Christoph Palme, Ursrainer Ring 81, 72076 Tübingen

Tel. 07071 / 6878-038, Fax -160  
eMail: christoph.palme@  
naturschutzrecht.net  
www.institut.naturschutzrecht.net

## **Gentechnik-Konferenz im April unter Vorsitz Österreichs**

### **Nach Schweizer Referendum zeigen sich Zweifel an Gen-Landwirtschaft**

Gentechnik in der Landwirtschaft steht auch auf dem Themenplan für die österreichische EU-Präsidentschaft. So ist vom 2. bis 4. April 2006 in Wien ein dreitägiger europäischer „Gentechnikgipfel“ geplant. Dabei soll es vor allem um die Frage der Koexistenz, des Nebeneinanders von Gentechnik-Landwirtschaft und konventionellem Ackerbau, gehen. Es soll die erste grundlegende EU-Gentechnik-Konferenz werden.

Das Ende November per Volksentscheid beschlossene Schweizer Moratorium gegen Gentechnik in der Landwirtschaft (siehe Newsticker auf der folgenden Seite) hat offenbar auch Politiker in EU-Staaten neu über Gentechnik nachdenken lassen. Nach Angaben der Wiener Zeitung erklärte der italienische Landwirtschaftsminister Gianni Alemanno, der Erfolg der Gentechnik-Kritiker in der Schweiz habe ihn „nachdenklich gestimmt“.

Oberösterreich will derweil Berufung gegen den Beschluss des Europäischen Gerichtshofs einlegen, der am 5. Oktober das Landesgesetz für ein flächendeckendes Gentechnik-Verbot gekippt hatte (EUR 11.05, S. 19). (jg) ■

### • **Weitere Informationen**

Quelle: [www.keine-gentechnik.de](http://www.keine-gentechnik.de)  
(01.12.05), Wiener Zeitung (30.11.05,  
Artikel von Franz Steinbauer)

## Newsticker

### **Agrarminister einigen sich nicht über Umgang mit drei Gen-Maissorten**

Die EU-Agrarminister haben sich bei ihrer Konferenz Ende Oktober in Luxemburg nicht auf ein Verbot von drei verschiedenen genveränderten Maissorten einigen können. Nun ist in diesen Fällen die Kommission am Zuge. Zum einen ging es um die Zulassung von GA 21 als Lebensmittel und von MON 863 als Futtermittel. Zum anderen sollte der Agrarministerrat das griechische Anbauverbot für MON 810 aufheben. (mbu)  
Quelle: Environment Daily, 25.10.2005

### **Oberösterreich verschärft nach EuGH-Urteil Auflagen für GVO-Anbau**

Der oberösterreichische Landtag hat nach dem Urteil des EuGH zum Gentechnikverbot (siehe EUR 11.05, S. 19) im Oktober ein Gentechnikvorsorgegesetz erlassen. Das Gesetz soll den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen mit so hohen Auflagen verknüpfen, dass er für Landwirte unattraktiv wird. So soll beispielsweise ein Gütesiegel nach Schweizer Modell eingeführt werden. Dieses erhalten nur Produkte, die von Tieren stammen, die nicht mit Gen-Futter ernährt wurden. Auch sollen Bauern belohnt werden, die auf genmanipuliertes Tierfutter verzichten. (mbu)  
Quelle: OÖ-Nachrichten, 8.10.2005

### **Molekularbiologen geben Grenzen ihres Wissens über Gentechnik zu**

Europäische Wissenschaftler haben sich im November skeptisch gegenüber der angewandten Grünen Gentechnik geäußert. So warnten Molekularbiolog/innen vor großflächigen Freisetzungen von gentechnisch veränderten Organismen. Bis zu diesem Schritt sei noch viel Forschung nötig. Ein Forscher aus der Schweiz sagte, die Produkte der Gentechnik seien auf dem Niveau einer „Dinosauriertechnologie“. Ein französischer Kollege bemängelte die Qualität der Untersuchungen. Diese liege weit unter dem, was notwendig sei, um die Toxizität oder irgendwelche unerwarteten Effekte von Pflanzen vorherzusagen zu können. (mbu)  
Quelle: WoZ, 17.11.05

### **Europa der „Gentechfreien Regionen“ wächst weiter**

Immer mehr Regionen erklären sich zu „gentechnikfreien Gebieten“. Zu den inzwischen über 160 Regionen gehören fast

ganz Frankreich (von der Provence über Burgund bis zur Bretagne), fast ganz Italien (von Sizilien über Ligurien bis in die Toskana), fast ganz Österreich, fast ganz Polen, ganz Griechenland und viele mehr. Zudem erklärten sich über 4500 lokale Regierungen und Gemeinden als „gentechnikfrei“. (mbu)

Quelle: www.gmofree-europe.org

### **Unverändert hohe Pestizidbelastung in EU-Lebensmitteln**

Nach einem Bericht der Europäischen Kommission sind die Pestizidrückstände in frischen und verarbeiteten Lebensmitteln 2003 im Vergleich zum Vorjahr etwa gleich geblieben. 2002 war die Belastung um 1,2 Prozentpunkte gestiegen. Von über 47.000 untersuchten Proben aus 18 Ländern überschritten gut 5 Prozent die zulässigen Grenzwerte. 56 Prozent enthielten keine nachweisbaren Rückstände. Die meisten Grenzwerte werden noch in den Mitgliedstaaten festgelegt. Eine Verordnung, die im April in Kraft getreten ist, soll nach und nach die nationalen Höchstwerte auf ein gemeinsames EU-Niveau vereinheitlichen. (mbu)  
Quelle: Environment Daily, 16.11.2005

### **Verunreinigungen durch Genpflanzen: Brüssel billigt Beihilfen**

Die EU-Kommission hat zum ersten Mal Beihilfen genehmigt, die Verluste durch gentechnische Verunreinigungen in Agrarprodukten ausgleichen sollen. Dänische Bauern, in deren Produkten sich unabsichtlich gentechnisch kontaminierte Bestandteile befinden, dürfen nach Angaben aus Brüssel ab Ende November dafür zu 100 Prozent entschädigt werden. Solche Beihilfen tragen nach Ansicht der Kommission zu einer erfolgreichen Koexistenz von gentechnisch veränderten mit konventionellen oder ökologischen Kulturen bei. (mbu)

Quelle: AFP, 23.11.2005

### **Gen-Erbse macht Mäuse krank**

Zehn Jahre nach Beginn haben australische Forscher ihre Versuche mit gentechnisch veränderten Erbsen abgebrochen. Der Grund: Feldmäuse, die mit dem Gemüse gefüttert wurden, bekamen eine Lungenentzündung. Zwar sei die Erbsenpflanze aus dem Genlabor gegen Insektenbefall resistent gewesen, hieß es Mitte November beim Forschungsinstitut CSIRO. Doch hätten die Mäuse heftig auf die neue Nahrung reagiert. Die Forscher schließen nicht aus, dass das auch bei Menschen

passieren könnte. Sie hatten den Erbsen ein Bohnengen eingepflanzt, das die Umsetzung von Stärke blockiert. Das sollte Schädlinge von den Erbsen fernhalten. (mbu)

Quelle: AFP, 18.11.2005

### **Rapskuchen aus Biosprit-Produktion soll Gensoja als Tierfutter ersetzen**

Einer Machbarkeitsstudie der österreichischen Agentur für Gesundheit und Ernährung (AGES) zufolge ist eine gentechnikfreie Lebensmittelproduktion grundsätzlich möglich. Vor allem die Pflanzentreibstoffherzeugung biete ein großes Potenzial für Soja-Ersatz. Nach der Studie, die Ende November veröffentlicht wurde, können bereits ab 2007 über 40 Prozent der eiweißhaltigen Nebenprodukte aus der Biospritherstellung Soja ersetzen. Z.B. könne der so genannte Rapskuchen oder DDGS (Distillers Dried Grain with Solubles) am besten Sojafuttermittel ersetzen und somit eine wettbewerbsfähige gentechnikfreie Futtermittelversorgung sicherstellen, hieß es. (mbu)

Studie: www.ages.at

Weitere Quelle: www.gentechnikfrei.at

### **Schweiz: Klare Mehrheit für ein Gentech-Moratorium**

Schweizer Bauern dürfen über einen Zeitraum von fünf Jahren keine Pflanzen anbauen oder Tiere halten, die gentechnisch verändert sind. Das Moratorium wurde Ende November in einem Volksentscheid mit rund 56 Prozent Ja-Stimmen angenommen. 44 Prozent der Bürger/innen stimmten dagegen. Die Initiative war von Verbraucherschutz- und Umweltverbänden sowie von Bauernorganisationen ins Leben gerufen worden. Das Abstimmungsergebnis ist ein Erfolg für das linksgrün-bäuerliche Lager, das in der gentechnikfreien Produktion nicht nur ein legitimes Anliegen der Verbraucher/innen sieht, sondern auch eine Chance für die Schweizer Bauern im Wettbewerb. (mbu)  
Quelle: Basler Zeitung, 25.11.2005



### Gastbeitrag REACH: Chemie-Lobby setzt sich durch - vorerst

#### Neueste Entscheidungen in der EU-Chemikalienpolitik

Am 17. November 2005 hat das Europäische Parlament über den Verordnungsentwurf der EU-Kommission für eine neue Chemikalienpolitik REACH<sup>1</sup> in erster Lesung abgestimmt und diverse Änderungen beschlossen. REACH sieht unter anderem vor, dass Hersteller und Importeure in der Europäischen Union ihre Stoffe bei einer zentralen Agentur registrieren müssen und dazu die Informationen über deren Eigenschaften zu liefern haben. Dies gilt für Jahresproduktionsmengen ab einer Tonne, also für rund 30.000 Substanzen. Außerdem müssen besonders gefährliche Stoffe erst gesondert genehmigt werden, bevor sie weiter vermarktet werden dürfen (Zulassung).

#### Parlament: weniger Daten, strengere Zulassung, Substitutionspflicht

Durch das Votum des Parlaments hat sich REACH vor allem in zwei Bereichen stark verändert: Die Datenanforderungen in der Registrierungsphase sind geringer geworden. Die Bedingungen für die Vergabe einer Zulassung sind strenger geworden.

Für den Bereich von 1-10 Tonnen Jahresproduktion müssen nun deutlich weniger Daten vorgelegt werden, als ursprünglich vorgesehen. Das betrifft rund 20.000 Chemikalien, für welche es jetzt nicht mehr möglich ist, die Umwelt- und Gesundheitsgefahren zweifelsfrei zu beurteilen. Für den Bereich von 10-100t Jahresproduktion kann die Industrie nun außerdem nach eigenem Ermessen auf notwendige Tests verzichten, wenn sie angibt, dass die Stoffe nicht mit Verbrauchern in Kontakt kommen.

Glücklicherweise hat das Parlament auch einige Verbesserungen erreicht. Besonders gefährliche Substanzen sollen nur dann zugelassen werden, wenn es keine sichereren Alternativen gibt (Substitutionspflicht). Darüber hinaus gelten Zulassungen nur für fünf Jahre und werden dann erneut überprüft. Außerdem sollen Verbraucher mehr Möglichkeiten bekommen, zu erfahren, welche Stoffe in den Alltagsprodukten erhalten sind.

<sup>1</sup> Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals; KOM(2003)644 endgültig

#### EU-Wettbewerbsrat kippt Substitutionspflicht, schwächt REACH

Am 13.12.2005 tagte dann der Rat der EU-Wirtschaftsminister (Wettbewerbsrat), um einen „Gemeinsamen Standpunkt“ zu verabschieden. Dieser stellt die Position der 25 EU-Mitgliedstaaten und damit den gültigen Gesetzesentwurf dar. Darin ist die vom Parlament verabschiedete Substitutionspflicht wieder gekippt worden. Wenn die Hersteller darlegen, besonders gefährliche Chemikalien „angemessen kontrollieren“ zu können, dürften gefährliche Chemikalien trotz möglicher Alternativen weiterhin vermarktet werden.

Der Gemeinsame Standpunkt wird nun wieder an das Parlament übermittelt, welches sich dann in zweiter Lesung damit auseinandersetzen wird (voraussichtlich im Sommer 2006). Nachdem daraufhin wieder der Ministerrat seinen zweiten gemeinsamen Standpunkt verabschiedet hat, wird ein Vermittlungsausschuss einen Kompromiss zwischen Parlament und Wirtschaftsrat aushandeln müssen, wenn die beiden EU-Gremien sich bis dahin nicht einig geworden sind (vermutlich Ende 2006).

#### Deutschland als verlängerter Arm der Industrie?

Erschreckend in dem Verfahren ist die Rolle Deutschlands. Im Parlament, im Ministerrat und in der Europäischen Kommission waren es immer wieder deutsche Politiker, die sich zum verlängerten Arm der Industrie gemacht haben. So spricht man in Brüssel schon vom Komplott der Deutschen gegen REACH, vom „Verrat am europäischen Gedanken“.

#### Berichterstatter Hartmut Nassauer im Parlament mit umstrittenen Plänen

Im EU-Parlament ist es vor allem der Berichterstatter im Binnenmarktausschuss Hartmut Nassauer (CDU Hessen), der die unmöglichsten Anträge in die Parlaments-Abstimmung eingebracht hat. So forderte er unter anderem, dass die EU für alle Kosten der Stoff-Registrierung aufkommen solle, sofern diese mehr als 0,2 % des Umsatzes eines Unternehmens ausmachen. Damit läge alle Kostenlast der Stoffuntersuchung wieder komplett bei den Behörden - statt bei denen, die vom Verkauf der Stoffe profitieren. Er ist außerdem hauptverantwortlich für die Schwächung der Testanforderungen in der Registrierungsphase, die die Beweislast, ob Chemikalien gefährlich sind oder

nicht wieder der Behörde aufbürden würde.

#### EU-Kommissar Verheugen spricht sich nicht mit Kolleg/innen ab

In der EU-Kommission fällt vor allem der Industriekommissar Günter Verheugen als Sprachrohr der Industrie auf. So hat er Anfang September ein neues internes Arbeitspapier der Kommission veröffentlicht, um damit die Meinungsbildung des Parlaments zu beeinflussen, obwohl in dieser Phase des Verfahrens überhaupt keine Stellungnahme der Kommission vorgesehen ist. Auch war es mit den anderen Kommissaren nicht abgestimmt. In seinem Kommentar zu den Ergebnissen des EU-Parlament hat Verheugen bereits klargestellt, dass er die Änderungen im Bereich der Zulassung nicht akzeptieren kann, offenbar im Gegensatz zu dem eigentlich zuständigen Umweltkommissar Dimas.

#### Rat sollte Entscheidung verschieben

Im EU-Ministerrat nimmt die neue deutsche Regierung ebenfalls keine fortschrittliche Rolle ein. Sie hatte darauf gedrängt, die Einigung im EU-Rat zu verschieben, um ihre REACH-Position grundlegend überarbeiten zu können und das Gesetz industriefreundlicher zu machen. Die inzwischen erarbeitete neue Position fordert unter anderem, dass es im Ermessen der Industrie liegen sollte, ob Langzeittests zur Gefährlichkeit durchgeführt werden oder nicht.

#### Weitere Schritte

Ankommen wird es nun auf die zweite Lesung des Gesetzes im EU-Parlament, worauf die Umwelt-, Verbraucher- und Frauenverbände ihre ganze Energie legen werden, um REACH doch noch zu einem Gesetz werden zu lassen, das einen guten Schutz von für Umwelt- und Gesundheit vor gefährlichen Chemikalien zu gewährleisten vermag. ■

Gastautorin: Patricia Cameron, BUND

#### • Weitere Informationen

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Patricia Cameron, Projektleiterin Chemikalienpolitik, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin Tel. 030 / 27586-414, Fax -440 eMail: patricia.cameron@bund.net www.bund.net/bundgegengift

### Gefährliche Chemikalien schaden Frauen und Männern

#### Neuer Bericht: Umweltverschmutzung verursacht Brustkrebs

Laut einem im September veröffentlichten Bericht der UK Working Group on the Primary Prevention of Breast Cancer sind nicht genetische Vererbung oder Körpergewicht die Hauptursachen für Brustkrebs, sondern die zunehmende Verschmutzung der Umwelt.

Vor allem die britische Regierung und das „Krebs Establishment“ werden in dem Bericht beschuldigt, die Öffentlichkeit über die wahren Ursachen im Dunklen zu lassen. Anstatt die präventive Freisetzung von Chemikalien in die Umwelt zu verhindern, würden weiterhin nur Mammographie-Untersuchungen und Behandlung der Krankheit gefördert. Auch in der Medizin konzentrierte man sich nur auf Behandlungsmethoden und auf die Erforschung des Krebsgens, und das, obwohl nur 5-10 % der Krebsfälle auf Vererbung zurückzuführen seien.

Die britische Arbeitsgruppe fordert die britische Regierung, das „Krebs Establishment“ und die Industrie zu sofortigem Handeln auf. Die Bekämpfung von Brustkrebs sei nur durch die Senkung von Produktion, Ausstoß und Nutzung toxischer Substanzen möglich.

#### Chemikalien schädigen Spermien

Mitte Oktober hat ein internationales Team von Wissenschaftler/innen einen Bericht über die Schädigung von Sperma durch Chemikalien veröffentlicht. Für die Studie wurden mehrere hundert Männer aus verschiedenen Kulturkreisen auf eine Schädigung der DNS durch Polychlorierte Biphenyle (PCB) im Blutkreislauf untersucht. PCB werden u. a. endokrine Wirkungen auf Schilddrüsen- und Sexualhormone zugeschrieben. Wie die Befunde zeigen, wirkt sich diese Chemikalie nicht auf alle Gruppen schädigend aus. Dennoch wird angenommen, dass solche Substanzen bei einer hohen Aussetzung im Mutterleib u. a. zu Abnormalitäten der Geschlechtsteile und verringerter Fortpflanzungsfähigkeit führen können.

#### ESBIO-Projekt soll Ansatz für Human-Biomonitoring schaffen

Eine neues von der EU-Kommission unterstütztes Projekt soll die Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit von Daten des Hu-

man-Biomonitoring (HBM) innerhalb der EU verbessern. Anhand von Gewebe- und Flüssigkeitsanalysen kann die menschliche Belastung durch Umweltschadstoffe und die Auswirkungen dieser auf die Gesundheit bewertet werden. Hauptschwerpunkt des ESBIO-Projekts (Expertenteam zur Unterstützung des Biomonitoring) wird die Entwicklung EU-weiter Normen und Protokolle für die Sammlung und Nutzung von Biomonitoring-Daten sein. (db) ■

#### • Weitere Informationen

UK Working Group on the Primary Prevention of Breast Cancer, P.O. Box 50685, GB-London SW6 7YD  
eMail: info@nomorebreastcancer.org.uk  
www.nomorebreastcancer.org.uk

EPHA Environment Network (EEN), 39-41 rue d'Arlon, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 23338-75, Fax -80  
eMail: info@env-health.org  
www.env-health.org

www.eu-biomonitoring.org (geht in Kürze online)

### Europäischer Aal schwimmt in Chemikalien

#### Greenpeace-Studie zur Verbreitung von Flammschutzmitteln

Greenpeace International hat in einer Studie („Swimming in Chemicals“) nachgewiesen, dass Aale aus zehn EU-Mitgliedstaaten von Verschmutzung mit Flammschutzmitteln betroffen sind. In den untersuchten Aalen aus zwanzig verschiedenen Flüssen und Seen aus Belgien, Tschechien, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Polen, Spanien und Großbritannien fand sich mindestens ein Flammschutzmittel wieder. Diese Stoffe werden in Textilien, Plastikprodukten und Elektrogeräten benutzt. Sie lagern sich dauerhaft im tierischen und menschlichen Gewebe an (persistent und bioakkumulativ) und können negative Effekte auf das Nerven- und Hormonsystem haben. Greenpeace fand Substanzen, die heute noch genutzt werden, aber auch welche, die schon seit den 1970ern verboten sind.

Die Aale aus der britischen Themse hatten den höchsten Gehalt an Flammschutzmitteln. Der höchste Gehalt an Polychlorierten Biphenylen (PCB) fand sich in Aalen aus dem niederländischen Hollandsdiep.

Aale (*Anguilla anguilla*) sind sehr selten geworden: verglichen mit historischen Daten erreichen nur noch etwa 1 Prozent der ursprünglich vorhandenen Tiere die Gewässer Europas. Aale sind Langstreckenschwimmer und wandern vom Nordatlantik bis nach Europa. Ohnehin bedroht sind sie durch Überfischung, Habitatverlust und Klimaveränderung. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Greenpeace International, Helen Perivier, Anti-Gift-Kampagne, Brüssel  
Tel. 0032 496 / 127107

Studie über Verbreitung von Flammschutzmitteln in Aalen:  
www.greenpeace.org/international/press/reports/pollutionPCBBFREels

### Umsetzung der IPPC-Richtlinie verläuft schleppend

#### Mitgliedstaaten sollen sich mehr anstrengen

Einige Mitgliedstaaten der EU sind bei der Umsetzung der EU-IPPC-Richtlinie nicht schnell genug, kritisierte die EU-Kommission Anfang November. In zwei Jahren läuft die Frist zur vollständigen Umsetzung ab - dann benötigen große Fabrikanlagen eine Betriebserlaubnis unter der IPPC-Richtlinie. Diese Frist wird von einigen Staaten nicht eingehalten, vermutet die EU-Kommission und kündigte an, ihre Überprüfungen zu verstärken. "Neun Jahre nach der Annahme dieser wichtigen Gesetzesinitiative (...) gibt es immer noch viele Anlagen, die die Bedingungen nicht erfüllen", sagte der für Umwelt zuständige Kommissar Stavros Dimas. Das könne signifikante Schäden an der Umwelt verursachen, weshalb die Mitgliedstaaten größere Anstrengungen leisten müssten, um die Bedingungen zu erfüllen.

#### Fehlende Systematik und keine Transparenz bei Emissionsrechten

Der erste IPPC-Umsetzungsbericht untersuchte die EU-15-Mitgliedstaaten zwischen 2000 und 2002. Demnach hatten 13 Prozent der 45.000 in Frage kommenden Anlagen eine Betriebserlaubnis unter der IPPC-Richtlinie. Diese waren entweder neu gebaut oder substantiell nachgerüstet worden. Für die meisten Mitgliedstaaten sei die Erfüllung der Richtlinie eine Herausforderung, heißt es im Bericht. Viele hätten keine Systematik entwickelt, wie Emissionserlaubnis und die Nutzung der besten verfügbare Technik Hand in Hand gehen können. Die Kommission habe deshalb einen Aktionsplan entwickelt, damit die unter IPPC vergebenen Rechte überschaubar bleiben und deren Veröffentlichung über Internet erfolgt. Dabei wolle man sich dem Europäischen Verschmutzungsstoffe Register (European Pollution Emission Register, Eper) bedienen, um die größten industriellen Verschmutzungsquellen zu ermitteln und die Anwendung der Richtlinie zu überprüfen. Die Kommission plant für nächstes Jahr die Veröffentlichung von Leitlinien. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Quellen: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Reference IP/05/1364)  
Environment Daily, 03.11.05

### Fünf POPs könnten verboten werden

#### UNEP schlägt Erweiterung der Liste vor

Den zwölf verbotenen Stoffen unter der Stockholm-Konvention sollen fünf weitere gefährliche persistente organische Verbindungen (POP) hinzugefügt werden. Die für Umwelt zuständige Abteilung der Vereinten Nationen (UNEP) hatte eine Prüfung durchführen lassen. Das Stockholm-Komitee hat daraufhin im November die weitere Beforschung von den Pestiziden Chlordecone und Lindan, die Flammenschutzmittel Hexabrombiphenyl und Penta-BDE sowie der Chemikalie Perfluorocantansulfonsäure (PFOS) beschlossen. Über die daraus hervorgehende Risikoprofile sollen in den nächsten drei Jahren in internationalen Gesprächen diskutiert werden. Ein Verbot könnte also frühestens 2008 beschlossen werden. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Stockholm-Konvention:  
[www.pops.int](http://www.pops.int)

Quelle: Environment Daily, 15.11.05

### Gesundheitsschäden durch Luftverschmutzung

#### Niederlande überschreiten Grenzwerte

Wie die niederländische Behörde für Verträglichkeitsprüfung (MNP) im September berichtet hat, werden die Niederlande die Zielsetzungen des EU-Aktionsplans zur Luftreinhaltung CAFE (EUR 07.05, S. 28) nicht einhalten. Des Weiteren geht die MNP von einer Überschreitung der Grenzwerte für Stickstoffdioxid bis 2020 aus, wenn es keine Verschärfung der Kommissions-Vorschläge zur Senkung von Emissionen gemäß der Euro5-Initiative gibt.

Eine thematische Strategie gegen die Luftverschmutzung ist im September von der EU-Kommission veröffentlicht worden (EUR 10.05, S. 25-27).

#### Feinstaub in der Luft erhöht Schlaganfallrisiko

Laut einer neuen US-Studie steigt das Schlaganfallrisiko an Tagen mit erhöhter Luftverschmutzung. In einem Zehnjahres-Zeitraum ist der Zusammenhang zwischen den Konzentrationen von Luftschadstoffen und der Zahl der Krankenhaus-Einlieferungen untersucht worden. Der zugrunde liegende Mechanismus ist nach Aussagen der Forscher/innen noch unklar. Sie gehen davon aus, dass Feinstaubpartikel in der Atemluft Entzündungsprozesse fördern.

#### Luftverschmutzung in China großes Gesundheitsrisiko

Wie aus einer unveröffentlichten Studie hervorgeht, sterben jedes Jahr mehr als 400.000 Menschen in China an den Folgen von Luftverschmutzung. Expert/innen gehen jedoch von weit höheren Zahlen aus. Zudem klagt eine chinesische Arbeitsgruppe zur Luftverschmutzung die Regierung an, mit ihrem Immissionsindex ein falsches Bild vom eigentlichen Gesundheitsrisiko zu geben. Zwar wurden Ziele zur Luftverschmutzung festgelegt, die Maßstäbe aber seit der Umsetzung 1987 nicht bewertet. (db) ■

#### • Weitere Informationen

EU-Kommission, Seite zu Luftpolitik:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/air/cafe](http://www.europa.eu.int/comm/environment/air/cafe)

## Europäischer Biomasse-Aktionsplan vorgelegt

### Nutzung soll bis 2010 verdoppelt, bis 2030 vervierfacht werden

Die EU-Kommission hat einen Aktionsplan Biomasse vorgelegt, der die Nutzung von Biomasseenergie für Verkehrsmittel, Stromerzeugung und Heizanlagen bis 2010 verdoppeln und bis 2030 auf das Vierfache erhöhen soll. Das Verdopplungsziel soll helfen, bis zum Jahr 2010 das Ziel der alten EU-15 von zwölf Prozent Erneuerbaren-Anteil am Energieverbrauch zu erfüllen.

Die EU deckt momentan vier Prozent ihres Energiebedarfs mit Biomasse ab. Bereits 2003 hatte die EU Ziele für den Anteil von Biokraftstoffen im Verkehrssektor festgelegt. Bis 2005 sollte ein Anteil von zwei Prozent und bis 2010 ein Anteil von 5,75 Prozent erreicht werden. Klar ist aber, dass das 2005-Ziel nicht erreicht wird. Die Kommission plant daher für 2006 eine neue Biokraftstoff-Richtlinie.

### EEA: Energieproduktion aus Biomasse umweltfreundlich möglich

Europa kann nach Angaben des Europäischen Umweltagentur (EEA) ohne Umwelteinbußen große Mengen Energie aus Biomasse gewinnen. Laut einer Studie der EEA könnte die Energieproduktion aus Biomasse von 63 Millionen Tonnen Öl-äquivalenten im Jahr 2002 auf umweltfreundliche Weise auf 180 Millionen Tonnen im Jahr 2010 gesteigert werden. Dieses Potenzial ließe sich bis 2020 noch einmal auf 280 Millionen Tonnen und bis 2030 auf 300 Millionen Tonnen erhöhen.

Die Studie könnte großen Einfluss auf die Debatte über die Umweltauswirkungen einer großflächigen Umstellung der Anbauflächen von Nahrungs- oder Futtermitteln auf Energiepflanzen haben. Sie sieht eine Win-Win-Situation voraus, bei der große zusätzliche Mengen an Biomasse produziert werden und gleichzeitig die Umwelt geschützt wird. So könne zum Beispiel ein Anteil durch die Nutzung von Wiesen gewonnen werden, was einen positiven ökologischen Effekt hätte, da nur regelmäßig gemähte Wiesen eine große Artenvielfalt gewährleisten. Ebenso könnten Holzabfälle genutzt werden. Die EEA warnt allerdings davor, geschützten Wald zu roden, um Biomasse zu gewinnen.

Die Umweltagentur geht in ihrer Studie davon aus, dass Wiesen nicht in landwirtschaftlich genutzte Flächen umgewandelt werden und mindestens 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche im Rahmen des ökologischen Landbaus genutzt wird.

### Deutsche NGOs: Biomasse auf Strom- und Wärmemarkt konzentrieren

Auch das Forum Umwelt & Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen hat ein Positionspapier zum Thema „Weltmarkt für Bioenergie zwischen Klimaschutz und Entwicklungspolitik“ veröffentlicht. Darin empfiehlt das Forum, den Einsatz von Biomasse in Deutschland auf den Strom- und Wärmemarkt zu konzentrieren, da dort die beste Energiebilanz und CO<sub>2</sub>-Reduktion erreicht und die besonders treibhausgasintensive Kohle ersetzt wird. Außerdem dürfe der Anbau und Export von Bioenergieträgern auf keinen Fall die Nahrungsmittelversorgung anderer Länder gefährden. Mit der energetischen Nutzung von Biomasse sollten vorrangig regionale Wertschöpfungsketten in den Produktionsländern aufgebaut werden. Zudem würden Umwelt- und Sozialstandards benötigt, um in den Anbauländern eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Die Ökosysteme, insbesondere die Wälder, müssten geschützt werden. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Umweltagentur (EEA),  
Kopenhagen  
Tel. 0045 33 / 367100  
Briefing paper:  
[http://reports.eea.eu.int/briefing\\_2005\\_2/en/briefing\\_2\\_2005.pdf](http://reports.eea.eu.int/briefing_2005_2/en/briefing_2_2005.pdf)

Forum Umwelt & Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228/ 359704, Fax 92399356,  
eMail [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de),  
[www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/positionspapiere/agke\\_2005\\_weltmarkt\\_fuer\\_bioenergie.pdf](http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/positionspapiere/agke_2005_weltmarkt_fuer_bioenergie.pdf)

EU-Kommission, Generaldirektion Energie, Biomasse-Aktionsplan (engl.):  
[www.europa.eu.int/comm/energy/res/biomass\\_action\\_plan/index\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/energy/res/biomass_action_plan/index_en.htm)

## Internationale Erneuerbaren-Konferenz

### Peking: Verpflichtungen der Bonner renewables2004 nur neu bestätigt

Am 7. und 8. November fand in der chinesischen Hauptstadt die „Beijing International Renewable Energy Conference 2005“ (BIREC2005) als Nachfolgekonzferenz der renewables2004 statt. 2004 war in Bonn ein internationales Aktionsprogramm zum Ausbau der Erneuerbaren Energien mit knapp 200 Einzelmaßnahmen und Verpflichtungen verabschiedet worden. In Peking sollte eine erste Bilanz über die Umsetzung dieses Programms gezogen werden. Die 78 Regierungen bestätigten dabei erneut ihre Verpflichtungen über den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

### Abschlussklärung ohne Strategie zur Umsetzung der Ziele

In ihrer Abschlussklärung wiesen die anwesenden Regierungen auf die guten weltweiten Bedingungen für einen Systemwechsel von fossilen auf regenerative Energiequellen - etwa durch die hohen Ölpreise - hin. Außerdem bestehe die Chance, durch die Nutzung Erneuerbarer Energien die Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen. Trotz einer starken Rhetorik beinhaltet die Deklaration aber de facto keine neuen konkreten Verpflichtungen und keine anspruchsvolle Strategie zur Umsetzung der Ziele. Die Erklärung weist lediglich darauf hin, dass die UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung im Zeitraum 2006 bis 2007 die Energieprobleme zum zentralen Beratungsgegenstand macht.

### Aktionsplan: 5 % weniger Emissionen, 300 Millionen erhalten erstmals Strom

Die vollständige Umsetzung des Bonner Aktionsprogramms würde den weltweiten Ausstoß von CO<sub>2</sub> bis 2015 um 1,2 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr senken. Dies sind rund fünf Prozent der heutigen globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Das Programm hätte Investitionen in Höhe von rund 320 Milliarden US-Dollar zur Folge. Bis zu 300 Millionen Menschen erhielten dadurch erstmals Zugang zu Strom.

### Unterschiedliche Bewertungen

Eurosolar und der Erneuerbaren-Industrieverband Erec zeigten sich sehr enttäuscht von der Konferenz. Politische Signale müssten stark und verpflichtend sein, um Wirkung zu zeigen. Der WWF und das

Forum Umwelt & Entwicklung bewerteten die Konferenz dagegen als Erfolg.

### China steigert Wind-Ausbauziel noch einmal

Der WWF und das Forum begründeten ihre positive Sicht damit, dass die chinesische Regierung ihr ohnehin ambitioniertes Ausbauziel für Windenergie noch um weitere 50 Prozent steigern will. So soll die installierte Windkraftleistung bis 2020 auf 30 GW<sup>1</sup> steigen. Auf diese Weise könnte der weltweit größte Markt für Erneuerbare Energie entstehen. Die beiden Umweltorganisationen hoffen, dass viele aufstrebende Länder sich an Chinas Plänen orientieren.

### Erneuerbaren-Kapazität Chinas soll AKW-Kapazität weit übersteigen

China, das auf den massiven Ausbau erneuerbarer Energien setzt, hatte in Bonn einen herausragenden Beitrag geleistet und sich verpflichtet, bis 2010 rund 60 GW Kapazität aus erneuerbaren Energien zu installieren. Das ist das 10-fache der heutigen AKW-Kapazität Chinas und das 30-fache der Kapazität, die die drei neuen Atomkraftwerke ins Netz einspeisen können, die China bis 2010 fertig gestellt haben will. China will bis 2010 zehn Prozent der Stromerzeugung und fünf Prozent des Primärenergieverbrauchs aus Erneuerbaren Energien bereitstellen.

Bereits im Februar 2005 hat China ein Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren verabschiedet, das dem spanischen Gesetz ähnelt. (tl) ■

#### • Weitere Informationen

World Council for Renewable Energy  
c/o Eurosolar e.V., Kaiser-Friedrich-Str.  
11, 53113 Bonn  
Tel. 0228/ 362373  
eMail: info@wcre.org  
www.wcre.org

Forum Umwelt & Entwicklung, Jürgen Maier, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228/ 359704  
eMail: info@forumue.de  
www.forumue.de

## UN-Klimakonferenz in Montreal

### Hoffnungsschimmer: Gespräche über Post-Kyoto-Ziele ab Mai 2006

Die UN-Klimakonferenz im kanadischen Montreal ist mit einem Bekenntnis, den internationalen Klimaschutz auf der Basis des Kyoto-Protokolls über das Jahr 2012 hinaus fortzusetzen, zu Ende gegangen. Die Industriestaaten werden bereits im Mai 2006 Verhandlungen über weitere Klimaschutzmaßnahmen aufnehmen. Auf die Benennung fester Ziele und konkreter Maßnahmen wurde allerdings verzichtet. Auch die Entwicklungsländer und jene Staaten, die wie die USA und Australien das Protokoll bisher nicht unterzeichnet haben, werden an den Gesprächen teilnehmen, zunächst aber nur im Rahmen von unverbindlichen Arbeitsgruppen.

### USA lehnen verbindliche

**Verpflichtungsziele nach wie vor ab**  
Die USA hatten zunächst sämtliche formellen Verhandlungen abgelehnt und vorübergehend den Verhandlungstisch verlassen. Die US-Delegation erklärte sich am Ende aber doch bereit, darüber zu verhandeln, wie der weltweite Klimaschutz nach 2012 weitergehen kann. Die Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls erkennen die USA aber weiterhin nicht an. Auch Russland blockierte die Abschlusserklärung in der letzten Nacht für mehrere Stunden.

### Umweltverbände grundsätzlich zufrieden, aber...

Das Ergebnis der Klimakonferenz ist bei den Umweltverbänden auf ein zumeist positives Echo gestoßen. Die meisten Verbände sprachen von einem doppelten Durchbruch: Zum einen haben die 157 Mitglieder des Kyoto-Protokolls die Durchführungsregeln und den Überprüfungs- und Sanktionsmechanismus des Abkommens formell bestätigt. Jetzt ist das im Januar 2005 in Kraft getretene Kyoto-Protokoll mit all seinen Mechanismen voll arbeitsfähig. Zum anderen wurde - trotz erheblichen Gegendrucks von Seiten der USA - der Weg freigemacht für eine weitere Verpflichtungsperiode nach 2012.

### ...enttäuscht über mangelnde Verbindlichkeit

Greenpeace äußerte sich jedoch enttäuscht darüber, dass sich die Mitgliedsstaaten des Kyoto-Protokolls nicht auf ein eindeutiges Enddatum der Verhandlungen

über ein zukünftiges Klimaschutzregime bis 2008 ausgesprochen haben. Prinzipiell sei die Konferenz aber als Erfolg zu bewerten, da die internationale Staatengemeinschaft der Klimazerstörung nun endlich den Kampf angesagt habe.

### Kritik am langsamen Tempo und an Fixierung auf Emissionshandel

Nach Ansicht des BUND ist das Tempo der Verhandlungen vor dem Hintergrund der immensen Bedrohung durch den Klimawandel viel zu langsam. „Die progressiven Staaten, und allem voran die EU, müssen jetzt dringend einen Gang hochschalten“, forderte Markus Steigenberger vom BUND. Der SPD-Umweltpolitiker und Eurosolar-Präsident Hermann Scheer kritisierte die „Fixierung der Konferenz auf den ineffizienten Emissionshandel“ und den ungebrochenen Trend zu Großprojekt-Lösungen.

### Kyoto wird nur als erster Schritt gesehen

Auch Germanwatch warnte, der Erfolg der Konferenz könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass weltweit viel zu wenig politischer Wille vorhanden sei, während die Klimaschäden rapide zunehmen. „Schnell ist der Klimawandel, langsam ist die Politik“, kommentierte der Klimaexperte der Organisation, Christoph Bals.

Um eine gefährliche Änderung des globalen Klimas zu vermeiden, müssen die globalen Emissionen nach Ansicht von Klimaexperten bis 2050 mindestens halbiert werden. Bisher schreibt das Kyoto-Protokoll für die Industrieländer lediglich eine Reduktion um 5,2 Prozent in der Periode 2008 bis 2012 vor. Die nächste Klimakonferenz wird voraussichtlich Ende 2006 in Nairobi stattfinden. (tl, mbu) ■

#### • Weitere Informationen

BUND, Markus Steigenberger, Referent für internationale Umweltpolitik, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Te. 030/ 27586-468  
eMail markus.steigenberger@bund.net  
www.bund.net

Germanwatch, Christoph Bals, Voßstr. 1, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2888356 -0, Fax -1  
eMail: info@germanwatch.org  
www.germanwatch.org

Siehe auch EUR-Sonderheft 12.05

<sup>1</sup> Gigawatt = 1 Million Kilowatt = 1 Milliarde Watt

## Fluorierte Gase dürfen weiter das Klima gefährden

### Parlament lehnt Empfehlung des Umweltausschusses ab

Die Europaabgeordneten sind in der Zweiten Lesung über die Verordnung zu fluorierten Treibhausgasen (F-Gasen) und die Richtlinie über Emissionen aus Kfz-Klimaanlagen den Empfehlungen des Umweltausschusses, fluorierte Gase schnellstmöglich zu ersetzen, nicht gefolgt. Dabei geht es um die Verminderung von fluorierten Kohlenwasserstoffen (HFC), perfluorierten Kohlenwasserstoffen (PFC) und Schwefelhexafluorid (SF<sub>6</sub>), deren Schädlichkeit deutlich die von CO<sub>2</sub> übersteigt.

### Alternativen längst verfügbar, doch Industrie-Lobbykampagne verfringt

Umweltorganisationen beschuldigten die Parlamentarier/innen, aus falscher Rücksichtnahme gegenüber den Profitinteressen der chemischen Industrie gegen die Interessen der Bürger/innen und der Umwelt gestimmt zu haben. Greenpeace nannte es „absolut unverständlich“, gegen ein schrittweises Verbot für gefährliche Stoffe zu stimmen, für die längst praktikierbare Alternativen auf dem Markt erhältlich sind. Die chemische Industrie hatte im Vorfeld eine breit angelegte Lobbykampagne gegen ein Auslaufen dieser Fluorgase gefahren.

### Umwelt- oder binnenmarktpolitische Rechtsgrundlage?

Ein Hauptstreitpunkt war die Rechtsgrundlage der Verordnung. Ein Großteil der Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP) sprach sich gegen den Vorschlag des Umweltausschusses aus, die geplante Verordnung allein auf eine umweltpolitische Rechtsgrundlage zu stellen. Stattdessen sollte eine binnenmarktrechtliche Grundlage nach Artikel 95 des EG-Vertrages (EGV) gelten, was die Handhabung von strengeren nationalen Standards, wie derzeit etwa in Dänemark praktiziert, erschweren würde. Letztlich konnte sich keine Gruppe im EP durchsetzen. Es bleibt daher bei der vom Ministerrat vorgeschlagenen doppelten Rechtsgrundlage: Binnenmarkt (Art. 95 EGV) und Umwelt (Art. 175 EGV).

### Kein Verbot von HFC und SF<sub>6</sub>

Auch weitere Änderungen des Umweltausschusses wurden nicht vom Plenum angenommen, beispielsweise Ausweitung der

Verbote auf andere Gase. So wird es kein Verbot von HFC - einem Gas, das 1300-mal stärker wirkt als CO<sub>2</sub> - in Sprühdosen und Kühlgeräten geben. Dabei wird der europäische Markt bereits von klimafreundlicheren Alternativen beherrscht. Die Abgeordneten legten außerdem ein Verbot von Schwefelhexafluoriden (SF<sub>6</sub>) ab 2008 ab. Dabei handelt es sich um Gase mit einem Treibhauspotenzial 22.000-mal stärker als CO<sub>2</sub> und einer Verweildauer von 3.200 Jahren in der Atmosphäre.

In den 20 vom EP angenommenen Änderungsanträgen wird eine deutliche Kennzeichnung von F-Gasen gefordert. Ebenso sollen die Kontrollvorschriften, die Ausbildung und die Zertifizierung der Unternehmen, die mit Fluorgasen arbeiten, verschärft werden.

### Gefährliche F-Gase in Autoklimaanlagen bis 2017 erlaubt

Den Abgeordneten gelang es auch nicht, den schwachen Richtlinienvorschlag zu F-Gasen in Autoklimaanlagen zu verschärfen. Fluorgase mit einem globalen Treibhauspotenzial (GWP) von über 150 werden somit erst ab 2011 in neuen Fahrzeugmodellen und ab 2017 in allen Neufahrzeugen verboten. In jedem Jahr, in dem ein Verbot dieser Gase verzögert wird, werden rund 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente in die Umwelt freigesetzt. Die Nutzung von Gasen wie HFC-152 a mit einem GWP von 120 wird auch weiterhin möglich sein. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace Europa-Büro, Mahi Sideridou, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 274 1904,  
<http://eu.greenpeace.org>

## Flexible Mechanismen im Emissionshandel

### EU-Staaten setzen Verbindungsrichtlinie nicht um

Die Umsetzung der Richtlinie zur Verbindung von Emissionshandel und flexiblen Mechanismen in nationales Recht verläuft sehr schleppend. Bisher haben nur Belgien, Dänemark, Spanien und Polen die Richtlinie umgesetzt. Die EU-Kommission hatte hierfür den 13. November 2005 als Frist gesetzt.

Die Kommission zeigte sich verwundert über das mangelnde Interesse an der Richtlinie. Schließlich sei diese im Schnellverfahren verabschiedet worden, nachdem die Industrie energisch darauf gedrängt hatte.

### Flexible Mechanismen und Verbindungsrichtlinie

Das Kyoto-Protokoll sieht neben dem internationalen Emissionshandel zwei weitere flexible Mechanismen vor: Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM). Bei JI unternehmen Industrieländer gemeinsam Projekte, um Emissionen zu mindern. Beim CDM handeln Industrie- und Entwicklungsländer gemeinsam. In beiden Fällen bestimmen die Partner, wem wie viele Minderungen gutgeschrieben werden. Die Verbindungsrichtlinie erlaubt Unternehmen, die am europäischen Emissionshandel teilnehmen, im Rahmen von JI und CDM außerhalb Europas extra Emissionszertifikate zu erwerben, um ihre Reduktionsverpflichtungen zu erfüllen. Auf diese Weise können sie ihre Minderungskosten erheblich reduzieren.

### Bisher kaum CDM-Projekte genehmigt

Ein möglicher Grund für die nur schleppende Umsetzung sind die nur langsamen Fortschritte des CDM-Exekutivrates bei der Genehmigung geeigneter Projekte, von denen Firmen Gutschriften kaufen können. Bisher sind erst 26 CDM-Projekte registriert, 300 warten noch auf eine Bewertung. Die EU-Kommission schätzt, dass die ersten Gutschriften für den Gebrauch im Emissionshandel erst in der zweiten Jahreshälfte 2006 auf den Markt kommen.

### Emissionsreduktionen vor allem in Industrieländern durchsetzen

Die Richtlinie schreibt unter anderem vor, dass im Rahmen der Nationalen Allokationspläne ein prozentualer Höchstsatz an CDM- und JI-Gutschriften festgeschrieben wird, die zur Erfüllung der einzelnen Reduktionsziele herangezogen werden dürfen. Diese Klausel kommt aber praktisch erst zur Anwendung, wenn die Mitgliedstaaten im kommenden Juni Allokationspläne für die zweite Emissionshandelsphase ab 2008 vorlegen müssen. Die prozentuale Höchstmenge soll sicherstellen, dass Emissionsminderungen außerhalb der EU nur „zusätzlich zur Emissionsreduktion im Inland stattfinden“ so schreibt es das Kyoto-Protokoll vor. Der Emissionshandel soll - insbesondere im Zusammenhang mit dem CDM - nicht dazu führen, dass Klimaschutz nur noch in Entwicklungs- und Schwellenländern stattfindet und sich die europäische Wirtschaft aus ihrer Verantwortung stiehlt.

### Italien will flexible Mechanismen umfassend nutzen

Italien hat bereits angekündigt, künftig mindestens 40 Prozent seiner erforderlichen Emissionsreduktionen auf dem internationalen CO<sub>2</sub>-Markt kaufen zu wollen. Großbritannien und Österreich haben ihre ursprünglichen Pläne, nur Gutschriften aus Projekten, die CO<sub>2</sub> reduzieren, zu akzeptieren, fallengelassen. Stattdessen sollen nun alle im Kyoto-Protokoll aufgeführten Gase akzeptiert werden. Nur die Slowakei plant bisher, ihren Unternehmen die Nutzung von Gutschriften aus dem außer-europäischen Ausland grundsätzlich zu verbieten. ■

Autorin: Tinka Lutz, DNR Berlin

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue del la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111  
[www.europa.eu.int/comm](http://www.europa.eu.int/comm)

## WWF prüft Emissionshandel: Ineffizient

### „Noch zu viele Schwachstellen“: Korrekturen für Phase zwei gefordert

Der WWF hat im November mehrere neu erarbeitete Studien zum Emissionshandel vorgestellt. Der Emissionshandel bleibe „das zentrale Instrument, um den Klimaschutz in der EU zum Erfolg zu führen“, so die Umweltstiftung. Das System könne sein Potenzial jedoch nur entfalten, wenn die „strukturellen Schwächen und mageren Ziele“ in den nächsten Nationalen Allokationsplänen (NAP) nicht mehr auftauchen. Der WWF fordert erhebliche strukturelle Änderungen. Es sei zudem zu wenig Wert darauf gelegt worden, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß insgesamt stärker zu begrenzen. Diverse Sonderregeln hätten in Deutschland und anderen EU-Ländern das Instrument seiner Effizienz beraubt.

### Keine Impulse für klimaverträgliche Energieversorgung

In den Studien wurden die nationalen Allokationspläne von sechs Staaten (Deutschland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Polen, Spanien) untersucht. Das Ergebnis nannte der WWF „ernüchternd“: Die bisherigen NAPs gäben zu wenig Impulse für eine klimaverträgliche Energieversorgung und bevorteilten teilweise sogar Kraftwerke mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Die neueste Klimabilanz zeige, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den wichtigsten EU-Staaten von 2002 auf 2003 um knapp zwei Prozent angestiegen sei. Vom eigentlichen EU-Ziel, den Ausstoß um acht Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken, sei man „meilenweit entfernt“, warnte der WWF. Die künftigen Nationalen Allokationspläne für die Zeit von 2008-2012 müssten sicherstellen, dass die Kyoto-Ziele erreicht werden.

### Emissionsobergrenzen müssen um mindestens zehn Prozent sinken

Um dieses Ziel zu erreichen, müssten die sechs Staaten die nationale Emissionsobergrenze für die zweite Phase um durchschnittlich zehn Prozent gegenüber der ersten Phase 2005 bis 2007 herabsetzen. Italien und Spanien müssten die größten Einschnitte durchsetzen und ihre CO<sub>2</sub>-Zertifikate um 16 bzw. 17,5 Prozent kürzen.

Der WWF empfiehlt außerdem, mindestens zehn Prozent der Zertifikate zu versteigern. Langfristig müssten zumindest für

den Energiesektor alle Zertifikate versteigert werden, um die Anreizwirkung zu verstärken.

### **Energieminister wollen Wirtschaft entlasten**

Die EU-Energieminister haben hingegen eher die Interessen der energieintensiven Industrie als die Umwelt im Blick. Sie forderten die Kommission auf, Vorschläge auszuarbeiten, die den Emissionshandel kosteneffizienter machen und in Einklang mit Maßnahmen zu Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit bringen sollen. (jg) ■

#### • **Weitere Informationen**

WWF Deutschland, Regine Günther,  
Leiterin Klimareferat, Große Präsidentenstr. 10, 10178 Berlin  
Tel. 030 / 308742-0, Fax -50  
WWF zum Emissionshandel:  
[www.wwf.de/naturschutz/klima/klimapolitik/emissionshandel](http://www.wwf.de/naturschutz/klima/klimapolitik/emissionshandel)  
Studie:  
[www.wwf.de/imperia/md/content/klima/Kohlendioxid\\_Countdown.pdf](http://www.wwf.de/imperia/md/content/klima/Kohlendioxid_Countdown.pdf)

### **Atom: Kritik am Siebten Forschungsrahmenprogramm**

#### **Grüne fordern Umverteilung der EU-Fördermittel**

Die Fraktion Grüne/EFA im Europäischen Parlament hat den Vorschlag der EU-Kommission zum Siebten Forschungsrahmenprogramm heftig kritisiert, da dieser „der Nuklearforschung auf Kosten der Forschung und Entwicklung für Erneuerbare Energien den Löwenanteil [der Mittel] zuteilt“.

Die Fraktion argumentiert, dass die Ausrichtung auf nukleare Forschung im Widerspruch zu den Lissabon-Zielen<sup>1</sup> steht, insbesondere im Hinblick auf das kostspielige Projekt ITER. Für diesen Kernfusionsforschungsreaktor soll der größte Teil des Geldes - etwa 4,8 Milliarden Euro - bereitgestellt werden. Die Grünen wollen, dass Fördermittel gemäß den Erfolgsaussichten einer Technologie hinsichtlich der Erfüllung der energiepolitischen Zielsetzungen der EU gezahlt werden. Dies bedeute, dass Technologien Priorität haben müssten, die gemessen an objektiven Kriterien wie CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Verringerung der Ölabhängigkeit, Wettbewerbsfähigkeit der EU und Schaffung von Arbeitsplätzen am besten abschneiden.

#### **Euratom-Haushalt wird noch immer am Parlament vorbei beschlossen**

Der Haushalt, den die EU für Forschung und Entwicklung im Bereich Energie zur Verfügung stellt, beruht sowohl auf dem Euratom-Rahmenprogramm für Nukleartechnologie als auch auf dem allgemeinen Rahmenprogramm für andere Technologien. Der Euratom-Haushalt muss - anders als die anderen Budgets - nicht vom Parlament genehmigt werden. Dies schafft nach Überzeugung der Grünen eine künstliche Teilung zwischen Energieforschung und Entwicklungsbudgets und hält das Parlament davon ab, die strategische Entwicklung des Energiesektors allein zu beeinflussen. (tl) ■

#### • **Weitere Informationen**

Europäisches Parlament, Fraktion Grüne/EFA, Satu Hassi, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2845437  
eMail: [shassi@europarl.eu.int](mailto:shassi@europarl.eu.int)  
[www.satuhassi.net/index\\_engl.htm](http://www.satuhassi.net/index_engl.htm)

<sup>1</sup> Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung, siehe S. 16

### **Neue Atompläne in Europa**

#### **Großbritannien setzt Atomenergie wieder auf die Tagesordnung**

Der britische Premier Tony Blair will kommenden Jahr bekannt geben, ob Großbritannien wieder in die Atomenergie investieren wird. Die Gefährdung der Energieversorgung, steigende Energiepreise und die globale Erwärmung machen die Energiepolitik laut Blair weltweit zu einem der dringendsten Themen auf der politischen Tagesordnung. Daher müsse auch die Zukunft des britischen Energiemixes diskutiert werden. Bis 2020 muss ein Großteil der veralteten britischen Atom- und Kohlekraftwerke ersetzt werden. Nur einige von ihnen können nach Blairs Einschätzung bis dahin durch Erneuerbare Energien ersetzt werden. Der Bau neuer Atomkraftwerke müsse daher in die Überlegungen miteinbezogen werden.

Die britische Umweltorganisation Friends of the Earth befürchtet, dass andere Länder dem britischen Beispiel folgen könnten. Die italienische, deutsche und spanische Industrie beginne bereits auf ihre Regierungen Druck ausüben, um auch in ihren Ländern einen atomfreundlichen Kurswechsel zu bewirken. Anstatt auf eine hoch gefährliche, sehr teure und völlig veraltete Technik zu setzen, brauchten Großbritannien und die EU eine zukunftsorientierte Energiepolitik, die auf Energieeffizienz, „sauberer Nutzung von fossilen Energien“ sowie dem Ausbau von Erneuerbaren Energien aufbaue. (tl) ■

#### • **Weitere Informationen**

Friends of the Earth UK, London  
Tel. 0043 20 / 7490-1555  
eMail [info@foe.co.uk](mailto:info@foe.co.uk)  
[www.foe.co.uk](http://www.foe.co.uk)

## Newsticker

### **Energiebedingte CO<sub>2</sub>-Emissionen könnten um 52 Prozent steigen**

Nach Prognosen der Internationalen Energieagentur (IEA) wird die globale Energienachfrage bis 2030 um 50 Prozent steigen, wenn keine tief greifenden Maßnahmen erfolgen. 80 Prozent davon würden mit fossilen Energien gedeckt werden. Die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen würden um 52 Prozent steigen und die Abhängigkeit von Förderländern im „instabilen Nahen Osten“ und Nordafrika weiter wachsen. Selbst wenn weit reichende Maßnahmen ergriffen werden, werde die Energienachfrage noch um 37 Prozent ansteigen. Mit entsprechenden Instrumenten könne der Anteil der Erneuerbaren (ohne Wasserkraft) bis 2030 um ein Viertel erhöht werden. Der Anteil der Atomenergie wird nach Aussage des Berichts erst konstant bleiben und dann bis 2030 auf etwa fünf Prozent fallen. Klimaschützer kritisierten die IEA-Szenarien als zu sehr in alten Strukturen verhaftet. (tl)  
Quelle: [www.iea.org/textbase/npsum/WEO2005SUM.pdf](http://www.iea.org/textbase/npsum/WEO2005SUM.pdf)

### **Emissionshandelserfolg in Gefahr?**

EU-Mitglieder dürfen bei der EU-Kommission eine Abschwächung ihrer Nationalen Allokationspläne (NAP) beantragen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) urteilte Ende November, dass die Kommission nicht berechtigt war, den Antrag Großbritanniens auf Erhöhung der Zahl der Emissionszertifikate für seine Unternehmen abzulehnen. Die britische Regierung hatte kurz vor Beginn des EU-Emissionshandels Anfang 2005 bei der Kommission beantragt, seinen bereits bei der Kommission eingereichten NAP noch einmal zu korrigieren und die Gesamtemissionsmenge um 2,7 Prozent zu erhöhen. Dies hatte die Kommission abgelehnt. (tl)  
Quelle: Euractiv 24.11.05

### **Golfstrom 30 Prozent schwächer als vor 50 Jahren**

Der transatlantische Golfstrom, der Westeuropa mildes Wetter beschert, ist laut dem britischen National Oceanography Centre um 30 Prozent langsamer geworden als noch vor einem halben Jahrhundert. Das könne innerhalb eines Jahrzehnts zu einem raschen Klimaumbbruch mit „kanadischen Wintern“ in ganz Westeuropa führen. Die Messungen für die Untersuchung wurden innerhalb eines Jahres

im Gebiet zwischen Marokko und Florida vorgenommen. (tl)  
Quelle: Euractiv 01.12.05

### **Höchste CO<sub>2</sub>-Werte seit 650.000 Jahren**

Wissenschaftler vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung sowie der Universität Bern haben nach der Auswertung antarktischer Bohrkern festgestellt, dass die Konzentration von Treibhausgasen in den vergangenen 650.000 Jahren noch nie so hoch war wie heute. Der Anstieg von CO<sub>2</sub> erfolgte in den vergangenen 50 Jahren 200 Mal schneller als zuvor; gleiches gilt für das Treibhausgas Methan. Die Werte liegen heute um 130 Prozent höher als vor 650.000 Jahren. Zudem konnten die Wissenschaftler eine Verknüpfung zwischen Temperatur und Kohlendioxid- bzw. Methangehalt in der Atmosphäre nachweisen. Geringere Treibhausgaskonzentrationen waren immer auch mit kühleren Temperaturen verbunden. (tl)  
Quelle: [www.awi-bremerhaven.de](http://www.awi-bremerhaven.de)

### **EU-Parlament will Treibhausgase um 60 bis 80 Prozent reduzieren**

In einem Klimaschutzbericht fordert das Europäische Parlament ehrgeizige Emissionsziele, die Einführung einer europäischen Ökosteuer bis 2009 und bindende Ziele für den Straßen- und Luftverkehrssektor. Die Treibhausgasemissionen müssten bis 2020 um 30 und bis 2050 um 60 bis 80 Prozent reduziert werden. Um die ehrgeizigen Emissionsreduktionen zu erreichen, fordert das Parlament außerdem: ein bindendes Energiesparziel von 40 Prozent, eine jährliche Effizienzsteigerung von fast drei Prozent, höhere Forschungsausgaben für Erneuerbare Energien sowie die Ausweitung des Emissionshandels auf den Flugverkehr. (tl)  
Bericht („A6-0312/2005“): [www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int) (Tätigkeiten/Berichte)

### **Klimaschutzerfolge von 53 Industrie- und Schwellenländern verglichen**

Die Schweiz ist laut einer Germanwatch-Studie über den Klimaschutzerfolg von 53 Ländern das klimafreundlichste Land. Grundlage der Studie sind die Emissionstrends, die Evaluation der Klimaschutzmaßnahmen sowie die Bemühungen der jeweiligen Länder in internationalen Klimaschutzverhandlungen. Gleich hinter der Schweiz kommen Island, Großbritannien, Deutschland, Brasilien, Lettland, Litauen, Argentinien und Marokko. China liegt auf Platz 28, Japan auf Platz 30 und die USA

ganz hinten auf Platz 51. Sie schneiden damit kaum besser ab als Saudi-Arabien, das den letzten Platz belegt. (tl)  
Quelle: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

### **EU-Kommission will Endlagersuche mit Public- Private Partnership forcieren**

Die EU-Kommission unternimmt einen neuen Versuch, um die Suche der Mitgliedstaaten nach Atommüllendlagern zu beschleunigen. Dies soll in erster Linie durch eine Koordination der Forschungsarbeit auf diesem Gebiet geschehen. Die Kommission strebt dabei eine Public-Private Partnership (PPP) an. Das Projekt soll zum Teil aus Euratom-Geldern finanziert werden. Die Kommission will damit die Akzeptanz für Atomenergie erhöhen und den Mitgliedstaaten die Option offen halten, in Atomenergie zu investieren. (tl)

## EU leitet vorbeugende Schritte gegen Vogelgrippe ein

### Ministerratsbeschluss zum Importstopp von Zier- und Wildvögeln

Ende Oktober beschloss der Ministerrat den von Umweltverbänden bereits lange geforderten (EUR 10.05, S. 37) Importstopp von Zier- und Wildvögeln. Die Grünen im Europäischen Parlament (EP) begrüßten diesen Beschluss. Es sei eindeutig, dass die Gefahr für den Ausbruch einer Vogelgrippenpandemie sowohl durch den illegalen als auch durch den legalen Handel mit Vögeln wahrscheinlicher sei als durch die Wanderungen der Zugvögel, so Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, EP-Abgeordneter für die Grünen.

### Kritik an schwacher Kontrollpolitik

Der WWF kritisiert vor allem die bislang unzureichenden Kontrollmethoden beim Handel mit Wildtieren und Pflanzen, die mangelhaften Kontrollen an den Außengrenzen der EU und die fehlende Zusammenarbeit der EU-Staaten. „Wir brauchen endlich Artenschutzspürhunde an Flughäfen und anderen neuralgischen Grenzpunkten, hieb- und stichfeste Nachweispflichten für dubiose Tier-Nachzuchten und schärfere Rechtsprechung“, fordert WWF-Artenschutzexperte Volker Homes.

### Anfälligkeit von Hochleistungsgeflügel

Die gegenwärtige Krise zeige deutlich die Schwächen der intensiven Tierhaltung auf, sagte Graefe zu Baringdorf. Die einseitige Zucht von Hochleistungshühnerrassen habe zum Verlust genetischer Vielfalt und damit auch zum Verlust von Resistenzen gegen Krankheitserreger geführt. „Bei diesen empfindlichen Rassen, verstärkt durch die in der intensiven industriellen Tierhaltung sehr großen Tiergruppen und zunehmende Tiertransporte, übertragen und verbreiten sich Krankheiten viel schneller“, so der Europa-Abgeordnete. Er forderte die EU auf, Anreize für nachhaltigere Tierhaltungsmethoden zu geben und die Nutzung genetischer Ressourcen und alter Rassen zu fördern. Damit könne die Anfälligkeit der landwirtschaftlichen Systeme gemindert und der Gesundheits- und Verbraucherschutz verbessert werden.

### Vogelgrippe beschleunigt

#### EU-Aktionsplan gegen Artenschmuggel

Die EU-Staaten haben Ende Oktober in London einen Aktionsplan gegen den illegalen Handel mit Tieren und Pflanzen aus

der Wildnis auf den Weg gebracht. Dieser sieht u. a. höhere Strafen für Schmuggler, eine einheitliche Umsetzung des EU-Rechts sowie eine intensivere Ausbildung von Zoll-, Polizei- und Naturschutzbeamten vor. Der Entwurf muss nun in den einzelnen Mitgliedsländern beraten werden. „Die Vogelgrippe hat den überfälligen Entwurf beschleunigt“, kommentiert WWF-Artenschutzexperte Homes den Aktionsplan. Der WWF hofft, dass der Aktionsplan, der unter dem Motto „Kooperation, Koordination und Kommunikation“ steht, so schnell wie möglich umgesetzt wird, und fordert die neue deutsche Bundesregierung auf, für eine rasche Umsetzung zu sorgen.

### Kommission stellt 30 Mio. Euro zur Bekämpfung der Vogelgrippe bereit

Die EU-Kommission hat darüber hinaus für das Jahr 2006 asiatischen Ländern bis zu 30 Mio. Euro zur Bekämpfung der Vogelgrippe und einer drohenden Pandemie bereitgestellt. Seit Anfang 2004 ist der gefährliche Vogelgrippevirus H5N1 dort mehrfach aufgetreten und noch nicht unter Kontrolle. Über die Zuweisung der Gelder werde beschlossen, sobald die internationale Bewertung der mittel- und langfristigen Bedürfnisse abgeschlossen ist. „Eine Koordinierung der internationalen Hilfe muss jetzt Priorität sein. Denn das Risiko einer Grippeepidemie, die durch eine Mutation oder Rekombination des H5N1-Virus ausgelöst werden könnte, ist in den asiatischen Ländern sehr viel höher als in den seit kurzem von der Vogelgrippe betroffenen europäischen Ländern“, erklärte Graefe zu Baringdorf, der auch stellvertretender Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses ist, nach der Annahme der Resolution zur Vogelgrippe im EU-Parlament.

### Impfstoff gegen H7N1-Virus entwickelt

Inzwischen hat ein über das Europäische Forschungsrahmenprogramm finanziertes Forschungsprojekt im Kampf gegen eine drohende Grippepandemie (FLUPAN) einen Impfstoff gegen einen anderen Virusstamm, den Vogelgrippevirus H7N1, entwickelt. Der neue Impfstoff soll ab Frühjahr 2006 für klinische Versuche zur Verfügung stehen und wertvolle Hinweise für die künftige Entwicklung von Pandemieimpfstoffen auch für den gefährlichsten Vogelgrippevirus H5N1 liefern. Bei dem Virus H7 wird das Risiko, sich als pandemieauslösender Influenzastamm zu erweisen, als geringer eingestuft als bei dem

H5N1-Virus. Im Bericht des FLUPAN-Projektes wird jedoch festgestellt, dass auch der H7-Virus von Geflügel auf den Menschen übertragen werden kann.

### Experten: Maßnahmen gegen Zugvögel nutzlos

Das Thema Vogelgrippe beherrschte auch die 3. Vertragsstaatenkonferenz des Afrikanisch-Eurasischen Wasservogelübereinkommens Ende Oktober in Dakar (Senegal). Die rund 150 Vertreter der 52 Vertragsstaaten des Übereinkommens sowie Wissenschaftler und NGOs forderten die Staatengemeinschaft dazu auf, die Länder Afrikas auf die Vogelgrippe durch Information der Öffentlichkeit und durch die rasche Entwicklung von Programmen zur Überwachung von Haus- und Wildtieren vorzubereiten. Auf der Konferenz war man sich darin einig, dass Tötungsmaßnahmen oder die Zerstörung bekannter Lebensräume von Wildvogelpopulationen zur Verhinderung der Ausbreitung der Epidemie nutzlos sind. Damit unterstützten die Konferenzteilnehmer/innen eine entsprechende Position der Weltgesundheitsorganisation WHO und der Welternährungsorganisation FAO.

Die Gefahr der Vogelgrippe für Mensch und Natur war ebenfalls Thema der UN-Konferenz zu wandernden Tierarten Ende November in Nairobi (siehe Beitrag S. 33). Auch die 9. Vertragsstaatenkonferenz der Ramsar-Konvention (siehe Beitrag S. 30) verabschiedete eine entsprechende Resolution, in der u. a. die Entwicklung und Umsetzung von Not- und Aktionsplänen, die Entwicklung von Monitoring-Maßnahmen sowie deren langfristige finanzielle Absicherung gefordert wird. (bv) ■

### • Weitere Informationen:

WWF Deutschland, Volker Homes, Artenschutz und TRAFFIC, Rebstöcker Straße 55, 60326 Frankfurt  
Tel. 069 / 79144-183  
eMail: homes@wwf.de  
www.wwf.de

Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament, Agrarbüro, Antje Kölling  
Tel. 0032 2 / 284-5154, Fax -9154,  
eMail: fgraefe@europarl.eu.int

Quellen: www.eu-kommission.de (Pressemeldungen 5911 und 5920)  
BMU Pressedienst 285/05, 27.10.05

## Verstöße gegen FFH- und Vogelschutzrichtlinie geahndet

### Griechenland und Österreich verstoßen gegen Vogelschutzrichtlinie

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Griechenland im Oktober wegen des Verstoßes gegen die Vogelschutzrichtlinie verurteilt. Der EuGH argumentierte, dass die griechische Gesetzgebung nicht „kohärent und spezifisch“ genug sei, um ein Gebiet als EU-Vogelschutzgebiet ausreichend zu schützen. Ein Generalanwalt des Gerichtes hat zudem in einem Gutachten empfohlen, dass Österreich im Zusammenhang mit der gleichen Richtlinie verurteilt werden solle, da das Land zwei Gebiete nicht als Schutzgebiete gemäß der Richtlinie gemeldet habe. Außerdem habe Österreich die Habitatrichtlinie durch die Bewilligung einer neuen Autobahn unweit eines geschützten Gebietes ohne die Prüfung von Alternativen verletzt.

### Großbritannien und Deutschland wegen FFH-Richtlinie vor Gericht

Die britische Regierung wurde durch den EuGH für eine Serie von Mängeln bei der Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) von 1992 verurteilt. Großbritannien habe den Umweltbehörden zur Erfüllung der FFH-Richtlinie generelle Aufgaben zu unklar und unpräzise auferlegt. Außerdem bemängelte das Gericht die Nicht-Einhaltung von elf Bestimmungen der Richtlinie. Die Royal Society for the Protection of Birds (RSPB) teilte mit, das Urteil werde den Schutz bestimmter Natura-2000-Gebiete in Großbritannien verbessern. Auch Deutschland steht laut Gutachten des EuGH vor einem Gerichtsverfahren wegen unkorrekter Umsetzung der FFH-Richtlinie in nationales Recht. Generalanwalt Ruiz-Jarabo Colomer unterstützte eine Beschwerde der EU-Kommission, nach der es die deutsche Gesetzgebung versäumt, eine Bewertung möglicher Auswirkungen auf geschützte Bereiche durch bestimmte Entwicklungsvorhaben vorzuschreiben. Insbesondere gebe es keine Auflagen zur Bewertung von Luftemissionen von Anlagen in der Nähe solcher Bereiche. Deutschland ist insgesamt wegen sechs Rechtsverletzungen angeklagt. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily 21.10., 28.10., 25.11.05

## Ramsar-Konventions-Treffen: Mehr Feuchtgebiete gefährdet

### Feuchtgebiete wichtig für weltweite Armutsbekämpfung

Weltweit nimmt die Gefährdung und Zerstörung von Feuchtgebieten dramatisch zu. Dies ist das Ergebnis von Studien, die auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz (VSK) der Ramsar-Konvention<sup>1</sup> zum Schutz von Feuchtgebieten internationaler Bedeutung Mitte November in Kampala (Uganda) präsentiert wurden. Zudem führte der Raubbau an der Natur und insbesondere an Feuchtgebieten in weiten Teilen der Welt zu wachsenden Problemen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser und entziehe vielen Menschen die Lebensgrundlage. So betont auch die Abschlusserklärung der Konferenz den Wert der Feuchtgebiete für die weltweite Armutsbekämpfung. Der WWF schätzt den ökonomischen Wert der Feuchtgebiete auf etwa 60 Milliarden Euro. „Mit dem Reichtum, der in unseren Flüsse und Seen liegt, müssen wir künftig vernünftiger umgehen. Darin liegt ein Schlüssel zum Schutz wertvoller Ökosysteme und zur Bekämpfung des Hungers“, sagte WWF-Experte Martin Geiger.

### Kampala-Deklaration für stärkeres Engagement zum Feuchtgebietsschutz

Hochrangige Vertreter der 147 Vertragsstaaten sprachen sich in einer Erklärung („Kampala-Deklaration“) für ein stärkeres Engagement zum Schutz von Feuchtgebieten aus. Zur Stärkung des Abkommens sollen die Kriterien für die bislang über 1.500 geschützten Feuchtgebiete denen der Weltnaturschutzunion IUCN angepasst werden. Dies würde eine bessere Integration der Ramsar-Konvention in nationale Schutzkonzepte ermöglichen. Verstöße gegen die Konvention könnten dann rechtlich verfolgt werden, was bislang nicht möglich ist. Zudem soll das Ramsar Abkommen stärker mit der UN-Konvention zum Erhalt der Biologischen Vielfalt (CBD) verzahnt werden. So könnte Bürokratie abgebaut und die Schlagkraft des Abkommens erhöht werden. Das auf dem

<sup>1</sup> Das Übereinkommen zum Schutz von Feuchtgebieten internationaler Bedeutung wurde 1971 in der iranischen Stadt Ramsar getroffen. Hauptziel der Konvention sind der Schutz und die nachhaltige Nutzung aller Feuchtgebiete. Bis heute schützt die Konvention weltweit über 133 Millionen Hektar Feuchtgebiete, darunter 32 Feuchtgebiete in Deutschland, das zu den 147 Ramsar-Vertragsstaaten gehört.

Weltgipfel in Johannesburg 2002 von der Staatengemeinschaft gesetzte Ziel, den weltweiten Verlust an biologischer Vielfalt bis 2010 zu beenden, müsse mit konkreten Aktivitäten umgesetzt werden. Die Feuchtgebiete nach der Ramsar-Konvention sollen beim Aufbau eines weltweiten Schutzgebietsnetzes helfen.

### WWF-Bilanz: Mehr geschützte Feuchtgebiete und nachhaltige Fischerei

Der WWF zog eine positive Bilanz der Konferenz. Weltweit wurden elf neue Gebiete unter den Schutz der Ramsar-Konvention gestellt und eine Resolution zur nachhaltigen Fischerei verabschiedet. „Der Raubbau in den Binnen- und Küstengewässern muss gestoppt werden. Gerade für die Menschen in den Entwicklungsländern ist Fisch eine der wichtigsten Nahrungsquellen. Für die arme Bevölkerung ist diese Resolution ein Hoffnungsschimmer“, so der WWF-Experte Geiger. Der WWF fordert nun, dass die beschlossenen Empfehlungen zur nachhaltigen Fischerei und zur Armutsbekämpfung in den kommenden Jahren konsequent umgesetzt werden.

### Asien hat Nachholbedarf bei der Ausweisung von Ramsar-Gebieten

Nahezu 1.000 Feuchtgebiete internationaler Bedeutung stehen in Asien noch nicht unter dem Schutz der Ramsar-Konvention, so ein im Rahmen der 9. VSK veröffentlichter Bericht von BirdLife International. Es fehle die Ausweisung von 991 bedeutenden Vogelschutzgebieten (Important Bird Areas, IBA) oder 89 % der Feuchtgebiete Asiens, die die Ramsar-Kriterien erfüllen. Doch es gibt erste Hoffnungsschimmer, dass auch die asiatischen Länder mitziehen: Japan kündigte Mitte November die Festlegung von 20 neuen Ramsar-Gebieten an. (bv) ■

### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Martin Geiger, Leiter Fachbereich Süßwasser, Rebstocker Straße 55, 60326 Frankfurt/M.  
Tel. 0162 / 2914410  
eMail: e.presse@wwf.de  
www.wwf.de/ramsar2005

#### Quellen:

BMU Pressedienst 299/05, 15.11.05  
www.birdlife.org/news/news/2005/11/asia\_iba\_ramsar.html  
www.iucn.org/en/news/archive/2005/11/ramsarcop9\_morenews\_15\_11\_2005.pdf

## Gastbeitrag Im Schatten des Klimagipfels: Biodiv-Konferenz in Montreal

### Finanzen und globale Ziele dominieren Themensetzung

In Montreal wurde die 8. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention (COP8) im März 2006 in Brasilien vorbereitet. Mit über 16 Einzelthemen hatte sich der wissenschaftlich-technische Beratungsausschuss<sup>1</sup> eine ambitionierte Agenda für sein elftes Treffen in der Woche vom 28. November bis 2. Dezember gesetzt. Als Hauptthemen waren die globale Taxonomie-Initiative sowie die Evaluierung des Arbeitsprogramms für Arten trockener und halb-feuchter Lebensräume vorgesehen. Dominiert wurden die Verhandlungen allerdings von den Themen „finanzielle Anreize“ (incentives) sowie „Globale Ziele“ für das Monitoring des 2010-Zieles. Letzteres schreibt eine deutliche Verringerung der Verlustrate von Biodiversität bis 2010 vor.

### Kosmetik: Industriestaaten wollen nicht mehr als „Verursacher“ gelten

Wie sehr die internationalen Verhandlungen zu Biodiversität von industriellen Interessen blockiert wurden, zeigte die Diskussion um die Schlussfolgerungen des so genannten „Millennium Ecosystem Assessment“, einer umfassenden wissenschaftlichen Situationsanalyse sowie Szenarien zur Biodiversität, dessen Ergebnisse 2005 veröffentlicht wurden. In dieser Studie werden klar die industriellen Praktiken als Verursacher für Überfischung, Entwaldung sowie die ungezügelte Ausweitung von landwirtschaftlichen Flächen benannt. Biodiversitätsverlust ist laut der Studie zudem mit einer Zunahme an Armut unter der Bevölkerung verbunden. Im Abschlussdokument des SBSTTA-Treffens wurden daraus abgeleitete Empfehlungen jedoch vermieden. Die Verursacher werden nicht mehr benannt.

### Entwaldung soll als CO<sub>2</sub>-Quelle einbezogen werden

Dabei war gerade die Präsentation des Millennium Ecosystem Assessment eines der Höhepunkte einer gemeinsamen Veranstaltung der Subsidiary Bodies der Biodiversitäts- und der Klimarahmenkonvention, die zeitgleich in Montreal getagt hat-

ten. Es wurde deutlich, dass der Globale Klimawandel in den kommenden Jahrzehnten zunehmend eine der Hauptursachen für den Verlust von Biodiversität sein wird (siehe Beitrag S. 33). Papua-Neuguinea überraschte mit seinem Vorschlag, die dramatische Entwaldung als immense CO<sub>2</sub>-Quelle mit in die anstehenden Klimaverhandlungen ein zu beziehen. Der Vorschlag wurde angenommen und wird bereits 2006 offiziell im Rahmen der Klimaverhandlungen weiter entwickelt.

### Bald Vorschlag für Umgang mit Gentechnik-Risiken?

Das CBD-Arbeitsprogramm zu Waldbiodiversität soll 2008 umfassend evaluiert werden. Deshalb wurden auf dem SBSTTA11 Empfehlungen zum Evaluierungs-Prozess erarbeitet und verabschiedet. Diese sehen vor, dass gerade zum Handel mit Holzprodukten aus illegalen und zerstörerischen Praktiken mehr Informationen eingefordert werden. NGOs können für den Review-Prozess ihre Berichte und Fälle einer technischen Expertengruppe (AHTEG), die mit dem Review beauftragt wird, mit einreichen. Überraschenderweise wurde beschlossen, einen Verfahrensweg zur Behandlung von genetisch veränderten Bäumen und deren Risiken für die Biodiversität bald vorzuschlagen. Das ist in Anbetracht des zunehmenden Drucks von Seiten der Papierindustrie dringend angebracht. COP8 soll sich auch mit den Ergebnissen des im Februar 2006 bevorstehenden 6. Treffens den UN-Waldforums beschäftigen, das an der Frage eines rechtsverbindlichen Abkommens zum Waldschutz erneut zu scheitern droht. Greenpeace fordert schon lange, diesen ineffektiven, aber kostenintensiven Prozess zu stoppen.

### Japan und Island stellen im Meeresschutz CBD-Kompetenz in Frage

Eigentlich standen nur die Verhandlungen zu den genetischen Ressourcen der Tiefsee auf der Agenda von SBSTTA11. Es wurde jedoch sehr schnell deutlich, dass es erneut um die grundsätzliche Frage der Zuständigkeit der CBD zu Fragen des Biodiversitätsschutzes auf der Hohen See jenseits der nationalen Zuständigkeit geht. Länder wie Island oder Japan stellen die Kompetenz der CBD bei der Ausweisung von möglichen Schutzzonen sowie die grundsätzliche Notwendigkeit für Schutzgebiete in Frage. Es sind die gleichen Länder, die 2004 der Einrichtung eines Meeresschutzgebietssystems auch

außerhalb der nationalen Zuständigkeit zugestimmt hatten. Da im kommenden Februar sich eine informelle Arbeitsgruppe unter dem Dach der UN in New York zur Frage der Zuständigkeit für Schutzgebiete auf der Hohen See treffen wird, war bei SBSTTA11 kein Fortschritt zu erwarten.

### Bei Finanzen bleiben NGOs und indigene Völker ausgeschlossen

Die Verhandlungen zu positiven (finanziellen) Anreizen für die Umsetzung der Konvention war von vorn herein zum Scheitern verurteilt. Vor dem WTO-Ministertreffen in Hong Kong, auf dem Subventionen, insbesondere im Agrarbereich, von Entwicklungsländern als Freihandelshemmnis gesehen werden, blockierte v. a. Argentinien jegliche substanzielle Einigung. Mit einer australischen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, die jegliche Beteiligung der Organisationen Indigener Völker sowie Umwelt-NGOs verweigerte, blieb am Ende fast der gesamte Text offen und wird im März 2006 weiter diskutiert. Dabei muss sich die Konvention auch ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, wie sie langfristig die Beschlüsse in Entwicklungsländern unterstützen kann. Ein internationaler Finanzierungsmechanismus ist überfällig.

### Messbarkeit von „globalen Zielen“ - Fehlanzeige

Für drei thematische Arbeitsprogramme (Berge, trockene und sub-feuchte Landschaften und Wälder) wurden globale Ziele diskutiert, die die Grundlage für die Erfolgsmessung des globalen 2010 Biodiversitätsziels darstellen. Zwar hatte COP7 messbare und zeitlich gebundene Ziele gefordert und einen generellen Rahmen vorgegeben, jedoch wurde während der Verhandlungen genau diese Messbarkeit systematisch vermieden. Absurd wurde die Diskussion um die Größe von Waldschutzgebieten. Obwohl bereits heute 12 % in Schutzgebieten geschützt sind, schreibt das „neue“ Ziel nur 10 % von „irgendeinem“ Schutz vor. Die Länder waren stundenlang mit sprachlichen Angleichungsübungen zwischen den einzelnen Themen beschäftigt, anstatt die für die Ökosysteme typischen und spezifischen Charakteristika in Betracht zu ziehen. Immerhin konnten gute Beschlüsse von COP7 gerettet werden und somit die schlecht vorbereiteten Dokumente verbessert werden.

<sup>1</sup> Subsidiary Body of Scientific, Technical and Technological Advice der Biodiversitätskonvention (SBSTTA)

### Was wird auf der COP8 verhandelt?

SBSTTA11 war nur eine der zahlreichen Vorbereitungs-konferenzen für COP8. Bereits Anfang dieses Jahres fand SBSTTA10 zur Meeresbiodiversität sowie Subventionen statt. Im September versuchte eine Arbeitsgruppe, sich mit der Verbesserung von Abläufen und der Umsetzung der Konvention generell kritisch auseinanderzusetzen. Die ersten Treffen der Arbeitsgruppen zu Schutzgebieten sowie dem Zugang und dem gerechten Vorteilsausgleich der Nutzung pflanzen-genetischer Ressourcen (ABS) fanden statt. Ein zweites Treffen zu ABS wird Ende Januar in Spanien stattfinden. Unverständlicherweise wird es kein zweites Treffen zu Schutzgebieten vor COP8 geben. All diese Ergebnisse werden auf der COP8 verhandelt.

### Wieviel nichts-sagende Beschlüsse können wir uns noch leisten?

Angesichts der sich zuspitzenden Lage für die globale Artenvielfalt und der damit oft verbundenen Verarmung der betroffenen Menschen stellt sich die Frage, ob die CBD den Weg der unverbindlichen und vielfach nichts-sagenden Beschlüsse weiter gehen sollte. Regierungen sollten sich nicht zu Erfüllungsgehilfen der Industrien machen lassen, die die biologischen Ressourcen ausbeuten. Vielmehr muss der Privatisierung der „Öffentlichen Güter“ (Global Goods) mit rechtsverbindlichen Mechanismen ein Riegel vorgeschoben werden. COP8 sollte ein Meilenstein in diese Richtung sein. Von dem zuständigen Minister Sigmar Gabriel und der deutschen Regierung erwarten wir eine aktive Rolle bei der rechtlichen Verfestigung der Konvention in Brasilien. ■

Gastautor: Martin Kaiser, Greenpeace

#### • Weitere Informationen

Greenpeace, Martin Kaiser (Wälder, Meere, WTO), Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-321, Fax -121  
mobil 0171 / 8780817  
eMail: martin.kaiser@greenpeace.de  
www.greenpeace.de

## Internet-Anhörung zum Schutz biologischer Vielfalt

### Bis 6. Februar können Experten und EU-Bürger online ihre Meinung sagen

Die EU-Kommission hat am 12. Dezember eine Internet-Konsultation rund um das Thema Biodiversität gestartet. Sachverständige und die interessierte Öffentlichkeit können acht Wochen lang ihre Ansichten über die EU-Politik zum Thema biologische Vielfalt kundtun.

Hintergrund der Initiative ist das Ziel, den Verlust der biologischen Vielfalt in der EU bis 2010 zu stoppen. Dazu haben sich die Mitgliedstaaten zwar bereits verpflichtet und auch Maßnahmen getroffen, die Verluste sind aber trotzdem noch zu hoch. In den vergangenen 50 Jahren gingen in Europa die Hälfte der Feuchtgebiete und der Großteil der früher artenreichen Agrarflächen verloren. Gut 800 Pflanzenarten und über 300 Wirbeltierarten sind vom Aussterben bedroht. Deshalb erarbeitet die Kommission zurzeit eine Mitteilung, wie es nach 2010 weiter gehen soll. Diese Mitteilung soll die Ergebnisse der Internet-Anhörung berücksichtigen.

### EEB: Je mehr sich an der Anhörung beteiligen, desto besser

Das Europäische Umweltbüro (EEB), die Dachorganisation der Naturschutzverbände in Brüssel, fordert alle EU-Bürger/innen auf, sich an der Internet-Konsultation zu beteiligen und mitzuteilen, was ihrer Ansicht nach notwendig sei, um den Verlust der biologischen Vielfalt zu stoppen. Je mehr Eingaben gemacht würden, desto besser sei es. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Pieter de Pous, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289109-1306, Fax -9  
eMail: pieter.depous@eeb.org  
www.eeb.org

Die Anhörung:

www.europa.eu.int/comm/environment/consultations\_en.htm

## Schwund des Waldbestandes weltweit alarmierend

### Schutzmaßnahmen in Mitteleuropa zeigen positiven Effekt

Auf der Erde werden jährlich rund 13 Mio. Hektar Waldfläche vernichtet. Durch Aufforstungsmaßnahmen und natürliche Ausbreitung konnte dieser Schwund in den letzten Jahren zwar auf 7,3 Mio. Hektar globalen Nettoverlust pro Jahr eingedämmt werden. In Problemregionen wie Südamerika und Afrika ist die Lage aber nach wie vor dramatisch - so die neue Studie "The Global Forest Resources Assessment - FRA 2005" der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), die Daten zum Waldbestand von 229 Ländern zwischen 1990 und 2005 umfasst. "Der umfassende Report liefert uns wichtige Aufschlüsse über den Zustand der globalen Waldressourcen und wie wir mit diesen umgehen. Gleichzeitig zeigt er aber auch deutlich auf, dass Waldflächen vielerorts immer noch in alarmierendem Ausmaß verloren gehen", warnte Hosny El-Lakany von der FAO. Der Verlust bzw. die Umwandlung von unberührten Primärwaldgebieten durch menschliche Eingriffe sei mit sechs Mio. Hektar pro Jahr immer noch enorm.

Europa bescheinigt die UN-Studie entgegen dem globalen Trend ein jährliches Wachstum von 661.000 Hektar bzw. 0,1 Prozent Waldfläche pro Jahr. "Die Tendenz ist eindeutig", bestätigte Hager, Professor für Wald- und Bodenwissenschaften an der Universität für Bodenkultur in Wien, "der Wald nimmt hierzulande nicht nur flächenmäßig, sondern auch gemessen am Holzvorrat pro Flächeneinheit zu". Positiv beurteilt Hager auch Zunahme von Naturwaldreservaten. Diese würden maßgeblich zu einer Verbesserung der Qualität der Wälder beitragen, so der Experte. (bv) ■

#### • Weitere Informationen

FAO, George Kourous, Presse- und Öffentlichkeit, Rom  
Tel. 0039 06 / 570 53168  
eMail: george.kourous@fao.org  
Download Studie:  
www.fao.org/forestry/fra2005  
Quellen:  
www.fao.org/newsroom/en/news/2005/1000127  
www.presetext.de/  
pte.mc?pte=051116004

## Wandernde Tierarten von Klimawandel betroffen

### Achte Vertragsstaatenkonferenz der Bonner Konvention in Nairobi

Die Auswirkungen von Klimaänderungen auf wandernde Tierarten und die Gefahren der Vogelgrippe waren herausgehobene Themen der 8. Vertragsstaaten-Konferenz der Bonner Konvention<sup>1</sup> zu wandernden Tierarten, die Ende November in Nairobi (Kenia) stattfand.

### Mehr Schutz für Wale und Delfine

Die deutsche Delegation setzte sich besonders für einen besseren Schutz der Wale ein. Nicht nur der Walfang gefährdet die Wale, auch die Klimaänderung werde auf der Südhalbkugel aufgrund des Rückgangs des Krills in arktischen Gewässern eine Nahrungsverknappung zur Folge haben, so Jochen Flasbarth, Abteilungsleiter für Naturschutz im Bundesumweltministerium. Ein anderes Problem sei der Beifang: Jedes Jahr sterben etwa 300.000 Wale und Delfine in Fischernetzen. Zudem sterben viele Wale, weil sie von Schiffen angefahren werden. Auch der zunehmende Unterwasserlärm und insbesondere seismische Untersuchungen und der Einsatz von Sonaren (Echoloten) bedrohen die Wale und Delfine, da sie dadurch die Orientierung und den Kontakt zu Artgenossen verlieren. Die wachsende Umweltverschmutzung und die Überfischung verschlechtern die Ernährungsbasis für die Meeressäuger stetig. Viele Wal- und Delfinarten sind akut bedroht.

In drei Beschlüssen wurden in Nairobi ambitionierte Schritte zur Verringerung der durch Menschen verursachten Bedrohungen für Wale und Delfine festgelegt. Dazu zählen die internationale Koordination von Maßnahmen zur Minimierung von Beifang, akustischer Meeresverschmutzung, von Schiffskollisionen sowie die Intensivierung von Forschungsaktivitäten über die Folgen klimatischer Veränderungen auf wandernde Tierarten.

<sup>1</sup> Die Bonner UN-Konvention wurde 1979 in Bonn unterzeichnet, hat ihren Sitz in Bonn und dient dem grenzüberschreitenden Schutz der weltweit rund 10.000 wandernden wild lebenden Tierarten und ihrer Lebensräume. Bislang sind sechs völkerrechtlich bindende Abkommen in Kraft. Davon hat Deutschland als eines der 93 Mitgliedstaaten vier ratifiziert: zum Schutz der Wale in Nord- und Ostsee (ASCOBANS) und der Seehunde im Wattenmeer (SEAL), zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulationen (EUROBATS) und der afrikanisch-eurasisch wandernden Wasservogel (AEWA).

Der Gemeine Delfin erhielt im Rahmen der Konferenz durch die Aufnahme in Anhang I der Konvention den höchstmöglichen Schutzstatus unter diesem UN-Abkommen. „Wir sind sehr erfreut über diese Entscheidung. Sie ist ein Signal für alle Mittelmeer-Anrainerstaaten, dringende Maßnahmen umzusetzen, um ein Verschwinden der Gemeinen Delfine in dieser Region zu verhindern“, so Nicolas Entrup von der internationalen Wal- und Delfinschutzorganisation WDCS. „Wir hoffen nun auf die schnelle Umsetzung eines Schutzmaßnahmenplans.“ Der Gemeine Delfin im Mittelmeer gilt als stark gefährdet. Im Ionischen Meer nur noch selten anzutreffen, sei diese Delfinart in der Adria bereits gänzlich verschwunden.

### Etappensieg für Elefanten - vorläufig

Der WWF begrüßte die Ergebnisse der Konferenz zum Westafrikanischen Elefanten und zur Saiga-Antilope. „Endlich wurde eine überfällige Schutzzerklärung für den Westafrikanischen Elefanten unterschrieben, das ist ein großer Schritt nach vorn“, sagte WWF-Artenschützer Volker Homes. Auch die stark bedrohte Saiga-Antilope könne nun auf Hilfe hoffen.

### Finanzierung der Bonner Konvention unsicher

Unklar ist nach Angaben des WWF jedoch nach wie vor, wie der grenzübergreifende Schutz wandernder Arten zukünftig finanziert werden soll. „Wir erneuern unseren Appell an die Bundesrepublik, mit gutem Beispiel voranzugehen und mehr Geld einzuzahlen“, so Homes.

Der WWF sieht das Konventionssekretariat in Bonn wegen Geldmangels derzeit kaum in der Lage, all seine Aufgaben zu erfüllen. „Um laufende Projekte aufrechtzuerhalten, mussten bereits die Rücklagen angezapft werden“, berichtete Homes. „Wenn nicht endlich mehr Geld fließt, besteht der Schutz vieler wandernder Tierarten bald nur noch auf dem Papier.“ Die Bundesrepublik trage als Mitinitiator, Gastgeberland des Sekretariats und Verwahrstaat eine besondere Verantwortung für die Bonner Konvention.

Auch die Finanzierung der frisch unterzeichneten Schutzzerklärung für den Westafrikanischen Elefanten ist offen. Die zwölf Unterzeichnerstaaten - darunter Burkina Faso, Liberia, Mali und der Niger - zählen zu den ärmsten Ländern der Erde. „Aus eigener Kraft wird es diesen Ländern nicht

gelingen, den vor allem durch Wilderei und Lebensraumverlust bedrohten Elefanten zu schützen“, sagt Homes. „Wir brauchen langfristige Projekte, die dazu führen, dass die Menschen vor Ort vom Schutz der Elefanten profitieren. Und wir brauchen Geld, um beispielsweise Anti-Wilderer-Einheiten zu bezahlen.“

Trotz der unsicheren Finanzlage hofft der WWF, dass in Nairobi weitere Tierarten unter Schutz gestellt werden. „Schon die Listung einer gefährdeten Art bewirkt oft mehr Aufmerksamkeit“, meinte Homes.

Ganz oben auf der Wunschliste des WWF: der Baltische Stör. Die einst weit verbreitete Fischart wurde bis auf eine letzte fortpflanzungsfähige Population in Frankreich ausgerottet - hauptsächlich durch Verschmutzung und Verbauung der Flüsse, wegen seiner als Kaviar beliebten Eier und durch Beifang in Fischernetzen.

### Tier- und Artenschutz gibt es nicht zum Nulltarif

„Diesen Entschlüssen müssen nun auch Taten folgen“, mahnte auch Nicolas Entrup vom WDCS im Hinblick auf die Diskussion über das zukünftige Budget des Abkommens. „Wir erwarten, dass erste Schritte zur Umsetzung von Schutzmaßnahmen umgehend eingeleitet werden. Aber die Staaten müssen erkennen, dass es Tier- und Artenschutz nicht zum Nulltarif gibt“, ergänzte Entrup in Bezug auf das Ziel der Vereinten Nationen, das weltweite Artensterben bis 2010 drastisch zu reduzieren. (bv) ■

### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Volker Homes, Artenschutzexperte, Rebstöcker Straße 55, 60326 Frankfurt  
Tel. 0162 / 29144-71  
eMail: homes@wwf.de

WDCS Deutschland, Nicolas Entrup, Altostraße 43, 81245 München  
Tel. 089 / 610023-93, Fax -94  
eMail: info.de@wdcs.org

### Quellen:

www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02780 sowie /02770  
www.wdcs-de.org/dan/de-news.nsf/webnews/6428D6783E4BA6B4C12570C4004E2BF0?opendocument  
BMU Pressedienst 301/05, 22.11.05

## Newsticker

### Neue Homepage über Finanzierung des Naturschutzes

Die neue Homepage „www.eu-natur.de“ des Deutschen Verbands für Landschaftspflege (DVL), des Nova-Instituts und des WWF bietet Informationen über die aktuellen Entwicklungen bei der Finanzierung des Naturschutzes sowie Möglichkeiten zum Austausch von Positionen und Erfahrungen. Neben wichtigen Dokumenten über die EU-Fördertöpfe Ländliche Entwicklung, Strukturfonds und LIFE hilft die Homepage den Nutzern, sich in EU-Verordnungen, Programmplanungsdokumenten und Strategien zurecht finden und Natur- und Umweltschutzpositionen in die aktuellen Programmplanungsdebatten auf Bundes- und Landesebene einzubringen. (bv)

Link: [www.eu-natur.de](http://www.eu-natur.de)

### Irland verstärkt Naturschutzbemühungen

Der irische Umweltminister Dick Roche kündigte Anfang November während der Veröffentlichung der Überprüfung des Nationalen Biodiversitätsplans 2002-2006 13 neue Naturschutzinitiativen an. Die Regierung wird einen Biodiversitätsfonds in Höhe von 1 Million Euro für den Zeitraum 2006-2007, ein eigenes Biodiversitätsreferat sowie ein neues Biodiversitätsforum einrichten. Außerdem sollen Leitlinien für die Erstellung lokaler Biodiversitätspläne erlassen werden. (bv)

Quelle: Environment Daily 07.11.05

### Rastplatz deutscher Zugvögel wird Großschutzgebiet

Für in Deutschland brütende Zugvögel gibt es durch die Sicherung eines wichtigen Rastplatzes nun wieder höhere Überlebenschancen. Die internationale Umweltstiftung Euronatur meldet einen wichtigen Erfolg durch die Unterschutzstellung des knapp 900 km<sup>2</sup> großen, grenzübergreifenden albanisch-montenegrinischen Shkodra-See-Naturparks. (bv)

Quelle: Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur), Tel. 07732 / 9272-0

### Vegetation in den Alpen verändert sich immer schneller

In ihrer Studie "Einfluss der Klimaerwärmung auf Sukzessionsprozesse und Populationsdynamik der Vegetation in alpinen Lagen" belegen die Forscherteams der Universitäten Hannover und Zürich einen sich immer schneller vollziehenden

Wandel der Artenzusammensetzung der Gipfflora der Schweizer Alpen. Nach Einschätzung der Experten beider Institute spiegelt diese Entwicklung den Einfluss der zunehmenden globalen Erwärmung wider. (bv)

Dr. Gian-Reto Walther, Institut für Geobotanik, Tel. 0511 / 762-4701, eMail: [walther@geobotanik.uni-hannover.de](mailto:walther@geobotanik.uni-hannover.de)  
Quelle: [www.uni-hannover.de/de/aktuell/presseinformationen/archiv/details/01534](http://www.uni-hannover.de/de/aktuell/presseinformationen/archiv/details/01534)

### EU-Programme gegen Tierseuchen

Die Europäische Kommission hat für das kommende Jahr 185 Mio. Euro zur Bekämpfung von Tierseuchen bewilligt. Das Geld fließt in 129 Programme, die sich mit dem Schutz vor Seuchen beschäftigen, die sowohl dem Menschen als auch Tieren gefährlich werden können, wie BSE, Tollwut, Rindertuberkulose oder Brucellose. Der für Gesundheit und Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissar Markos Kyprianou lobte das Finanzpaket, denn gesunde Tiere seien die Voraussetzung für gesunde Lebensmittel. (bv)

Quelle: [www.eu-kommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=5974](http://www.eu-kommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=5974)

### Schweiz will Jagd auf Wölfe erleichtern

Der WWF hat Ende November den erneuten Vorstoß der Schweiz kritisiert, die Berner Konvention zu lockern und die Jagd auf Wölfe wieder zu erlauben. Die Schweizer Regierung argumentierte in ihrem Antrag vor allem mit Übergriffen von Wölfen auf Schafherden. Für den WWF ist dies kein Grund, die Jagd zu eröffnen. Der WWF fordert die 45 Mitgliedsstaaten der Berner Konvention auf, den Vorstoß der Schweiz abzulehnen. Der Wolf ist in der Schweiz eine geschützte Tierart (Eidgenössisches Jagdgesetz 1988, Berner Konvention 1982). In zahlreichen Ländern Europas steht der Wolf ebenfalls unter Schutz. (bv)

Quelle: <http://panda.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/02778/>

### Natura 2000 in den neuen EU-Mitglieds- und Kandidatenländern

Ein neuer WWF-Bericht über die Umsetzung von Natura 2000 in den 10 neuen EU-Mitgliedstaaten sowie Rumänien, Bulgarien und Kroatien zeigt deutliche Fortschritte in der Umsetzung der EU-Naturschutz-Ziele, aber auch Lücken und große Unterschiede im Vergleich zwischen den Ländern auf. Slowenien z.B. hat rund 35

Prozent des nationalen Territoriums vorgeschlagen, Litauen nur 2,1 Prozent. Besonderes Augenmerk sollte nach Ansicht des WWF auch auf Zypern und Polen gerichtet werden, da deren gelistete Gebiete ungenügend seien. Das Netzwerk europäischer Naturschutzgebiete Natura 2000 soll im nächsten Jahr fertig gestellt werden.

(bv)

Weitere Informationen:

Alberto Arroyo Schnell, WWF-Natura-2000-Koordinator, Wien

Tel. 0043 1 / 48817-256, Fax -277

Quelle: [www.panda.org/about\\_wwf/where\\_we\\_work/europe/publications/index.cfm?uNewsID=50900](http://www.panda.org/about_wwf/where_we_work/europe/publications/index.cfm?uNewsID=50900)

### IUCN veröffentlicht Programm zum Schutz mediterraner Insel-Endemiten

Die Weltnaturschutzorganisation IUCN veröffentlichte Anfang November ein Schutzprogramm für die 50 wichtigsten Inselpflanzen („The Top 50 Mediterranean Island Plants“), das die durch Tourismus bedrohte Mittelmeer-Inselflora durch eine Schutzstrategie bewahren soll. Viele der 25.000 auf den Mittelmeerinseln heimischen Pflanzen - einige davon nur dort vorkommend (endemisch) - sind vom Aussterben bedroht. Durch ihren Artenreichtum gehört die Region zu den 34 „Biodiversitäts-Hotspots“ der Welt. (bv)

Quelle: [www.iucn.org/en/news/archive/2005/11/top\\_50\\_med\\_platns\\_en.pdf](http://www.iucn.org/en/news/archive/2005/11/top_50_med_platns_en.pdf)

■

## Rollback in der europäischen Verkehrspolitik steht bevor

### EU-Kommission revidiert Weißbuch: Vorrang für die Straße

Experten, umweltorientierte Verkehrsverbände sowie der Verkehrsausschuss im Europäischen Parlament befürchten eine Kehrtwende der EU-Verkehrspolitik zu Gunsten der Straße. Die Kommission führt zurzeit eine Revision des Weißbuchs über „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010“ durch. Im Weißbuch Verkehr von 2001 ist als wesentliches Ziel festgeschrieben, die Bedeutung der Straße zu Gunsten von Bahn und Schiff zurückzudrängen. Das Europäische Umweltbüro (EEB) bewertet das Weißbuch sogar als „ziemlich gut“. Vor allem für die darin geforderte Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Wachstum des Verkehrsaufkommens setzen sich Umweltverbände seit langem ein. Auch ein weiterer Schwerpunkt des Weißbuchs, nämlich die Umlage der so genannten externen Kosten, also der Umwelt- und Gesundheitskosten, auf die einzelnen Verkehrsträger steht bei der Kommission auf dem Prüfstand (siehe auch nebenstehende Texte).

### Kommissar Barrot: Billiger Verkehr im weltweiten Wettbewerb unverzichtbar

Verkehrskommissar Jacques Barrot betonte im November in Brüssel, die Mobilität dürfe auf keinen Fall beschränkt oder verteuert werden. Sie sei ein unverzichtbarer Faktor im weltweiten Wettbewerb geworden. Der Verkehrsausschuss rechnet damit, dass die EU sich vom Ziel einer nachhaltigen Verkehrspolitik verabschieden wird. So sei die Debatte um die geplante Eurovignette für Lkw ein Beleg dafür, dass ökologische Aspekte wirtschaftlichen Zielen untergeordnet würden, hieß es.

### Öffentliche Konsultation bis 31.12.

► Für Änderungen der europäischen Verkehrspolitik startete die Kommission eine öffentliche Konsultation. Bis 31. Dezember will sie Kommentare und Anregungen sammeln, die in die Fortschreibung der politischen Rahmenbedingungen fließen sollen. Korrekturen im Weißbuch wünscht die Kommission vor allem bei drei Themengebieten, zu denen 10 Fragen beantwortet werden sollen:

- Wiederherstellung des Gleichgewichts der Verkehrsträger, Beseitigung der Engpässe und Verbesserung der Sicherheit;

- Finanzielle und wirtschaftliche Lage der Verkehrssektoren;
- Prioritäten für die Zukunft. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Kommentare bitte bis 31.12.05 an: Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Referat Sektorielle Wirtschaftsanalysen, Rue Demot 24, B-1049 Brüssel  
eMail: tren-mid-term-review-wp-transport@cec.eu.int

Europäisches Umweltbüro (EEB), Kerstin Meyer, Bld de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 289-1307, Fax -1099  
eMail: kerstin.meyer@eeb.org  
www.eeb.org

## Strengere Euro-5-Grenzwerte umstritten

### Umweltverbände wollen schärfere Grenzwerte, Autolobbyisten geringere

Die Vorschläge der EU-Kommission, den Schadstoffausstoß für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge stärker zu begrenzen (Euro 5) werden von diversen Interessengruppen unterschiedlich bewertet. Nach den neuen Bestimmungen sollen Dieselfahrzeuge 20 Prozent weniger Stickstoffe ausstoßen dürfen. Insgesamt ist eine Reduzierung des Feinpartikelausstoßes um 80 Prozent vorgesehen. Das würde die Einführung von Dieselfiltern erforderlich machen. Für Benzinbetriebene Autos schlug die Kommission eine Reduzierung des Stickstoff- und des Kohlenwasserstoffausstoßes von jeweils 25 Prozent vor.

Während der Verband der europäischen Autohersteller (Acea) die Vorschläge als „undurchführbar und ungerechtfertigt“ bezeichnete, forderten Umweltverbände noch schärfere Emissionsgrenzwerte. Ihrer Ansicht nach sollten bei Benzinautos drei Viertel weniger Stickstoff und Kohlenwasserstoff aus dem Auspuff kommen. Auch der Zeitpunkt der Umsetzung ist umstritten. Die Autoindustrie hält die Neuregelung erst 2010 für machbar, die Umweltverbände hingegen schon 2008. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 29-80300, Fax -94896  
Die Ergebnisse der Konsultation: [www.europa.eu.int/comm/enterprise/automotive/pagesbackground/pollutant\\_emission/stakeholder\\_consultation/contributions.htm](http://www.europa.eu.int/comm/enterprise/automotive/pagesbackground/pollutant_emission/stakeholder_consultation/contributions.htm)

## Stadtverkehrs-Projekte sollen weiter gefördert werden

### Civitas-Programm ist Grundlage für alternative Mobilitätsmodelle

Die Europäische Kommission will die Civitas-Initiative durch das 7. Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung (2007-2013) weiter finanziell unterstützen. Das teilte sie Anfang November beim dritten Jahrestreffen der Civitas-Teilnehmerstädte im französischen Nantes mit. Bisher flossen von der Kommission bereits 100 Millionen Euro in diese Initiative. Die 36 beteiligten Städte versuchen Staus und Verschmutzung mit neuartigen Planungsmaßnahmen zu bekämpfen - z. B. durch Nutzung neuer Technologien, bei denen die Energieeffizienz höher liegt und alternative Kraftstoffe eingesetzt werden.

Civitas soll Alternativen zum Fahren mit dem Privatauto in den Städten fördern und damit Staus und Verschmutzung verringern. Der für Verkehr zuständige Kommissar und Vizepräsident Jacques Barrot bekräftigte, dass die EU-Kommission das Projekt weiter unterstützt und es auf alle interessierten Städte ausdehnen möchte. Die Pionierleistungen der 36 Civitas-Städte bildeten eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung einer ehrgeizigen Stadtverkehrspolitik, sagte Barrot.

### Austausch über technische und andere Innovationen

Die Städte sollten sich über empfehlenswerte Innovationen austauschen. Barrot nannte als Beispiel Verkehrssysteme, die aufgrund der Alterung der Gesellschaft erforderlich werden, und die Anwendung neuer Technologien wie der Galileo-Satellitenavigation im Stadtverkehr. Ab 2007 will die Kommission neue Gruppen von Städten auswählen, vor allem aus den neuen Mitgliedstaaten und Beitrittsländern, in denen der Autoverkehr rasch zunimmt, während der öffentliche Verkehr zurückgeht. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
www.civitas-initiative.org

## Wissenschaftler plädieren für Euro-Vignette

### Experten: Einheitliche Berechnung möglich - politischer Wille fehlt

In einem Offenen Brief (siehe Kasten) an das Europäische Parlament, die EU-Kommission und die Verkehrsminister haben 28 Verkehrs- und Wirtschaftswissenschaftler aus ganz Europa im November der Behauptung widersprochen, es gebe keine wissenschaftlich akzeptierte Methode zur Einbeziehung externer Kosten des Schwerlastverkehrs.

Mit dieser Behauptung wurde nach Meinung der Wissenschaftler bisher stets verhindert, dass in der Fortschreibung der so genannten Wegekostenrichtlinie für LKW die Umweltkosten berücksichtigt werden dürfen. Da außerdem eine allgemeine Wegekostenrichtlinie für alle Verkehrsträger immer näher rückt, gewinnt dieser Streit nach Ansicht von Verkehrsexperten an Bedeutung. (mbu)

### • Weitere Informationen

European Federation for Transport and Environment (T&E), Jos Dings, 1 Rue de las Pépinière, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08  
eMail: jos.dings@t-e.eu  
www.t-e.eu

### Der Offene Brief im Wortlaut

»Sehr geehrte Damen und Herren, mit großem Interesse verfolgen wir das Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung der Richtlinie 1999/62/EG („Eurovigneten-Richtlinie“). Nach unseren Informationen argumentieren einige Mitglieder des Europa-Parlamentes wie auch der EU-Verkehrsministerrat, es gebe keine akzeptierte Methode zur Einbeziehung externer Kosten. Das Europa-Parlament und der Ministerrat folgern daraus, dass eine konkrete Internalisierung der externen Kosten keine Rolle im Revisionsprozess der Richtlinie spielen könne.

Als Wissenschaftler/innen und Expert/innen, die diesen Forschungsbereich in Europa vertreten, bitten wir Sie, die folgende Stellungnahme dazu zur Kenntnis zu nehmen:

- Es besteht weitgehende Übereinstimmung in der Wissenschaft, dass externe Kosten internalisiert werden sollten, um die Wirtschaft effizienter zu gestalten.
- In den vergangenen Jahren hat eine umfangreiche Forschung zu der Berechnung externer Kosten stattgefunden, als deren Ergebnis nun ein breiter Konsens über geeignete Zugänge zur Berechnung besteht. Es ist nicht wahr, dass eine einheitliche Anrechnungsmethode für externe Kosten nicht möglich sei. Aus wissenschaftlicher Sicht kann eine verlässliche und einheitliche Methode zur Anlastung externer Kosten kurzfristig abgestimmt werden, und wir erachten dies für dringend notwendig.
- Es besteht ein breiter wissenschaftlicher Grundkonsens zwischen den Wissenschaftler/innen in Europa über die Untergrenze der externalisierten Kosten: Die vorsichtigsten und konservativsten Studien setzen die Summe der externen Kosten für Luftverschmutzung, Lärm und Unfallkosten bei ungefähr 60 Prozent der Infrastrukturkosten an. Diskussionsbedarf besteht nur bezüglich der Obergrenzen.
- Es besteht nach wie vor weiterer Forschungs- und Diskussionsbedarf, und vermutlich werden Vereinbarungen zur Berechnung externer Kosten nicht völlig unwidersprochen bleiben. Dies ist aber auch bei den üblichen unternehmerischen Kostenberechnungsmethoden nicht der Fall. In keinem Fall sollte dies einen weiteren Aufschub von konkreten Maßnahmen zur Folge haben. Es ist besser, externe Kosten auf der Basis ei-

nes vorläufigen Modells zu internalisieren, als sie auszulassen. Jede weitere Verzögerung hat negative Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft zur Folge. Ohnehin kennzeichnen kontinuierliche Diskussionen und Anpassungen nach dem jeweils neuesten Stand der Kenntnisse jede ernsthafte Forschung.

#### **Sofortige Einführung des Verursacherprinzips empfohlen**

In Anbetracht dieser Ergebnisse empfehlen wir die unverzügliche Umsetzung des Verursacherprinzips im Rahmen der Richtlinie. Dies kann als eine phasenweise Einführung geschehen, zum Beispiel mit einer jährlichen Anhebung der Abgaben um jeweils 5 bis 8 Prozent für die nächsten 5 bis 10 Jahre, zur pauschalen Abdeckung der externen Kosten. Dieser Zeitraum sollte für begleitende Forschungen sowie für die Festlegung einer gemeinsamen Methodik zur Anrechnung der externalisierten Kosten genutzt werden.

Um die Akzeptanz der ergriffenen Maßnahmen zu erhöhen, empfehlen wir außerdem eine überzeugende Kommunikationsstrategie, die alle Interessensgruppen einbezieht. Sie sollte schwerpunktmäßig über die Vorteile und win-win-Effekte der Maßnahmen aufklären: zum Beispiel Effizienzgewinne des Systems, Vermeidung von Umweltschäden und -kosten etc. Die Wissenschaft hat ihren Beitrag zu diesem überfälligen Prozess geleistet. Gebrauch wird nun vor allem ein ernsthafter politischer Wille zu einem Einstieg in das Verursacherprinzip.

Externalisierte Kosten des Straßengüterverkehrs können und sollten innerhalb kürzester Zeit internalisiert werden. Aus wissenschaftlicher Sicht ist es möglich und lange überfällig, über eine Methodik zur schrittweisen Einführung externalisierter Kosten zu entscheiden und im Rahmen der Richtlinie 1999/62/EG einen Einstieg in die Kosteninternalisierung zu schaffen. Zu der Abstimmung der Berechnungsgrundlagen werden wir gegebenenfalls gerne beitragen. Mit vorzüglicher Hochachtung« (28 Unterzeichner)

Liste der Unterzeichner:  
www.lsva-europe.org

## **EU-Verkehrsausschuss für Ausweitung der Lkw-Maut**

### **Umwelt- und Gesundheitskosten sollen in Mautgebühr eingerechnet werden**

Die EU-Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit bekommen, sich Umweltkosten, die der Schwerlastverkehr verursacht, über die Mautgebühren zurückzuholen. Dafür hat sich der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments im November ausgesprochen. Das Votum steht im Widerspruch zu einer Einigung der Verkehrsminister, wonach Mautgebühren lediglich die Infrastrukturkosten wieder einbringen sollen.

Der Verkehrsausschuss forderte außerdem, die Maut auf kleine Laster mit 3,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht auszuweiten. Die meisten Länder hingegen wollen an der bisherigen Regelung festhalten, die erst ab 12 Tonnen gilt. In Deutschland beispielsweise würde eine 3,5-Tonnen-Maut zu erheblichem Ausweichverkehr sowie zu Lärm- und Abgaslasten führen, hatte der scheidende Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe seine ablehnende Haltung begründet. Der internationale Straßenverkehrsverband IRU befürchtet eine Schwächung des Wettbewerbs in der EU, während der Umweltverband T&E an den Ausschuss appellierte, bei den Verhandlungen mit dem Verkehrsministerrat über die externen Kosten nicht nachzugeben.

Eine weitere Änderung der Wegekostenrichtlinie sieht vor, dass die Maut auch jenseits von Autobahnen auf so genannten Mautausweichstrecken erhoben werden darf. Der Ausschuss forderte die EU-Kommission außerdem auf, binnen zwei Jahren eine wissenschaftliche Methode zur Berechnung der externen Kosten vorzulegen, die von gewerblichen Verkehrsmitteln verursacht werden. (mbu) ■

#### • **Weitere Informationen**

European Federation for Transport and Environment (T&E), Jos Dings, 1 Rue de la Pépinière, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08  
eMail: jos.dings@t-e.eu  
www.t-e.eu

## **Newsticker**

### **Flugzeugbauer wollen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Maschine bis 2060 stark senken**

Der Kohlendioxidausstoß von Flugzeugen könnte in den nächsten 50 Jahren auf ein Drittel der Menge des Jahres 2000 gekürzt werden. Zu diesem Schluss kamen Luftfahrtexperten, die sich auf die jüngste Studie von „Greener by Design“ beriefen. Durch leichtgewichtiges Material und ein neuartiges Maschinen- und Flugzeugdesign sei auch eine Reduzierung der Stickstoffoxide möglich. So könnte der Umweltschädigende Einfluss von Flugzeugen trotz des wachsenden Luftverkehrs vermindert werden, hieß es. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 2.11.2005

### **EuGH: Lkw-Verbot in Österreich ist unverhältnismäßig**

Ein geplantes Verbot für Schwerlasten auf einer Hauptverkehrsstrecke über die Alpen verstößt offenbar gegen EU-Gesetze zum freien Güterverkehr. Das Verbot, das das österreichische Bundesland Tirol vorgelegt hat, um die Luftverschmutzung zu mindern, sei ein „unverhältnismäßiges Hindernis“ für den Handel zwischen Italien und Nordeuropa, befand das EuGH. Tirol hätte sich für weniger restriktive Umweltmaßnahmen entscheiden sollen, so die Luxemburger Richter. Voraussichtlich soll es im Juli 2006 ein Urteil dazu geben. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 15.11.2005

■

## Thematische Strategie zur Meeresumwelt veröffentlicht

### Entwurf erntet Kritik - eklatante Mängel aus ökologischer Sicht

Keine guten Nachrichten für Kabeljau, Dornhai, Tangwälder und Muschelbänke: Am 24. Oktober hat die Europäische Kommission ihre lang erwartete thematische Strategie zum Schutz der Meeresumwelt<sup>1</sup> vorgelegt. Diese besteht aus einer Mitteilung, einem Richtlinienvorschlag und einem so genannten Impact Assessment. Letzteres wird allerdings nur eine ökonomische Folgenabschätzung sein, nicht etwa eine ökologische. Die EU-Kommission sagt dazu: „Die derzeitige Verschlechterung der Meeresumwelt und die damit einhergehende Erosion ihres ökologischen Kapitals gefährdet die Entwicklung von Wohlstand und Beschäftigungsmöglichkeiten, die ihre Grundlagen in den Ozeanen und Meeren Europas haben, beispielsweise Fischerei und Fremdenverkehr.“ Vorsorge- und Verursacherprinzip werden im Text nicht erwähnt, bereits bestehende Verpflichtungen im Rahmen der regionalen Meeresschutzabkommen größtenteils außer Acht gelassen. Die Fischerei ist aus der Regelung ausgenommen, da diese in einem Grünbuch zur Meerespolitik geregelt werden soll. Im Grünbuch, das zurzeit erarbeitet wird, soll die vorgelegte Meeresumweltschutzstrategie die „Umweltsäule“ darstellen.

### Zeitplan, gerechnet nach Inkrafttreten:

- Bis 4 Jahre: Mitgliedstaaten sollen festlegen, was ein „guter Umweltzustand“ ist und diesen bewerten
  - Bis 5 Jahre: Festlegung von Umweltzielen und Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten (bis spätestens 2016; Kommission hat bis 2018 Zeit zur Genehmigung).
  - Bis 6 Jahre: Erarbeitung eines Überwachungsprogramms
- Bis 2021 sollen alle Meere einen „guten Umweltzustand“ erreicht haben.

### „Umweltzustand“ regional definiert

Bis 2021 sollen laut Richtlinienvorschlag alle EU-Meere einen guten ökologischen Status erreichen. Die Definition dieses

„guten Umweltzustands“ soll allerdings den Mitgliedstaaten bzw. den Regionen überlassen bleiben. In Meeresgebietsregionen sollen von den jeweiligen Anrainern gemeinsam detaillierte Pläne für einen guten Umweltzustand erarbeitet werden. Darin sollen eine Bewertung des Umweltzustands, Umweltziele und Überwachungsprogramme enthalten sein. Diese müssen von der EU-Kommission genehmigt werden - aber ohne dass konkrete und verbindliche Kriterien festgelegt worden wären. Im Zweifelsfall sind also unterschiedliche Umweltzustandsbeschreibungen in der Ost- und Nordsee sowie im Atlantik und wieder andere im Mittelmeer möglich.

Dass es regional unterschiedliche Gegebenheiten gibt, ist unbestritten. Aus Umweltschutzsicht sollte dann aber das ökologisch sensibelste Gebiet als Richtschnur gelten und EU-weit einheitliche Vorschriften etabliert werden.

### Rechtliche Unsicherheiten

Darüber hinaus sind an der Verschmutzung der Meere auch Staaten beteiligt, die selbst keinen Zugang zum Meer haben. Wie die an den Maßnahmen beteiligt werden sollen, bleibt letztlich unklar. Hinzu kommen einzubeziehende Drittstaaten, die nicht zur EU gehören, wohl aber in der gleichen Meeresregion liegen. Inwieweit mühsam errungene Kompromisse innerhalb meeresbezogener Konventionen wie HELCOM, OSPAR oder BarCon dann umgesetzt werden (die Kommission muss alles genehmigen), ist ebenfalls nicht geregelt. Bestehende regionale Übereinkommen sollen aber als „wertvolle Partner“ gelten.

### Umweltverbände: Strategie ist hoffnungslos unzureichend

Eine breites Bündnis von Umweltorganisationen<sup>2</sup> hat die Strategie als „hoffnungslos unzureichend“ bezeichnet, weil keine verbindliche Verpflichtung zum Schutz der europäischen Meere darin enthalten ist. Dabei sind bindende und umsetzbare gemeinsame Ziele und Umweltstandards die einzige Möglichkeit, die Meeresumwelt wirkungsvoll zu schützen bzw. eine gesunde Meeresumwelt wiederherzustellen. Ohne eine Verschärfung der Regeln kön-

nen weder der Verlust von Lebensräumen oder die immer mehr überhand nehmende chronische Überfischung in den EU-Gewässern - 38 von 43 Fischbeständen sind überfischt - noch die Gefährdung durch Ölförderung und Schadstoffe aus landseitigen Quellen ausreichend bekämpft werden.

### Wasserrahmenrichtlinie: Überlappung ungeregt

Des Weiteren fehlen in der Kommissionsvorlage bereits existierende Verpflichtungen aus EU-Naturschutzgesetzen und der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), wie etwa das Erreichen eines guten ökologischen Zustands für alle Küstengewässer bis 2010. An den 70.000 km Küste der EU überlappen sich räumlich und rechtlich WWRL und Meeresstrategie - bisher ungeregt. Während in der WRRL ein so genannter Interkalibrierungsprozess vorgeschrieben ist - also EU-weit vergleichbare Maßstäbe der Anforderungen an einen guten ökologischen Zustand - und ein Referenzzustand angegeben ist („sehr guter ökologischer Zustand“ heißt „nahezu unbeeinflusst vom Menschen“), fehlt so etwas in der Meeresstrategie.

### Weitere Schritte

Die vorgeschlagene Richtlinie muss nun noch vom Rat und vom Europäischen Parlament diskutiert und verabschiedet werden. Von der Tagesordnung für den Umwelttrat am 2. Dezember ist der Vorschlag überraschend heruntergenommen worden. Es ist unwahrscheinlich, dass unter österreichischer Präsidentschaft (1. Halbjahr 2006) ausführlich darüber verhandelt wird; deshalb werden eher die Nachfolger in der Ratspräsidentschaft (Finnland oder Deutschland) hier tätig werden. Nach Annahme der Richtlinie sollen die Regionen eigene Meeresstrategien entwickeln. ■

Autorin: Juliane Grüning, DNR Berlin

### • Weitere Informationen

WWF Europabüro, Carol Phua, Brüssel  
Tel. 0032 473 / 323779  
eMail: cphua@wwfepo.org

Richtlinie zur Meeresstrategie:  
[www.europa.eu.int/comm/environment/water/marine/dir\\_505\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/environment/water/marine/dir_505_de.pdf)

[www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Reference: IP/05/1335, MEMO/05/393)

<sup>1</sup> Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (Meeresstrategie-Richtlinie): KOM(2005)504

<sup>2</sup> BirdLife International, Greenpeace, Internationaler Tierschutz-Fonds (IFAW), Oceana, Seas At Risk, WWF, Fisheries Secretariat und Europäisches Umweltbüro (EEB)

## Ostsee als Vorzeigeprojekt für saubere Meere?

### Ehrgeizige Plänen auf dem informellen Treffen nordischer Umweltminister

Auf einem informellen Treffen der nordischen Umweltminister/innen Ende November ist die Ostsee als „Pilotprojekt“ zur Umsetzung der thematischen Strategie zur Meeresumwelt herausgestellt worden. Nach Angaben des Umweltinformationsdienstes Environment Daily hat die schwedische Umweltministerin Lena Sommestad die Strategie als potenziell „effektives und machtvoll Instrument“ bezeichnet, durch das die Ostsee „ein Testgebiet für ehrgeizige Maßnahmen“ werden könnte, „um dem Rest der EU mit einer energischen Umweltpolitik einen zukunftsfähigen Weg“ zu weisen. Frühzeitig erstellte gemeinsame und nationale Strategien könnten die Lücke zwischen den Drittstaaten außerhalb der EU schließen helfen, so Sommestad weiter.

Hauptprobleme in der Ostsee - so die Meinung der Teilnehmer/innen des Treffens - sind Überdüngung, gefährliche Substanzen, die negativen Umweltbelastungen durch den Schiffsverkehr sowie die Überfischung. Die ungewöhnlichen ökosystemaren Bedingungen wie geringe Tiefe, der Ostsee-typische Salzgehalt und der langsame Wasseraustausch verschärfen diese Probleme noch. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: [www.helcom.fi](http://www.helcom.fi), Environment Daily, 25.11.05

## Ostsee wird „Besonders empfindliches Meeresgebiet“

### Neue Verkehrsregeln für den Schiffsverkehr durch IMO-Beschluss

Die Weltseefahrtsbehörde (International Maritime Organization, IMO) hat auf ihrer 24. Generalversammlung die Ausweisung von vier neuen so genannten „Besonders empfindlichen Meeresgebieten“ (Particularly Sensitive Sea Areas, PSSA) beschlossen. Die IMO tagte vom 21. November bis zum 2. Dezember in London. Zu den neuen PSSA-Gebieten gehört neben dem Galapagos-Archipel, den Kanarischen Inseln und der Torresstraße vor Australien nun auch die Ostsee. Für die Anerkennung des Ökosystems Ostsee haben Umweltschutzorganisationen wie der WWF lange gekämpft.

Ab Juli 2006 sollen für die westliche Ostsee neue Verkehrsregeln gelten, die die Sicherheit durch die Trennung der Verkehrsströme in den Gebieten „Bornholm-gatt“ und „North of Rügen“ erhöhen sollen. Der Transitverkehr soll zudem so geführt werden, dass er „in einem ausreichend großen Abstand zu den Flachwassergebieten, insbesondere vor der deutschen Küste um den Darß herum geleitet wird“ (Bundesverkehrsministerium). Nördlich von Rügen, wo sich die Verkehrsströme aus der Kadetrinne und dem Öresund treffen, sollen zwei Fahrbahnen wie auf einer Autobahn eingerichtet werden, berichtete der WWF. In zwei Vogelschutzgebieten südlich von Gotland ist zukünftig keine Großschifffahrt mehr erlaubt. Weitere Tabuzonen sollen folgen. Zudem empfiehlt die IMO eine Tiefwasserroute für den Großschiffs- und Tankerverkehr zu den russischen Häfen, teilte der WWF mit.

Die Ostsee ist zwar eines der kleinsten Meere der Welt, dafür ist aber das Verkehrsaufkommen gewaltig. Viele Naturschutzgebiete wären direkt von einem Öltankerunfall betroffen, weshalb hohe Sicherheitsstandards dringend nötig sind. Die Ausweisung als PSSA ist aus Umweltschutzsicht deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. (jg) ■

### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Jochen Lamp, Leiter Projektbüro Ostsee, Stralsund  
Tel. 0162 / 2914427  
Quelle: [www.bmvbw.de](http://www.bmvbw.de), Pressemitteilung Nr. 473/2005

## Grünbuch Meerespolitik in Vorbereitung

### Nachhaltiger Ansatz in Sicht?

Die EU-Kommission arbeitet zur Zeit an einem Grünbuch über Meerespolitik (EUR 04.05, S. 28). Mit dem Grünbuch soll der Startschuss für eine neue Meerespolitik in Europa gelegt werden, die maritime Ökonomie, soziale Dimensionen meeresbasierter Aktivitäten und Umweltschutz unter einen Hut bringen soll. Dies ist auch in den strategischen Zielen der EU-Kommission für 2005-2009<sup>1</sup> so festgelegt. Eine „Task Force“ aus den zuständigen Kommissionsmitgliedern (Unternehmen/Industrie, Verkehr, Umwelt, Regionalpolitik, Forschung und Energie) unter dem Vorsitz von Fischereikommissar Joe Borg will das Grünbuch in der ersten Jahreshälfte 2006 veröffentlichen. Dieses soll - wie bei Grünbüchern üblich - die Basis sein für eine breite öffentliche Debatte und die Konsultation interessierter Gruppen.

### Stellungnahme des WWF warnt vor Übernutzung der Meere

Der WWF hat im November eine Stellungnahme hierzu veröffentlicht, in dem unter der Überschrift „Chancen und Herausforderungen für die neue Meerespolitik“ umweltrelevante Themen angesprochen werden. Darin wird betont, dass ein integrierendes Politikwerk vonnöten ist - auch um sowohl Einzel- als auch kumulative Effekte kommerzieller Aktivitäten auf die Meeresumwelt zu regulieren. Ein Ökosystem-basierter Ansatz müsse auch die vom Land stammenden Einflüsse auf das Meer wie Luftschadstoffeintrag, Klimawandel und Abwässer einbeziehen. Eine ökonomisch nachhaltige Entwicklung könne nur in den Grenzen ökologischer Belastbarkeit und unter Einhaltung der Biodiversitätskonvention (CBD) stattfinden. (jg) ■

### • Weitere Informationen

WWF Europa-Büro, Carol Phua, Meerespolitik, 36 avenue de Tervuren, Box 12, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 7400928  
eMail: [cphua@wwfepo.org](mailto:cphua@wwfepo.org)

<sup>1</sup> Strategische Ziele 2005-2009/Europa 2010: Eine Partnerschaft für die Erneuerung Europas/ Wohlstand, Solidarität und Sicherheit [KOM(2005)12endg.] [www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005\\_0012de01.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/LexUriServ/site/de/com/2005/com2005_0012de01.pdf)

## 10. Wattenmeerforum - Stagnation beim Walschutz

### Fortschritte bei Schiffssicherheit und grenzübergreifender Bildung

Anfang November hat sich das Wattenmeerforum zur zehnten Konferenz auf der niederländischen Insel Schiermonnikoog getroffen und „über die Zukunft eines der bedeutendsten Feuchtgebiete der Welt“ (WWF) beraten. Im Wattenmeer-Forum sind von der Hafenvirtschaft über Kommunen bis zu Umweltverbänden alle wichtigen Interessengruppen der Wattenmeer-Region vertreten. Die Umweltminister Dänemarks, Deutschlands und der Niederlande haben sich darauf geeinigt, mehr Sicherheit vor Schiffsunfällen durchzusetzen. Zu den hierzu verabredeten Maßnahmen gehören die Verfügbarkeit von Notschleppern, die tägliche Zusammenarbeit der Küstenwachbehörden, eine besser abgestimmte Raumplanung zwischen den Ländern sowie Vorkehrungen für Notliegeplätze. Darüber hinaus soll Vorsorge dafür getroffen werden, dass zusätzliche Kollisionsrisiken durch Offshore-Bauten vermieden werden. Außerdem soll in der Region durch die Einrichtung einer Internationalen Wattenmeerschule die grenzüberschreitende Bildungsarbeit gefördert werden. Für einen großen Teil des Wattenmeeres soll die Anerkennung als UNESCO-Weltnaturerbe beantragt werden - allerdings noch ohne Beteiligung von Dänemark und dem Kreis Nordfriesland.

### Stellnetze weiterhin erlaubt

Kritik äußerte der WWF daran, dass keine Beschlüsse zum Schutz des heimischen Schweinswales gefasst wurden. „Dänemark hat ein Verbot der gefährlichen Stellnetze im Walschutzgebiet vor Sylt blockiert. Dadurch ist auch eine EU-Zustimmung zum Stellnetzverbot in weite Ferne gerückt“, bemängelte WWF-Wattenmeerexperte Hans-Ulrich Rösner. Der WWF kritisierte im Vorfeld der Konferenz, dass es bislang kein gemeinsames Hafenkonzzept für den Bereich von Rotterdam bis Hamburg gibt. Dadurch würden unnötig viele Flussmündungen ins Watt vertieft und zu viel wertvolle Natur für überschüssige Hafennflächen geopfert. (jg) ■

### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Hans-Ulrich Rösner, Leiter Projektbüro Wattenmeer, Husum  
Tel. 04841/ 668530  
eMail: husum@wwf.de

## Großstaudämme gefährden Umwelt und Menschenrechte

### Welt-Staudamm-Kommission: Kritische Bilanz nach fünf Jahren

Vor fünf Jahren hat die Welt-Kommission für Staudämme (WCD) globale Richtlinien veröffentlicht, die die enormen sozialen und ökologischen Schäden von Mega-Staudämmen verringern sollen. Mitte November wurde auf einer vom International Rivers Network (IRN) organisierten Konferenz in Berlin Bilanz gezogen: Es habe sich nicht viel geändert, seit die WCD ihren Bericht veröffentlicht hat. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen forderten die Umsetzung der Empfehlungen des Weltstaudammbereichs in die Praxis und hohe Standards für den Bau neuer Dämme. An der Veranstaltung nahmen rund 60 Fachleute aus Industrie, Regierungen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft teil.

### Die fünf WCD-Prinzipien beim Bau eines Großstaudammes

- Gerechtigkeit
- Effizienz
- partizipative Entscheidungsfindung
- Nachhaltigkeit
- Rechenschaftspflicht

### Empfehlungen der WCD

- Rechte und Bedürfnisse der direkt Betroffenen, der Umgesiedelten und der Menschen am Unterlauf eines gestauten Flusses stärker berücksichtigen;
- Information der Betroffenen über alle Aspekte des Projekts, Beteiligung an ergebnisoffenen Konsultationsprozessen;
- Vor Baubeginn müssen Staudambauer Akzeptanz der Öffentlichkeit nachweisen;
- Regierungen müssen nachweisen können, dass sie andere, weniger risikoreiche Projekte zur Stromerzeugung oder Bewässerung geprüft haben und ein Staudamm die beste Option ist;
- Regierungen und Geberländer sollen erst ungelöste soziale und ökologische Probleme von existierenden Dämmen beheben, bevor sie neue bauen.

Quelle: [www.dams.org//docs/overview/wcd\\_uberblick.pdf](http://www.dams.org//docs/overview/wcd_uberblick.pdf)

Weltweit wurden durch Dammbauten bis heute 60 Prozent der Flüsse reguliert und bis zu 80 Millionen Menschen umgesiedelt. Alternativen für die Staudämme würden nur unzureichend untersucht, hieß es

auf der Konferenz. Oft werde der eigentliche Bedarf für Strom und Trinkwasser nicht richtig eingeschätzt. Derzeit würden rund um den Erdball etwa 400 neue Staudämme mit einer Höhe über 60 Meter gebaut.

### WWF: Deutschland finanziert ökologische und soziale Sünden

Eine WWF-Studie listet sechs Dammbauprojekte aus den letzten fünf Jahren in Spanien, der Türkei, Australien, Island, Laos und Belize auf, die die WCD-Anforderungen nicht erfüllen und teilweise auch von der deutschen Bundesregierung finanziert werden. Als Beispiel für die ökologischen Sünden nannte der WWF den 650 Millionen Dollar teuren Ermenek-Damm in der Türkei. Gemeinsam mit anderen Wasserkraft-Projekten bedrohe er die Wasserversorgung und damit die Artenvielfalt im Delta des Göksu-Flusses. Die Bundesregierung unterstütze das Projekt durch eine Hermes-Bürgschaft.

Die EU finanziert über ihre Kohäsionsfonds den Melonares-Damm am Fluss Guadalquivir, der die südspanische Stadt Sevilla mit Trinkwasser versorgen soll. Laut WWF wären hier umweltverträgliche und kostengünstige Alternativen möglich gewesen. Statt wie versprochen billigere Energie und verbesserte Bewässerungssysteme zu liefern, verschärften die Megaprojekte in vielen Fällen wirtschaftliche Probleme durch höhere Strompreise und die Umsiedlung zahlreicher Menschen.

Das IRN und die Organisation „Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung“ (WEED) kritisieren die Weltbank und die deutsche Bundesregierung: Beide hätten die Richtlinien formal anerkannt, hielten sich in der Praxis aber nicht dran. Der umstrittene Bau des Ilisu-Staudamms in Südostanatolien sei ein „wichtiger Testfall“ für die Bundesregierung. Das Vorhaben werde negative Auswirkungen auf rund 78.000 Menschen hauptsächlich kurdischer Herkunft haben, die antike Stadt Hasankeyf unter Wasser setzen und den Wasserhaushalt in den Nachbarländern beeinflussen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

International Rivers Network, Ann Kathrin Schneider, Projektreferentin, Berlin  
Tel. 030 / 214 0088  
eMail: akschneider@irn.org  
[www.irn.org](http://www.irn.org)

## Newsticker

### Mahnschreiben wegen Missachtung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

Die Europäische Kommission hat im Oktober letzte Mahnschreiben an Italien, Spanien und Griechenland gesandt, weil diese grundlegende Bestimmungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) missachtet haben. Bis spätestens 22. Juni 2004 hätten die Mitgliedstaaten Flussgebietseinheiten ausweisen und die Behörden, die mit deren Bewirtschaftung befasst sind, melden müssen. Diese Einheiten bilden die Grundlage für die unter der WRRL vorgesehenen Analysen und Berichte über den Zustand der Gewässer. Italien und Griechenland haben zudem keine Umweltstudien über den derzeitigen Zustand ihrer Wasserressourcen übermittelt. Kommen die Staaten ihren Verpflichtungen nicht nach, kann die EU-Kommission rechtliche Schritte vor dem Europäischen Gerichtshof einleiten. (jg)

Quelle: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Referenz IP/05/1302)

### Spanische Wasserqualität schlechter als Rahmenrichtlinie erlaubt

Greenpeace Spanien hat einen Bericht veröffentlicht, der die Qualität der spanischen Wasserquellen beschreibt. Das 140 Seiten starke Papier benennt ernste Wasserprobleme und listet Gründe für die Verspätung bei der Umsetzung der Kriterien der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) auf. Nur 11 % des spanischen Grundwassers und 16 % der unterirdischen Wasserressourcen entsprechen den WRRL-Anforderungen. Industrielle und städtische Verschmutzung, Landwirtschaft, Überdüngung sowie die Übernutzung der Ressourcen durch Tourismus seien der Grund dafür. Spanien habe immer noch kein vernünftiges nationales Konzept zur Umsetzung der WRRL. (jg)

Quelle: Environment Daily, 28/10/05

### WWF-Wettbewerb für „intelligente“ Fischernetze

► Seit Ende November läuft der internationale WWF-Wettbewerb für „schlaue Netze“. Für Erfinder/innen von innovativem Fischereigerät, das die Umwelt schont und vor allem die Zahl der ungewollten Beifänge deutlich reduziert, stehen Preisgelder von insgesamt 30.000 Euro bereit. Die Neuentwicklungen müssen bis zum 15. März 2006 als einsatzfähiger Prototyp vorliegen. (bv)

[www.smartgear.org](http://www.smartgear.org)

### Wiederauffüllungspläne für Kaisergranat und südlichen Seehecht

Der EU-Fischereiministerrat hat auf seiner Sitzung am 24./25. Oktober die Fangfähigkeit für Norwegischen Hummer (Kaisergranat) nur saisonal beschränkt, aber nicht gänzlich verboten. Es bleibt bei zwei Sperrgebieten für die Fischerei, deren Größe zudem schrumpft. In dem Gebiet an der Nordwestküste Spaniens ist die Grundnetzfisherei von Nephrops norvegicus, der in 40 bis 250 Meter Tiefe lebt, von Juni bis August verboten. Im anderen, südwestlich Portugals gelegenen Gebiet hat der Kaisergranat schon ab Mai Schonzeit. Der Fischereirat konnte sich nicht zu einem „ständigen Verbot des Fischfangs mit Grundschnepnetzen im Kontakt mit dem Meeresboden und mit Reusen“ durchringen. Die Bestände von südlichem Seehecht müssen in zwei aufeinander folgenden Jahren „eine Biomasse der Laicherbestände von 35.000 Tonnen“ erreichen oder dieser Wert muss zumindest innerhalb von zehn Jahren erreicht werden. (jg)

Quelle: [http://ue.eu.int/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/agricult/86911.pdf](http://ue.eu.int/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/agricult/86911.pdf)

### Greenpeace startet einjährige Meeresschutzexpedition

Im November hat Greenpeace eine Schiffsexpedition zum Schutz der Weltmeere gestartet. Ein Jahr lang soll die „Esperanza“ (span. „Hoffnung“) vor den zahlreichen Umweltgefahren für die Ozeane warnen. Die Reise führt zunächst vom südafrikanischen Kapstadt ins Südpolarmeer. Die Aktion soll darauf aufmerksam machen, dass alle Weltmeere mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Viele Fischereimethoden seien zerstörerisch und die illegale Fischerei nehme zu. Die Probleme verlagerten sich dabei in Drittländer, nachdem die traditionellen Fanggebiete im Norden leer gefischt worden sind. Zudem würden die Meere schleichend zur Mülldeponie und auch der Klimawandel hinterlasse Spuren. Greenpeace fordert den sofortigen Stopp des Walfangs und ein globales Netzwerk von Schutzgebieten, das mindestens 40 Prozent der Ozeane abdeckt. (jg)

Quelle: Greenpeace Schweiz, 18.11.05

### Schiffskontrolle in Häfen soll verbessert werden

EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot hat Ende November das dritte Paket legislativer Maßnahmen zur Seeverkehrssicherheit vorgelegt. Darin geht es um die

verstärkte Vorbeugung von Unfällen und Umweltverschmutzung. So sollen strengere Kontrollen der Einhaltung internationaler Vorschriften eingeführt werden - u. a. strengere Bedingungen für das Recht, unter der Flagge eines EU-Staates fahren zu können. Künftig soll es auch eine europäische Flagge geben. Die Hafenstaaten sollen darüber hinaus künftig alle einlaufenden Schiffe kontrollieren, nicht nur wie bisher ein Viertel. Ebenfalls geplant sind Notliegeplätze für Schiffe in Seenot, die verpflichtende Einführung von Schiffs-Identifikationssystemen und ein einheitlicher Rahmen zur Untersuchung von Unfällen sowie die Verbesserung der Bestimmungen zu Haftung und Entschädigung nach Unfällen. (jg)

Quelle: [www.europa.eu.int/rapid](http://www.europa.eu.int/rapid) (Referenz IP/05/1457)

Paket zur Seeverkehrssicherheit: [www.europa.eu.int/comm/transport/maritime/safety/2005\\_package\\_3\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/comm/transport/maritime/safety/2005_package_3_en.htm)

### Tschechien will Elbe-Staustufen bauen

Tschechische und deutsche Umweltschützer haben den von Tschechien beschlossenen Ausbau der Elbe mit Staustufen scharf kritisiert. Der BUND nannte ihn „volkswirtschaftlich und ökologisch unverantwortlich“. Da der Bau einer Staustufe meist weitere bauliche Maßnahmen nach sich ziehe, sei der „Verlust der letzten großartigen Flusslandschaft Mitteleuropas“ zu befürchten. Bereits der Bau einer einzigen Staustufe in Tschechien stoppe den natürlichen Sandstrom und verschlimmere damit die Eintiefung der Elbe auf deutscher Seite. Außerdem verschlechtere sich die Wasserqualität, wenn der Fluss nicht mehr frei fließen könne. Der BUND vermutet, dass es den Wasserstraßenlobbyisten lediglich um EU-Fördermillionen geht. Nach geltendem EU-Recht (FFH-Richtlinie) ist eine Verschlechterung der Gewässer nicht zulässig, es sei denn, es wird ein überragendes öffentliches Interesse nachgewiesen. Dies sei allerdings nicht zu erkennen, so der BUND. Die Güterschifffahrt konnte in den letzten Jahrzehnten trotz teuren Ausbaus von Wasserstraßen keinen Verkehrszuwachs erzielen. (jg)

BUND-Elbeprojekt, Ernst P. Dörfler, Dessau, Tel. 0171 / 1832194, [epd@gmx.de](mailto:epd@gmx.de)



### Wegweiser Meere und Küsten

Auf dieser Seite finden sich nützliche und hilfreiche Informationen und Adressen zum Thema Meere und Küsten.

#### **EurOcean: Europäisches Informationszentrum**

EurOcean ist ein Informationszentrum, das allen Interessierten Informationen über Meereswissenschaften und Technologien auf EU-Ebene zur Verfügung stellt. Das Internetportal umfasst die Themenschwerpunkte marine Forschungsinfrastruktur sowie nationale und europäische Forschungs- und Entwicklungsprogramme. Hauptfunktion der französisch-portugiesischen Initiative ist es, Informationen über Forschungsaktivitäten und technologische Entwicklung zugänglich zu machen und damit auch die Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen, technologischen und anderen Institutionen sowie der Industrie zu fördern.

EurOcean, Avenida Dom Carlos I, 126, 2 andar, PT-1249-074 Lissabon  
Tel. 00351 21 / 39244-65, Fax -98  
eMail: eurocean@fct.mces.pt  
www.eurocean.org

#### **Eurosite: Netzwerk für Naturschutz-Management**

Mit mehr als 80 Organisationen aus 21 Ländern stellt Eurosite das größte Netzwerk Europas im Naturschutz-Management dar. Ziel ist es, das Management von Naturschutzflächen auf europäischer Ebene zu verbessern und zu unterstützen sowie einen Austausch von Fachwissen zu gewährleisten.

Eurosite, PB 90154, NL-5000 LG Tilburg  
Tel. 0031 13 / 594497-0, Fax -5  
eMail: info@eurosite.org  
www.eurosite.org

#### **Das Global Forum on Oceans, Coasts and Islands: Expertenforum**

Das Global Forum on Oceans, Coasts and Islands, ein Zusammenschluss führender Meeresexpert/innen aus internationalen, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung der Ozeane, Küsten und Inseln ein. Folgende Ziele werden dabei verfolgt: Zusammenarbeit mit Regierungen, internationalen und Nichtregierungsorganisationen und anderen für eine wirksame Umsetzung internationaler Beschlüsse z. B. des Weltgipfels für Nachhaltige Ent-

wicklung oder der Agenda 21 stärken; Wissen, Ressourcen und Hilfestellungen zum praktischen Handeln vermitteln, um die weltweite Meeres-Agenda voranzubringen; das Profil von Ozeanen, Küsten und Inseln in allen relevanten globalen, regionalen und subregionalen Foren internationalisieren und Mittel für eine Problembehandlung einsetzen; die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren und die Verfügbarkeit und die Weitergabe von Informationen fördern.

Global Forum, Sekretariat, Gerard J. Mangone Center for Marine Policy, 301 Robinson Hall, University of Delaware, Newark, USA-19716 Delaware  
Tel. 001 302 / 831-8086, Fax -3668  
eMail: johnston@udel.edu  
www.globaloceans.org

#### **Umwelt und Entwicklung in Küstenregionen und auf kleinen Inseln**

CSI (Caribbean Support Initiative) ist eine weltweite Plattform für eine umweltverträgliche, sozial gerechte, kulturell respektvolle und wirtschaftlich umsetzbare Entwicklung in Küstenregionen und auf kleinen Inseln. Hauptziel ist es, Konflikte über Güter und Ressourcen an der Küste zu steuern und zu entschärfen. Der Austausch über die Anwendung einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung ist über die Plattform ebenso möglich wie der Einsatz indigenen Wissens für eine gerechte Ressourcenverteilung.

www.unesco.org/csi

#### **Küstennewsletter**

Der Küsten-Newsletter wird alle zwei Monate von der Küsten Union Deutschland (EUCC-D) herausgebracht und behandelt vor allem Themen des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM). Neben Berichten und Kurzmeldungen finden sich dort auch Termine und Publikationen.

EUCC, Poststr. 6, 18119 Warnemünde  
Tel. 0381 / 51972-07, Fax -11  
eMail: eucc@eucc-d.de  
www.eucc-d.de/plugins/kuestennewsletter

#### **ICAM: Integriertes Küstenzonenmanagement**

Übermäßige Fischerei, Urbanisierung, Erdölförderung und Tourismus haben zu einer großen Umweltbelastung der Meeres-Ökosysteme geführt. Mit Hilfe des ICAM (Integrated Coastal Area Management) versuchen Natur- und Sozialwis-

senschaftler/innen, Küstenmanager/innen und politische Entscheidungsträger langfristige Lösungen zu finden. Ziel von ICAM ist es, IOC<sup>1</sup>-Mitgliedstaaten auf wissenschaftlicher und technologischer Ebene zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass wissenschaftliche Anforderungen in die Entwicklung nationaler und regionaler ICAM-Programme und -Pläne einbezogen werden.

<http://ioc.unesco.org/icam>

#### **North West Coastal Forum**

Das in Großbritannien einzigartige Nord-West-Küstenforum (North West Coastal Forum) setzt sich für ein Integriertes Küstenzonenmanagement ein. Interessenvertreter/innen aus Ehrenamt, Öffentlichkeit und privatem Sektor wollen mit ihrer Arbeit langfristig zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Dadurch konnte nach eigenen Angaben „ein dynamischer Küstenzonenabschnitt“ geschaffen werden, der sich u. a. durch nachhaltigen Tourismus und eine nachhaltige Wirtschaft auf lokaler Ebene auszeichnet.

www.nwcoastalforum.co.uk

#### **EuroSION**

EuroSION ist eine europäische Initiative für ein nachhaltiges Erosionsmanagement an der Küste. Auf der Internetseite sind der Endbericht über die Küstenerosion in Europa, eine GIS-Datenbank (Geographisches Informationssystem) und ein Küstenmanagement-Führer abrufbar. Zusätzlich steht eine große Anzahl von Dokumenten zur Verfügung, die auch unabhängig vom Endbericht eine wertvolle Informationsquelle darstellen.

www.euroSION.org

#### **Mediterranean ICAM Clearing House**

Das als regionale Aktivität unter dem UN-Umweltprogramm gestartete Mediterranean ICAM Clearing House betreibt eine Internetseite, die zum Informationsaustausch über Küstenmanagement im mediterranen Bereich beitragen soll.

www.pap-medclearinghouse.org  
(db) ■

<sup>1</sup> Intergovernmental Oceanographic Commission (Zwischenstaatliche Ozeanographische Kommission), 1960 von der UNESCO gegründet, fördert wissenschaftliche Untersuchungen über die Weltmeere und damit verbundene Serviceleistungen.

## Veröffentlichungen

### BBE-Positionspapier zur Förderung der Biomassepotenziale

Der Bundesverband BioEnergie (BBE) hat zu Beginn der neuen Legislaturperiode in einem Positionspapier zehn Forderungen zum Ausbau der Biokraftstoffe aufgestellt. Hierzu gehört eine Anschlussregelung für eine Mineralölsteuerbegünstigung für Biokraftstoffe im Verkehrsbereich über das Jahr 2009 hinaus - dies fördere die Markteinführung von Biokraftstoffen. Eine vollständige Mineralölsteuerbefreiung fordert der Verband bei der Verwendung von Biokraftstoffen für die Land- und Forstwirtschaft und den ÖPNV. Im Rahmen der internationalen Handelsabkommen (WTO) fordert der BBE die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Biokraftstoffe. Der Verband zieht in Betracht, dass durch nationale Anreize in Drittstaaten Rohstoffpotenziale mobilisiert werden könnten und fordert auf internationaler Ebene Abkommen mit dem Ziel die Rohstoffproduktion und deren Verwendung für die Herstellung von Biokraftstoffen zu regeln. Der BBE verlangt die Entwicklung eines internationalen barrierefreien Biomassehandels nach Kriterien der Agenda 21 und die Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten wie die Schaffung eines Forschungsinstituts für Kraftstoffsystemtechnik zur Prüfung von Biokraftstoffen. Die Schaffung von Qualitätssicherungssystemen soll durch Normung erreicht werden, die laut BBE in das bestehende Ordnungsrecht integriert werden muss. Öffnung der Absatzmärkte für die breite Markteinführung von Biokraftstoffen erfordere politische Anreizmechanismen, z. B. steuerliche Begünstigungen von Kraftstoffmischungen mit Biokraftstoffanteil. Öffentliche Verkehrsmittel sollen durch Umstellung auf Biokraftstoffe eine Vorbild- und Multiplikatorfunktion ausüben. Intensive Verbraucheraufklärung und Beratung zu Biokraftstoffen sowie internationale Aktivitäten und Kooperationen zur Erschließung der Exportmärkte seien außerdem erforderlich. (if)

Positionspapier „Biokraftstoffe - Klimaschonende Sicherung der Mobilität“; Hrsg./Bezug: Bundesverband BioEnergie (BBE), Godesberger Allee 142-148, Bonn Tel. 0228 / 81002-22, Fax -58, eMail: [info@bioenergie.de](mailto:info@bioenergie.de); PDF-Download: [www.bioenergie.de/downloads/Positionspapier.pdf](http://www.bioenergie.de/downloads/Positionspapier.pdf)

### UBA-Jahresbericht: Umwelt- und Gesundheitsschutz in Europa

Im Zentrum des Jahresberichtes des deutschen Umweltbundesamtes (UBA) stehen der europäische und internationale Umweltschutz sowie dessen Wirkungen auf Deutschland und die Arbeit des Amtes. In den Schwerpunktthemen EU-Erweiterung, Chemikalienpolitik, internationale Luftreinhaltungspolitik, Normung, Klimaschutz und Emissionshandel zeigt sich: Anspruchsvoller Gesundheits- und Umweltschutz ist erfolgreich und stärkt sowohl die europäische als auch die deutsche Wirtschaft. Dies steht konträr zu den derzeit oft gehörten Forderungen, dass Umweltschutz in Zeiten knapper Kassen oder schwachen Wachstums zurückgefahren werden solle. Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des UBA: „Durch Bremsen beim Umweltschutz verpassen wir - auch in Deutschland - die Chance, die neuen, sich abzeichnenden Märkte für Umweltschutzgüter zu erschließen.“ (db)

UBA-Jahresbericht 2005; Hrsg./Bezug: UBA, Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt, Tel. 0340 / 2103-0, eMail: [pressestelle@uba.de](mailto:pressestelle@uba.de)  
Download: [www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/jahresbericht-aktuell.htm](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/jahresbericht-aktuell.htm)

### Neue Broschüre zu Projekt für nachhaltigen Tourismus

INVENT ist ein Forschungsprojekt des Öko-Instituts, der Universität Lüneburg, des Instituts für sozial-ökologische Forschung und anderen, das Wege in einen sozial und ökologisch verträglichen Massentourismus zeigen will. Grundidee, Ergebnisse, Marketingstrategien und Reiseangebote sind nun in einer Broschüre zusammengefasst worden und kostenlos im Internet abrufbar. (db)

[www.invent-tourismus.de](http://www.invent-tourismus.de)  
[www.oeko.de/pdf/INVENT\\_Broschuere\\_051104.pdf](http://www.oeko.de/pdf/INVENT_Broschuere_051104.pdf)

### Handbuch EU-Umweltgesetzgebung

Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat im November ein Handbuch zur EU-Umweltgesetzgebung herausgebracht. Nach einem Vorwort von Umweltkommissar Stavros Dimas werden darin Auszüge aus der Geschichte der EU-Umweltpolitik und eine Analyse einiger Gesetze und Politiken vorgestellt. Die Themen sind u. a. in sektorale und horizontale Gesetzgebung unterteilt. Das Handbuch soll zu einem besseren Verständnis und Nutzen von Um-

weltgesetzen für Bürger/innen-Organisationen, Umweltministerien, aber auch Entscheidungsträger/innen beitragen, um die ehrgeizigen europäischen Umweltziele zu erreichen. Eine deutsche Ausgabe ist in Vorbereitung und soll im zweiten Halbjahr 2006 veröffentlicht werden. (db)

[www.eeb.org/publication/policy\\_handbook.htm](http://www.eeb.org/publication/policy_handbook.htm)



## Internet

### Neues Internet-Projekt Eurotope.net

► Die Naturschutzjugend Deutschland (NAJU) hat im Arbeitskreis Internationales zusammen mit dem europäischen Partner Jugend und Umwelt in Europa (Youth and Environment Europe, YEE) ein Internet-Projekt entwickelt. Unter dem Namen Eurotope.net wird es ab Januar 2006 Interviews von aktiven Jugendlichen aus ganz Europa, Themenseiten und gute Beispiele aus der Jugendumweltarbeit bieten. Am interaktiven Forum können sich Interessierte beteiligen. (bv)

Quelle: [www.naju.de/projekte/international/eurotope.net](http://www.naju.de/projekte/international/eurotope.net)

## Weiterbildung

### Dreimonatiges Fernstudium zum EU-Umweltrecht

Die Universität Koblenz-Landau bietet für das Sommersemester 2006 eine Weiterbildung zum europäischen Umweltrecht an. Vermittelt werden u. a. die Geschichte und Strukturen der Europäischen Union, Grundlagen der europäischen Gesetzgebung, Konzepte der EU-Umweltpolitik, Umweltverfassungs- und Umweltvölkerrecht, planerische und ökonomische Instrumente sowie das europäische Naturschutz-, Gewässerschutz- und Immissionsschutzrecht wie auch das Chemikalien-, Gentechnik- und Abfallrecht.

Anmeldeschluss: 15. März 2006. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Universität Koblenz-Landau, Zentrum für Fernstudien und Universitäre Weiterbildung (ZFUW) Koblenz  
Tel. 0261 / 287-1520, Fax -1521  
eMail: [eelaw@uni-koblenz.de](mailto:eelaw@uni-koblenz.de)  
[www.uni-koblenz.de/eelaw](http://www.uni-koblenz.de/eelaw)

## Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Zu jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):  
[www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) ("Bisherige Ausgaben")  
oder  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) ("Publikationen")

Titel/Thema	Ausgabe
Abschalten, umschalten, einsparen oder Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente in der Umweltpolitik: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Reizend, giftig, gesundheitsschädlich? Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ...alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Der heiße Draht nach Brüssel	05.05
Ein Nachschlagewerk	
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechter Vorteilsausgleich: Wem gehört die Vielfalt	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barroso Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienungs-laden?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien in Europa: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Von der Vision zur Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

## Österreichische Ratspräsidentschaft

### Am 1.1.2006 übernimmt Österreich von Großbritannien

Ab 1. Januar übernimmt Österreich von Großbritannien die EU-Ratspräsidentschaft. Bis Ende Juni werden die Sitzungen von Dr. Wolfgang Schüssel, Josef Pröll, Ursula Haubner und ihren Kolleg/innen geleitet. Hier eine Sammlung der wichtigsten Adressen und Ansprechpartner:

**Offizielle Internetseite:**  
www.eu2006.at

### Ansprechpartner Umweltthemen: Umweltdachverband (NGO)

EU-Umweltbüro im Umweltdachverband,  
Leitung: Birgit Reiner, Alser Straße 21  
A-1080 Wien  
Tel. 0043 1 / 40113-35, Fax -50  
eMail: reiner.eu@umweltdachverband.at  
www.umweltdachverband.at/  
eu-umweltbuero

### **Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium)**

Bundesminister Dipl.Ing. Josef Pröll  
Stubenring 1, A-1012 Wien, Österreich  
Tel./Fax 0043 1 / 71100-0  
eMail: office@lebensministerium.at

### **Lebensministerium: Abt. für EU-Angelegenheiten - Umwelt**

Leitung: Elisabeth Freytag  
Tel. 0043 1 / 51522-1301  
http://umwelt.lebensministerium.at

### Weitere österreichische Ministerien:

#### **Bundeskanzleramt**

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel,  
Ballhausplatz 2, A-1014 Wien  
Tel. 0043 1 / 53115-0, Fax -38  
eMail: office@bka.gv.at

#### **Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten**

Bundesministerin Dr. Ursula Plassnik,  
Ballhausplatz 2, A-1014 Wien  
Tel. 0043 05 / 01150-0  
eMail: office@bmaa.gv.at

#### **Bundesministerium für Finanzen**

Bundesminister Mag. Karl-Heinz Grassler,  
Himmelfortgasse 8, A-1015 Wien  
Tel. 0043 1 / 51-433-0, Fax -26200  
eMail: office@bmf.gv.at

#### **Bundesministerium für Inneres**

Bundesministerin Liese Prokop, Herren-  
gasse 7, A-1014 Wien  
Tel. 0043 1 / 53126-0, Fax -2569  
eMail: office@bmi.gv.at

#### **Bundesministerium für Justiz**

Bundesministerin Mag. Karin Gastinger,  
Museumstraße 7, A-1070 Wien  
Tel. 0043 1 / 52152-0, Fax -2727  
eMail: office@bmj.gv.at

#### **Bundesministerium für Landesverteidigung**

Bundesminister Günther Platter, Roßauer  
Lände 1, A-1090 Wien  
Tel./Fax 0043 1 / 5200-0  
eMail: office@bmlv.gv.at

#### **Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie**

Vizekanzler und Bundesminister Hubert  
Gorbach, Radetzkystraße 2, A-1030 Wien  
Tel./Fax 0043 1 / 71162-0  
eMail: office@bmvit.gv.at

#### **Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur**

Bundesministerin Elisabeth Gehrler, Mino-  
ritenplatz 5, A-1014 Wien  
Tel. 0043 1 / 53-1200, Fax -37797  
eMail: office@bmbwk.gv.at

#### **Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit**

Bundesminister Dr. Martin Bartenstein,  
Stubenring 1, A-1012 Wien  
Tel./Fax 0043 1 / 71100-0  
eMail: office@bmwa.gv.at

#### **Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz**

Bundesministerin Ursula Haubner, Stu-  
benring 1, A-1012 Wien  
Tel./Fax 0043 1 / 711000  
eMail: office@bmsg.gv.at

#### **Bundesministerium für Gesundheit und Frauen**

Bundesministerin Maria Rauch-Kallat, Ra-  
detzkystraße 2, A-1030 Wien  
Tel./Fax 0043 1 / 71100-0  
eMail: office@bmgf.gv.at  
(jg) ■

#### • **Weitere Informationen**

www.austria.gv.at/DesktopDefault.aspx  
?TabID=3353&Alias=BKA

## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de) mailen.

Diese Termine im Internet:  
[www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine)  
(aktueller und oft auch ausführlicher)

Weitere Termine im Internet:  
[www.dnr.de/terminlinks](http://www.dnr.de/terminlinks)  
(siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

11./12.1, Qingdao (China)

### Zweites deutsch-chinesisches Umweltforum

Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), Christina Rentzmann, Berlin  
Tel. 030 / 2028-1593, Fax -2593  
[c.rentzmann@bdi-online.de](mailto:c.rentzmann@bdi-online.de)  
[www.bdi-online.de/de/international/start\\_apa.htm](http://www.bdi-online.de/de/international/start_apa.htm)

14.-15.1., Berlin

### Europäische Konferenz Gentechnik-freier Regionen und Initiativen

Genet/Zukunftsstiftung Landwirtschaft  
Tel. 030 / 275903-09, Fax -12  
[info@gmo-free-regions.org](mailto:info@gmo-free-regions.org)  
[www.gmo-free-regions.org](http://www.gmo-free-regions.org)

19.1., Bremen

### Saubere Luft für europäische Städte - Wie können Hindernisse überwunden werden?

Vivaldi, Ingo Franssen, Bremen  
Tel. 0421 / 361-4502, Fax -10875  
[vivaldi@umwelt.bremen.de](mailto:vivaldi@umwelt.bremen.de)  
[www.vivaldiproject.org/pdf/programmme\\_dt.pdf](http://www.vivaldiproject.org/pdf/programmme_dt.pdf)

23.-27.1. Genf, Schweiz

### Klimawandel: Energie und Mobilität

Europäisches Forum (FEDRE Foundation), 12 rue de l'Arquebuse, CH-1204 Genf  
Tel. 0041 22 / 80717-12 Fax -18  
[info@fedre.org](mailto:info@fedre.org)  
[www.fedre.org/forum2006/en/index.asp](http://www.fedre.org/forum2006/en/index.asp)

30./31.1., Wien

### Umweltfreundlich Reisen

Konferenz; respect - Institut für Integrierten Tourismus und Entwicklung  
Tel. 0043 1 / 8956245  
[info@eco-travel.at](mailto:info@eco-travel.at)  
[www.eco-travel.at](http://www.eco-travel.at)

27.2.-2.3. Athen, Griechenland

### Ewec 2006

Europäische Windenergiekonferenz und Messe; Europäische Windenergie-Assoziation (EWEA)  
Tel. 0032 2 / 54619-80, Fax -44  
[info@ewea.org](mailto:info@ewea.org)  
[www2.ewea.org/06b\\_events/events\\_2006EWEC.htm](http://www2.ewea.org/06b_events/events_2006EWEC.htm)

20.-31.3., Curitiba, Brasilien

### 8. Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention

CBD-Sekretariat, 413 St-Jacques Street, 8th floor, Office 800, Montreal, Quebec, Canada, H2Y 1N9  
Tel. 001 5 / 14-288-2220, Fax -6588  
[secretariat@biodiv.org](mailto:secretariat@biodiv.org)  
[www.biodiv.org/convention/cops.asp](http://www.biodiv.org/convention/cops.asp)

8.4., weltweit

### Internationaler Aktionstag gegen gentechnisch veränderte Organismen

[alter.campagne@laposte.net](mailto:alter.campagne@laposte.net)  
<http://altercampagne.free.fr>

30./31.5., Odense (Dänemark)

### EU-Tagung zur Bio-Landbauforschung

Danish Research Centre For Organic Farming (DARCOF), Claus Bo Andreasen, Foulum  
Tel. 0045-89991035, Fax -40798032  
[clausbo.andreasen@agrsci.dk](mailto:clausbo.andreasen@agrsci.dk)  
[www.organic-congress.org](http://www.organic-congress.org)

11.-14.6., Arendal, Norwegen

### Integriertes Küstenzonenmanagement

Internationales Symposium; Institute for Marine Research of Norway  
Tel. 0047 37 / 05900-0, Fax -1  
[iczm2007@imr.no](mailto:iczm2007@imr.no)  
[www.imr.no/iczm](http://www.imr.no/iczm)

12.-16.6., Göteborg, Schweden

### Transport Research Arena Europe 2006

Erste Europäische Forschungskonferenz zum Straßenverkehr;  
Tel. 0046 31 / 7742-628, Fax -730  
[info@traconference.com](mailto:info@traconference.com)  
[www.traconference.com](http://www.traconference.com)

etwa 1.7.-1.8., Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn, ...

### Ecotopia Biketour 2006

Selbstorganisierte Internationale Fahrradtour; EYFA (European Youth For Action)  
Tel. 031 / 206-657743, Fax -928757  
[info@worldcarfree.net](mailto:info@worldcarfree.net)  
[www.thebiketour.net](http://www.thebiketour.net)

13.-17.7., Wollongong und Sydney (Australien)

### GIS und Computerkartographie für Küstenzonen

Internationales Symposium; Universität Wollongong  
Tel. 0061 24221 / 3555  
[rfurness@ozemail.com.au](mailto:rfurness@ozemail.com.au)  
[www.coastgis.org](http://www.coastgis.org)

13.-19.8., Hamburg

### 24. Internationaler Ornithologen-Kongress (IOS)

Vogelwarte Helgoland, Wilhelmshaven  
Tel. 04421 / 9689-0, Fax -55  
eMail: [ifv@ifv.terramare.de](mailto:ifv@ifv.terramare.de)  
[www.i-o-c.org](http://www.i-o-c.org)

6.-8.9., Bologna (Italien)

### Nachhaltiger Tourismus 2006

Konferenz; Wessex Institute of Technology, Großbritannien, Rachel Green  
Tel. 0044 238 / 029-3223, Fax -2853  
[rgreen@wessex.ac.uk](mailto:rgreen@wessex.ac.uk)  
[www.wessex.ac.uk/conferences/2006/tourism06](http://www.wessex.ac.uk/conferences/2006/tourism06)

18.-20.9., Gdansk (Polen)

### Innovationen und Initiativen an der Küste

Konferenz; Technische Universität Gdansk  
Tel. 0048 58 / 34-72455, Fax -86024  
[littoral@zie.pg.gda.pl](mailto:littoral@zie.pg.gda.pl)  
[www.littoral2006.gda.pl](http://www.littoral2006.gda.pl)

15.-20.10., Venedig (Italien)

### Messen und Managen von Veränderungen in Mündungen und Lagunen

Internationale Konferenz; Universität von Venedig  
Tel. 0039 041-2347739, Fax -5281494  
[ecsa2006@unive.it](mailto:ecsa2006@unive.it)  
<http://venus.unive.it/ecsa2006>

22.-24.10., Ottawa, Kanada

### 7. Welt-Ökosteuer-Konferenz

Universität von Ottawa  
Tel. 0613 / 5625700  
[envconf@uottawa.ca](mailto:envconf@uottawa.ca)  
[www.environmental-tax-conference.uottawa.ca](http://www.environmental-tax-conference.uottawa.ca)  
(db, if) ■

## EU-Sitzungstermine

### Österreichische Ratspräsidentschaft 1. Halbjahr 2006 (1.1.-30.6.)

#### Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)

##### Januar

- 10. Landwirtschaft und Fischerei
- 23./24. Landwirtschaft und Fischerei
- 24. Wirtschaft und Finanzen
- 30./31. Allgemeiner Rat der Außenminister

##### Februar

- 14. Wirtschaft und Finanzen
- 20./21. Inneres und Justiz
- 20./21. Landwirtschaft und Fischerei
- 23. Erziehung, Jugend und Kultur
- 27./28. Allgemeiner Rat der Außenminister

##### März

- 9. Umwelt
- 10. Gesundheit
- 10. Beschäftigung und Soziales
- 14. Wirtschaft und Finanzen
- 20./21. Allgemeiner Rat der Außenminister
- 20./21. Landwirtschaft und Fischerei
- 23./24. Europäischer Rat (Gipfel)
- 27./28. Verkehr, Telekommunikation, Energie

##### April

- 10./11.\* Allgemeiner Rat der Außenminister
- 25.\* Landwirtschaft und Fischerei
- 27./28.\* Inneres und Justiz

##### Mai

- 5. Wirtschaft und Finanzen
- 15./16. Allgemeiner Rat der Außenminister
- 18./19. Erziehung, Jugend und Kultur
- 22./23. Landwirtschaft und Fischerei
- 29./30. Wettbewerb

##### Juni

- 1.-3.\* Inneres und Justiz
- 1.-3.\* Beschäftigung, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz
- 7.\* Wirtschaft und Finanzen
- 8./9.\* Telekommunikation, Energie
- 12./13.\* Allgemeiner Rat der Außenminister
- 15./16. Europäischer Rat (Gipfel)
- 19./20.\* Landwirtschaft und Fischerei
- 26./27.\* Allgemeiner Rat der Außenminister

- 26./27.\* Umwelt
- 29.\* Wettbewerb
- \* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

#### Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

- 16.-19.1.,
- 1.-2.2.\*, 13.-16.2.,
- 13.-16.3., 22.-23.3.\*,
- 3.-6.4., 26.-27.4.\*,
- 15.-18.5., 31.5.\*,
- 1.6.\*, 12.-15.6.,
- 3.-6.7.,
- 4.-7.9., 25.-28.9.,
- 11.-12.10.\*, 23.-26.10.,
- 13.-16.11., 29.-30.11.\*,
- 11.-14.12.
- \* in Brüssel (sonst in Straßburg)
- (mb) ■

#### • Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):  
[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)

Österreichische Ratspräsidentschaft:  
[www.eu2006.at](http://www.eu2006.at)

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen:  
DNR, EU-Koordination, Nika Greger,  
Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,  
10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-86  
eMail: [nika.greger@dnr.de](mailto:nika.greger@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:  
[http://www.wdb.europarl.eu.int/ep/owa/p\\_calses.plenary?ilg=DE](http://www.wdb.europarl.eu.int/ep/owa/p_calses.plenary?ilg=DE)

## Umweltausschuss-Sitzungen

### Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments 2006

#### Januar

- 23.1. 15-18.30 Uhr
- 24.1. 9-12.30 Uhr und 15-18.30 Uhr
- 30.1. 15-18.30 Uhr
- 31.1. 9-12.30 Uhr

#### Februar

- 21.2. 15-18.30 Uhr
- 22.2. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr
- 23.2. 9-12.30 Uhr

#### März

- 21.3. 11-12.45 und 15-18.30 Uhr

#### April

- (18.4. 15-18.30 Uhr)
- (19.4. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr)
- 24.4. 15-18.30 Uhr
- 25.4. 9-12.30 Uhr

#### Mai

- 3.5. 15-18.30 Uhr
- 4.5. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr
- 29.5. 15-18.30 Uhr
- 30.5. 9-12.30 Uhr

#### Juni

- 20.6. 15-18.30 Uhr
- 21.6. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr

#### Juli

- 12.7. 15-18.30 Uhr
- 13.7. 9-12.30 Uhr
- 13.7. 15-18.30 Uhr

#### September

- 13.9. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr
- 14.9. 9-12.30 Uhr

#### Oktober

- 3.10. 15-18.30 Uhr
- 4.10. 9-12.30 Uhr, 15-18.30 Uhr
- 10.10. 9-12.30, 15-18.30 Uhr

#### November

- 20.11. 15-18.30 Uhr
- 21.11. 9-12.30, und 15-18.30 Uhr
- 27.11. 15-18.30 Uhr
- 28.11. 9-12.30 Uhr

#### Dezember

- (20.12. 15-18.30 Uhr)

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt. Die Termine in Klammern sind vorbehaltliche Termine.

Quelle:

[www.europarl.eu.int/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2006.pdf](http://www.europarl.eu.int/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2006.pdf)

## Europäisches Umweltbüro - Vorstandsmitglieder

### Ihre Ansprechpartner 2006

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist ein Zusammenschluss von rund 140 nicht-staatlichen Umweltorganisationen in 27 Ländern und hat Beratungsfunktion in mehreren Umweltgremien der Europäischen Union. Das in Brüssel ansässige Büro veröffentlicht u. a. für jede Ratspräsidentschaft eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer/innen die meisten EU-Mitgliedsländer wie auch viele Beitrittsstaaten vertreten.

#### Belgien

Catherine Wattiez  
Inter Environnement Bruxelles (IEB)  
eMail: catherine.wattiez@skynet.be

#### Bulgarien

Petko Kovatchev  
Centre for Environmental Information and Education (CEIE)  
eMail: petko@ceie.org

#### Dänemark

Michael Minter  
Danish Society for Nature Conservation (DN)  
eMail: mm@dn.dk

#### Estland

Juhan Telgmaa  
Estonian Society for Nature Conservation (ESNC)  
eMail: nature@hot.ee

#### Finnland

Eero Yrjö-Koskinen  
Finnish Association for Nature Conservation  
eMail: eero.yrjo-koskinen@sll.fi

#### Frankreich

Georges Cingal  
(EEB-Vizepräsident)  
Sepanso FNE  
eMail: georges.cingal@wanadoo.fr

#### Deutschland

Nika Greger  
Deutscher Naturschutzring (DNR)  
eMail: nika.greger@dnr.de

#### Griechenland

Kostas Vassilakis  
Elliniki Etairia - Hellenic Society for Protection of the Environment & Cultural Heritage  
eMail: kostasvassilakis2004@yahoo.gr

#### Großbritannien

Guy Thompson  
Green Alliance  
eMail: gthompson@green-alliance.org.uk

#### Irland

Frank Corcoran  
(EEB-Vizepräsident)  
An Taisce - National Trust of Ireland  
eMail: frank.corcoran@dit.ie

#### Italien

Mauro Albrizio  
(EEB-Vizepräsident)  
Legambiente  
eMail: legambiente@skynet.be

#### Lettland

Janis Ulme  
VAK - Environmental Protection Club  
eMail: janis.ulme@vak.lv

#### Luxemburg

Théodore Mannon  
NATURA  
eMail: t.mannon@internet.lu

#### Niederlande

Arjan Berkhuysen  
Stichting Natuur en Milieu (SNM)  
eMail: a.berkhuysen@natuurenmilieu.nl

#### Norwegen

Frederic Hauge  
Bellona  
eMail: frederic@bellona.no

#### Österreich

Birgit Reiner  
Umweltdachverband  
eMail: reiner.eu@umweltdachverband.at

#### Polen

Aleksander Kedra  
ISD - Institute for Sustainable Development  
eMail: a.kedra@ine-isd.org.pl

#### Portugal

Carlos Manuel G. Lage Teixeira  
Liga Para a Proteccao Da Natureza (LPN)  
eMail: carlosmglt Teixeirapt@gmail.com

#### Rumänien

Petruta Moisi  
Centrul de Consultanta Ecologica Galati (CCEG)  
eMail: eco@cceg.ro

#### Schweden

Mikael Karlsson  
(EEB-Präsident)  
Swedish Society for Nature Conservation (SSNC)  
eMail: mikael.karlsson@snf.se

#### Slowakei

Vladimir Ira  
STUZ/SR - Society for Sustainable Living  
eMail: geogira@savba.sk

#### Slowenien

Anamarija Slabe  
Institute for Sustainable Development (ITR)  
eMail: anamarija.slabe@itr.si

#### Spanien

Samuel Martin Sosa Rodriguez  
Ecologistas en Acción  
eMail: internacional@ecologistasenaccion.org

#### Tschechische Republik

Eva Kruzikova  
Institute for Environmental Policy (IEP)  
eMail: eva.kruzikova@ecn.cz

#### Türkei

Ayse Yesim Erkan  
TEMA  
eMail: yesime@tema.org.tr

#### Ungarn

Erzsébet Schmuck  
(EEB-Vizepräsidentin)  
MTVSZ - National Society of Conservationists  
eMail: schmuck@mtvsz.hu

#### Zypern

Chrystia Lyra  
Federation of Environmental & Ecological Organisations (FEEO)  
eMail: chrystia.lyra@oikologiafeeo.org

#### Schatzmeisterin

Jacqueline Miller  
eMail: jacquelinemiller@tiscali.be

## Weiterführende Informationen

### Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

### EU-Rundschreiben im Internet

Im Internet finden sich unter der Adresse [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Terminen und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Nach Umwelt-Themen geordnete Informationen aus dem EUR und anderen Quellen: [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahrganges und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993.

Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer. Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahre 1985 veröffentlicht wurde.

### Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet: [www.europa.eu.int/eur-lex/lex/RECH\\_naturel.do](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/RECH_naturel.do)

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln

Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278

eMail: [vertrieb@bundesanzeiger.de](mailto:vertrieb@bundesanzeiger.de)

### Weitere Informationsquellen

Die wichtigsten Adressen sind unter jedem Beitrag angegeben. Darüber hinaus kann es sich lohnen, direkt bei der EU-Kommission, bei der Europäischen Umweltagentur (EEA), bei Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder bei verschiedenen Informationsdiensten und Redaktionen nachzuerforschen (siehe nebenstehende Spalte sowie die vorhergehenden „Service“-Seiten).

## EU-Institutionen, Adressen

### Internetadresse aller EU-Institutionen

[www.europa.eu.int](http://www.europa.eu.int) (vieles auch deutsch)  
EU-ABC: [www.europa.eu.int/abc-de.htm](http://www.europa.eu.int/abc-de.htm)

### Einführung EU-Umweltpolitik

[www.hiltrud-breyer.de/mep/themen/umweltschutz/index.html](http://www.hiltrud-breyer.de/mep/themen/umweltschutz/index.html)

### Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111

#### Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222  
[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:  
Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

### Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933  
[www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int)

#### Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

### (Minister-)Rat der EU/Europäischer Rat

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381  
(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.]. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

### Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

### Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

### Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):  
Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

### Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

### Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen  
Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199  
[www.eea.eu.int](http://www.eea.eu.int)

## Europäische Verträge

### Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

### Europäische Union - EU

Durch Maastrichter Vertrag (1992/93) begründet, durch Amsterdamer Vertrag (1996/97) und Vertrag von Nizza (2001) weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen („3. Säule“).

## EU-Rechtsakte

### Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

### Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

### Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

### Gesetzgebungsverfahren

1. EU-Kommission: Vorschlag
2. Europäisches Parlament:  
In Umweltfragen meist Mitentscheidung, sonst Anhörung
3. Ministerrat: Mitentscheidung oder alleinige Entscheidung (meist mit qualifizierter Mehrheit, z. T. noch Einstimmigkeit)

Die wichtigsten Teile des EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind veröffentlicht im Internet: [www.europa.eu.int/eur-lex/de](http://www.europa.eu.int/eur-lex/de) (mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen: [www.europa.eu.int/scadplus](http://www.europa.eu.int/scadplus)

## Ausschüsse der Weltnaturschutzunion

Die Weltnaturschutzunion (IUCN) vereint etwa 800 NGOs und 120 Regierungsorganisationen, darunter viele wissenschaftliche Einrichtungen. 77 Länder sind als Staaten Mitglied der IUCN, deren Mitglieder aus 140 Ländern der Erde kommen. Die IUCN ist die einzige globale Organisation, die Staaten, Regierungsstellen und NGOs vereint. Einer der drei Regional Councillors für Westeuropa ist DNR-Vizepräsident Prof. Dr. Manfred Niekisch.

In der IUCN arbeiten sechs Kommissionen, in denen etwa 10.000 Expert/innen aus allen möglichen Fachrichtungen zusammen wirken. Diese unterstützen die IUCN mit Daten und fungieren als Politikberater/innen bei Naturschutzangelegenheiten.

### Artenschutzkommission (SSC)

Die Species Survival Commission (SSC) hat 7.000 Mitglieder. Sie berät die IUCN bei den technischen Aspekten im Bereich Artenschutz und mobilisiert Akteure und Maßnahmen zum Schutz der vom Aussterben bedrohten Arten.

Species Survival Commission (SSC), Rue Mauverney 28, CH-1196 Gland, Schweiz  
Tel. 0041 22 / 99900-00 Fax -15  
eMail: ssc-chair@hq.iucn.org  
www.iucn.org/themes/ssc/

Programm Rote Listen, Craig Hilton-Taylor, 219c Huntingdon Road, Cambridge, CB3 0DL, Großbritannien  
Tel. 0044 1223 / 277-966, Fax -845  
eMail: craig.hilton-taylor@ssc-uk.org

Programm Handel mit Wildtieren, Alison Rosser, 219a Huntingdon Road, Cambridge, CB3 0DL, Großbritannien  
Tel. 0044 1223 / 277-980, Fax -908  
eMail: alison.rosser@ssc-uk.org

Programm zur Bewertung der Süßwasserbiodiversität (Freshwater Biodiversity Assessment Program), Mewill Darwall, 219c Huntingdon Road, Cambridge, CB3 0DL, Großbritannien  
Tel. 0044 1223 / 277-966, Fax -845  
eMail: mewill.darwall@ssc-uk.org

### Weltschutzgebietskommission (WCPA)

Die Weltschutzgebietskommission (World Commission on Protected Areas, WCPA) hat 1.300 Mitglieder und treibt die Ein-

richtung und das effektive Management eines weltweiten repräsentativen Netzwerks terrestrischer und mariner Schutzgebiete voran. Die Mitglieder stammen aus 140 Staaten, koordiniert werden sie von einem Lenkungsausschuss und unterstützt durch das Programm für geschützte Gebiete (Programme on Protected Areas PPA). Die WCPA ist geographisch (16 Regionen), thematisch (u. a. Klimawandel, weltweite Vernetzung, Gerechtigkeit und Menschen) und funktionell (Berge und Meere) organisiert.

WCPA - World Commission on Protected Areas, IUCN - The World Conservation Union HQ, Rue Mauverney 28, CH-1196 Gland, Schweiz  
Tel. 0041 22 / 9990-160, Fax -015  
eMail: wcpa@iucn.org  
www.iucn.org/themes/wcpa

### Umweltrechtskommission (CEL)

Die Umweltrechtskommission (Commission on Environmental Law, CEL) fördert Umweltrecht durch die Entwicklung neuer Gesetzeskonzepte und -instrumente sowie mit Aus- und Weiterbildung/Wissensvermittlung zur Umweltgesetzgebung für Naturschutz und Nachhaltige Entwicklung. Die Umweltrechtskommission und das Umweltrechtscenter bilden dabei die beiden Zweige des IUCN-Umweltrechtsprogramms. Die Kommission vernetzt etwa 900 freiwillig tätige Expert/innen, das Büro in Bonn ist internationale Verbindungsstelle der Vereinten Nationen.

Commission on Environmental Law, Instituto de derecho y economia ambiental, Ms. Patricia Abed, CEL Liaison Officer, Calle Nicanor Torales N° 150 c, Mcal. Lopez, Asuncion, Paraguay  
Fax 00595 21 / 614-619  
www.iucn.org/themes/law

IUCN-Environmental Law Centre, Godesberger Allee 108-112, 53175 Bonn  
Tel. 0228 / 2692-231, Fax -250  
eMail: elcsecretariat@iucn.org

### Kommission für Bildung und Kommunikation (CEC)

Die Kommission für Bildung und Kommunikation (Commission on Education and Communication CEC) ist ein Netzwerk zur Verbreitung des Gedankens der Nachhaltigen Entwicklung. Dabei sollen Bildung und Kommunikation strategisch zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und dem nachhaltigen natürlichen Ressourcenma-

nagement eingesetzt werden. Das Netzwerk aus Expert/innen besteht aus etwa 600 Mitgliedern und arbeitet zu den zwei Strängen Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Biodiversitätskommunikation (u. a. Trockenzonen, Wälder, Klimawandel, Schutzgebiete).

Commission on Education and Communication (CEC), IUCN - The World Conservation Union, HQ Rue Mauverney 28, CH-1196 Gland, Schweiz  
Tel. 0041 22 / 9990-283, Fax -025  
eMail: cec@iucn.org  
www.iucn.org/cec

### Kommission für Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik (CEESP)

Die Kommission für Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik (Commission on Environmental, Economic and Social Policy, CEESP) sorgt für Expertisen und Politikberatung zu sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Faktoren des Naturschutzes und dem nachhaltigen Gebrauch biologischer Vielfalt. Das interdisziplinär arbeitende Netzwerk hat rund 500 Mitglieder und arbeitet innerhalb von Arbeitsgruppen u. a. zu den Themen Menschenrechte, Sicherheit, Kultur und Naturschutz, Unternehmensverantwortung, Kommunen.

Commission on Environmental, Economic and Social Policy (CEESP), c/o CENESTA: Centre for Sustainable Development, Dr. M. Taghi Farvar, Vorsitzender, 5 Lakpour Lane, Suite 24, IR-16936 Teheran, Iran  
Tel. 0098 21 / 229-64114, Fax -54217  
eMail Vorsitzender: taghi@cenesta.org  
eMail Kommission: ceesp@iucn.org  
www.iucn.org/themes/ceesp

### Kommission für Ökosystem-Management (CEM)

Die Kommission für Ökosystem-Management (Commission on Ecosystem Management, CEM) bietet professionelle Unterstützung bei integrierten Ansätzen im Bereich des Management natürlicher und menschlich veränderter Ökosysteme. Sie hat 400 Mitglieder.

IUCN-Ecosystem-Management-Programm-Sekretariat, Pat Hawes, Administrative Assistant, Rue Mauverney 28, 1196 Gland, Schweiz  
Tel. 004122-9990215, Fax -3649720  
eMail: patricia.hawesiucn.org  
www.iucn.org/themes/cem

## Verweise auf frühere EU-Rundschreiben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „EUR 06.04“ als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens im Jahr 2004. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechts) sind ähnlich gehalten, z. B. „DRB 11.03“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe rechts).

## Aktuell informiert per eMail

### [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

Für Rundschreiben-Abonent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Weiterleitungen zur EU-Umweltpolitik und weiteren Themen in deutscher Sprache an. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## EU-Rundschreiben im Internet

### [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

heißt die Internetseite des EU-Rundschreibens. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

## EU-Koordination des DNR im Internet

### [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

ist die neue Internetseite der EU-Koordination des DNR. Hier finden Sie ein EUR-Themenarchiv, Informationen über die laufenden und abgeschlossenen Projekte sowie Verzeichnisse von Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen - alles übersichtlich nach den verschiedenen EU-Umweltthemen gegliedert.

## Deutschland-Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR - teils auch mit EU- und internationalem Bezug, etwa bei der Umsetzung von EU-Richtlinien oder internationalen Abkommen. Wir senden Ihnen gern ein kostenloses Probeexemplar zu. Probelesen und Archiv im Internet: [www.dnr.de/drj](http://www.dnr.de/drj)

## Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung

Weitere Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Wir senden Ihnen gern ein kostenloses Probeheft. Probelesen und Archiv im Internet: [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

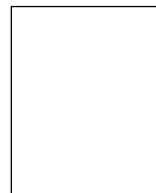
- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Kontonummer: Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

**Absender/in**

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion EU-Rundschreiben  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin